



HAUS DER STIFTER  
 Stiftergemeinschaft  
 der Stadt Geretsried

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | REGIONALPOLITIK | PRAXIS

Vormerken!  
 5. Nov.  
 2015



Überall in Bayern engagieren sich zahlreiche Menschen in der Flüchtlingshilfe. Unsere Aufnahme entstand in Garching. Dort wurde mit Spendengeldern zwischen den Wohncontainern ein kleiner Spielplatz angelegt.

## Asylgipfel in München:

# Gemeinsamer Kraftakt

Der Freistaat rechnet in diesem Jahr mit mehr als 120.000 Asylbewerbern. Freistaat, Kommunen, Kirchen, Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände wollen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eng zusammenarbeiten. Dies war der Tenor beim zweiten bayerischen Asylgipfel unter Leitung von Ministerpräsident Horst Seehofer.

Übereinstimmend gelobt wurde das große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer. In einer tags zuvor eigens einberufenen Sondersitzung des Kabinetts hatte Seehofer die aktuelle Situation in der Flüchtlingspolitik bereits als das dritte Megathema dieses Jahrhunderts - nach der Finanzkrise und nach der Energiewende - bezeichnet. Bayern und die gesamte Bundesrepublik sehen sich derzeit einem Ansturm von Flüchtlingen gegenüber. Experten rechnen für dieses Jahr mit deutschlandweit 800.000 Asylbewerbern.

### Enorme Herausforderung

Angesichts der enormen Herausforderungen durch die rapide steigenden Flüchtlingszahlen forderte Seehofer deutlich mehr Geld vom Bund: „Hier geht es nicht um Millionen, sondern um Milliarden“, so der Ministerpräsident. Darüber hinaus setzt er in der Flüchtlingspolitik auf schnellere Asylverfahren, mehr Woh-

nungsbau, eine schärfere Bestrafung der Schleuserkriminalität und einen stärkeren Kampf gegen Asylmissbrauch.

### Solidarität

Seehofer betonte, dass in der Flüchtlingspolitik an erster Stelle die Solidarität gegenüber Schutzbedürftigen stehe. Gleichzeitige müsse man aber auch Asylmissbrauch abwehren. Die beiden Aufnahmezentren für Balkan-Flüchtlinge seien deshalb eine richtige Maßnahme. Seehofer appellierte an die Europäische Union, in der Flüchtlingspolitik endlich engagiert zu handeln. Die Flüchtlingspolitik sei der Lackmusest für die EU.

Debattiert wurde beim Asylgipfel auch über einen Vorstoß des Integrationsbeauftragten der bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, Bürgern aus den Balkanstaaten, auf einige Jahre befristete Arbeitsvisa zu erteilen. Hier deutete sich eine Lösung an, auch wenn noch kein

## GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 5. November 2015 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 3. Bayerischen Breitbandforum in die Stadthalle Neusäß bei Augsburg ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

## Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

# „Bayern kann Integration“

Derzeit sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. „Kommunen haben Erfahrung in Integration – aber das funktioniert nicht zum Nulltarif“, stellte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz in München fest.

Die Kommunen leisteten einen wesentlichen Beitrag, um dieses gesamtgesellschaftliche Problem zu meistern. „Sie können diese Aufgaben bei der Integration schultern, wenn Bund und Länder die Kommunen dauerhaft und tatkräftig unterstützen“, so Maly.

### Erstversorgung

Zuallererst geht es nach seinen Worten um die humanitäre Erstversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Kommunen, Staat, Wohlfahrtsverbände und Ehrenamtliche sorgten für Unterkünfte und Betreuung. Das sei allerdings nur der Anfang, betonte der Städtetagsvorsitzende: „Es geht nicht nur um die erste Unterbringung, Verpflegung, medizinische Versorgung von Menschen, die Schutz und Hilfe suchen. Neben der humanitären Versorgung in den ersten Wochen muss rasch der Status der Hilfesuchenden geklärt werden. Asylanträge mit äußerst geringer Erfolgsaussicht müssen in zentralen Aufnahmeeinrichtungen so schnell wie möglich bearbeitet werden; dies kann Freiräume schaffen für die Integration der anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber in den nächsten Jahren.“

### Vertriebene

„Bayern kann Integration“, konstatierte Maly. Dies zeige ein Blick in vergangene Jahrzehnte: Bayerische Städte und Gemeinden seien Heimat geworden für Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945, für ‚Gastarbeiter‘ in den 1970er Jahren und für Spätaussiedler in den 1990er Jahren. Integration funktionierte über Kindergärten, Schulen, Sprachunterricht und Beruf. Flüchtlinge und Asylbewerber mit Bleiberecht benötigten eine Perspektive: Sie müssten Chancen bekommen, um sich in die Gesellschaft integrieren zu können. Hierfür sei das bürger-

schaftliche Engagement wertvoll und brauche Anerkennung. Die Hilfe von Ehrenamtlichen benötige Begleitung und Unterstützung, damit die Hilfe zielgerichtet ankommt.

### Integrationskraft

Wie der Verbandschef weiter ausführte, erscheine es aus kommunaler Sicht sinnvoll, die Integrationskraft der Städte und Gemeinden auf Asylbewerber und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu konzentrieren, also etwa aus Syrien, dem Irak oder Bürgerkriegsgebieten. Daher sei die Errichtung von zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen für Menschen aus dem Westbalkan mit geringer Aussicht auf Anerkennung ein praktikabler Weg. Gestraffte Verfahren könnten dabei helfen, diese Menschen nicht in dezentrale kommunale Zuständig- (Fortsetzung auf Seite 4)

Beschluss gefasst ist. „Das ist durchaus überlegenswert“, meinte Staatskanzleichef Marcel Huber - „unter einer Voraussetzung: dass der Bedarf geprüft wird. Wir wollen keine Konkurrenzsituation mit den Arbeitssuchenden in Deutschland.“

### Krisenmodus

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags und Nürnberger OB Dr. Ulrich Maly betonte im Namen der Kommunen: „Die Kommunen stehen zu ihrer Verantwortung. Rathäuser und Landratsämter sind Tag für Tag gefordert, alle arbeiten im Krisenmodus.“

Maly zufolge war das Krisenmanagement von Bund, Freistaat und Kommunen gerade in den Sommermonaten immer wieder aufs Neue gefordert. Dabei gehe es allerdings nicht nur um die Frage der Improvisation zur Linderung von Notlagen; unabhängig notwendig sei auch, die Verfahren zu beschleunigen.

### Dauerhafte Aufgabe

Danach gehe es um eine Daueraufgabe: „Viele Menschen bekommen nach dem Asylverfahren ein Bleiberecht, sie brauchen Obdach. Kinder brauchen Kindergärten und Schule. Erwachsene brauchen Sprachunterricht und

Integrationskurse. Ausbildung muss möglich werden. Übergänge ins Berufsleben müssen geebnet werden“, erläuterte der Städtetagschef.

„Bayern ist auf dem richtigen Weg, jetzt kommt es vor allem auf den Bund an“, bemerkte Dr. Johann Keller, Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistags, der sich zufrieden mit den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels zeigte: „Der Ministerpräsident hat die entscheidenden Baustellen benannt.“

Der Gipfel auf Freistaatsebene könne aber nur ein Zwischenschritt sein. „Flexible Lösungen auf Bundesebene sind jetzt gefordert“, meinte Keller. „Die Kommunen arbeiten schon heute am Anschlag. Sie brauchen Hilfe – finanziell, aber auch in Form von praktischen Erleichterungen.“ Wenn alle, die in die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen in Deutschland einbezogen sind, an einem Strang ziehen, „können wir die Herausforderungen schaffen“.

### Unbegleitete Minderjährige

Eine der Baustellen, die dringend eine Lösung erfordern, sei die Lage bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Zum Jahreswechsel soll ein Gesetz in Kraft treten, das die Verteilung dieser jungen Menschen bundesweit regelt. „So lange können wir nicht warten“, hob der Geschäftsführer hervor. Aktuell befinden sich mit fast 12.000 jungen Flüchtlingen etwa die Hälfte der zu betreuenden Personen allein in Bayern – ein Aufruf an die Länder, freiwillig ein Stück dieser Last zu tragen, führte hingegen nur zu knapp hundert angebotenen Plätzen. Keller fordert vom Bund, hier demnächst Nägel mit Köpfen zu machen.

Jene Flexibilität, die Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der Flüchtlingszahlen nun einfordert, ist für Keller auch bei der Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen notwendig. Aktuell gelten für diese Gruppe die Anforderungen der Jugendhilfe. „Wir wollen und werden insbesondere traumatisierten jungen Menschen weiterhin intensiv helfen“, betonte der Geschäftsführer. Allgemein aber stelle sich die Frage, in welcher Intensität die Betreuung notwendig ist und angesichts der hohen Zahlen fortgeführt werden kann.

Der Bayerische Landkreistag (Fortsetzung auf Seite 4)

## 11. Konferenz Europäischer Regionen und Städte (KERS):

### „Überlebensstrategien für Regionen und Städte Europas“

In seinem 10. Bestandsjahr behandelt das Institut der Regionen Europas (IRE) vom 27. bis 29. September in Salzburg Congress Center die Frage nach den Überlebenschancen der Regionen und Städte in einer zunehmend globalisierten Welt. Die Organisatoren greifen dabei vor allem die Bereiche regionaler Forschungs- und Innovationspolitik, regionale Energiestrategien, regionale Tourismuspolitik und regionale Lebensmittelproduktion besonders heraus.

Außerhalb des Generalthemas wird auf die aktuelle und brennende Frage der Flüchtlingsproblematik eingegangen, die alle Regionen und Städte Europas unmittelbar betrifft. In einem eigenen Forum zu Beginn der Konferenz wird die Frage der EU-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf die betroffenen Regionen und Städte diskutiert.

Hervorragende Sprecher und Diskutanten garantieren einen spannenden und interessanten Ablauf der Konferenz. Darüber hinaus bietet ein umfangreiches Rahmenprogramm viele Möglichkeiten der Kommunikation und des Kennenlernens.

Weitere Informationen unter: [www.institut-ire.eu](http://www.institut-ire.eu)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

## Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerische Cluster-Politik: Evaluierung und weitere Förderung ...	Seite 2
Bundes-SGK: Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda ...	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: Echte Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung</b> .....	<b>3</b>
DStGB-Positionspapier: Wichtige Rolle der Kulturangebote	3
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Kommunale Finanzthemen .....	5-10
Abfall · Umwelt .....	11-12
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV .....	13-14
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau .....	15-17
Aus den bayerischen Kommunen .....	18-20

Neues von **Sabrina**

Sehr erfreut ist der Bürgermeister über die spontane Welle der Hilfsbereitschaft, die sich im beherzten Anpacken ehrenamtlicher Helfer in seiner und auch vielen anderen Kommunen zeigt. Über die Soforthilfe hinaus macht er sich als vorausschauender Staatsdiener aber natürlich auch Gedanken über dauerhafte Strukturen. Seite 19

Fachkonferenz der Bundes-SGK in Potsdam:

## Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda

**Wichtige Zukunftsfragen für die Entwicklung von Städten, Gemeinden und Kreisen wurden im Rahmen der Fachkonferenz der Bundes-SGK „In unsere Zukunft investieren – Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen“ in Potsdam erörtert. Thematisiert wurde beispielsweise die Frage, ob angesichts des aufgelaufenen Investitionsstaus insbesondere in den Kommunen neue Instrumente zur Finanzierung benötigt werden. Diese haben möglicherweise Einfluss auf die zentralen Themen Infrastrukturfinanzierung, Digitale Agenda in Kommunen und den Breitbandausbau.**

Kommunale Vertreter, unter ihnen Roland Schäfer, Erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen sowie Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK, sprachen einleitende Worte. Hauptrednerin der Fachkonferenz war Dr. Barbara Hendricks, MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

### Investitionsmöglichkeiten

Beim Forum „Kooperationsmodelle zur kommunalen Infrastrukturfinanzierung“ wies Thomas Kling, Bereichsleiter Kreditgeschäft der DEKA-Bank, darauf hin, dass die Infrastruktur aktuell noch überwiegend in staatlicher Hand sei, Investitionsmöglichkeiten des Staates jedoch abnehmen. Anders als in anderen Ländern liege der Anteil privater Investoren an der Infrastrukturfinanzierung in Deutschland nur bei rund 5 %.

„Es ist anzunehmen, dass die Kosten für die notwendigen Infrastrukturinvestitionen sogar noch deutlich höher sind als aktuell abzusehen – denn wenn gebaut wird, wird es in der Regel teuer“, unterstrich Kling. Diese Investitionen könnten jedoch in der Zukunft nicht mehr einzig durch die öffentliche Hand erfolgen, denn zahlreichen Staaten stehe kein ausreichendes Investitionskapital mehr zur Verfügung. Die Sparpolitik von Bund und Ländern habe in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Investitionsstau in Deutschland geführt, was einen Verfall der Infrastruktur zur Folge habe.

### Erfolgsbeispiele

Kling zufolge begünstigen zahlreiche Treiber die Beteiligungen privaten Kapitals in der Infrastrukturfinanzierung. Investoren hätten aufgrund der gegenwärtigen Rahmenbedingungen ein großes Interesse an Investments in Infrastruktur. Zudem existierten zahlreiche Möglichkeiten zur Beteiligung Privater, international und national gebe es eine Reihe von Erfolgsbeispielen. Die Einbindung Privater könne über Öff-

entlich Private Partnerschaften (ÖPP) erfolgen, in der Vergangenheit habe es bereits eine Vielzahl solcher Projekte gegeben. Durch eine stärkere Nutzung von ÖPP-Projekten stünden durch die Effizienzvorteile freie Mittel für zusätzliche Investitionen zur Verfügung.

### Skepsis bei den Bürgern

Nach Klings Worten wird in Deutschland die Mehrheit der Infrastrukturprojekte von den Beteiligten als Erfolg gewertet. Auch Städte und Gemeinden hätten die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner in 90 % der Fälle als vorteilhaft bewertet. Allerdings stünden die Bürger Privatisierungen in einigen Bereichen besonders kritisch gegenüber, „beispielsweise sprechen sich rund 50 % gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung aus“.

„Für den langfristigen Erfolg müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden“, bilanzierte Kling. Zur Sicherung der Infrastrukturqualität in Deutschland sei eine verstärkte Einbeziehung privaten Kapitals erforderlich – hierfür bedürfe es jedoch einer weiteren Anpassung der Rahmenbedingungen.

Mit „Herausforderungen der Energiewende“ befasste sich in einem weiteren Forum Dr. Holger Krawinkel, MVV Energie. Er regte zunächst neue Schwerpunkte der politischen Gestaltung an. Dazu zählten Vorschläge zur Finanzierung des Stromsteuer, Umlagen- und Abgabensystems sowie der Abbau von Hemmnissen der gebäude- bzw. arealintegrierten Versorgung. Darüber hinaus plädierte Krawinkel dafür, Netzinfrastruktur verursachungsgerecht zu finanzieren, d.h. u. a. leistungsabhängige Netzentgelte als erste Stufe zu erheben.

Auch wies Krawinkel darauf hin, dass eine engere volks- bzw. energiewirtschaftliche Betrachtung nicht länger greife. Es gelte, die Energiepolitik mit neuen Gesetzmäßigkeiten des Konsumgütersektors vertraut zu machen, die gebäudeintegrierte Photovoltaik mit Batteriespeicher als Standard anzuerkennen und die Ziele der

Energieeinsparung von Arbeit (kWh) auf Leistung (kW) zu erweitern.

Bündnisse mit den Kunden nannte Krawinkel als weiteren Schritt in die richtige Richtung. Kundenverbände, die die Eigenenerzeugung voranbringen (vgl. Verkehrs- und Autoclubs) müssten unterstützt und Mieterstrommodelle ermöglicht werden. Zudem seien Marktbarrieren aufzulösen.

### Nachhaltigkeit

Laut Frank Zeeb, Vorstandsvorsitzender der Alliander AG, garantieren Smart Grids die Weiterentwicklung der Elektrizitätsinfrastruktur als Basis für die Erreichung der politischen Ziele in Richtung Nachhaltigkeit und sorgen für die bestmögliche Integration Erneuerbarer Energien und dezentraler Erzeugung. Sie steigerten die Effizienz und Netzsicherheit im Energiesystem, optimierten die Infrastruktur, ermöglichten neue Dienstleistungen wie Zählwerterfassung und Abrechnungssysteme, Smart Services, Elektromobilität, Lastmanagement und entwickelten schließlich Energieregionen der Zukunft mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung für eine nachhaltige Energieversorgung.

„Smart City ist in Wien ein Politikansatz und ein Geschäftsfeld für viele Unternehmen zugleich“, wusste Dr. Andreas Höferl, Geschäftsführer der SPÖ-Landtagsfraktion, Wien, zu berichten. 2014 habe der Wiener Gemeinderat die Rahmenstrategie „Smart City Wien“ beschlossen. Sie weise den

### Kommunale Spitzenverbände:

## Mehr Geld für die Volkshochschulen!

**Die vier kommunalen Spitzenverbände – Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindefrat, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirkstag - und der Bayerische Volkshochschulverband e.V. (bvvt) gaben jüngst ihre gemeinsame Erklärung zur öffentlich verantworteten Erwachsenenbildung in der Historischen Ratsstube des Nürnberger Rathauses bekannt. Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, forderte die Landespolitik auf, nach 25 Jahren die Fördermittel für die Bildungsarbeit der Volkshochschulen in Bayern zu verdoppeln.**

„Die bayerischen Kommunen stehen zu ihren Volkshochschulen als kommunale Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die überparteilich und überkonfessionell als Ort der Bildung und Begegnung möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern aller sozialen Schichten offen stehen“, hob Ulrich Maly der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags hervor.

### Daseinsvorsorge

„Volkshochschulen haben als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge einen regional- und strukturpolitischen Entwicklungs- und Bildungsauftrag. Mit einem differenzierten Angebot tragen die Volkshochschulen den unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen der Bevölkerung in Bayern mit 180.000 Veranstaltungen jährlich Rechnung“, so die 2. Vorsitzende des bvvt, Cornelia Wabra. Die Aufgaben der Volkshochschulen wachsen mit den drängenden Herausforderungen wie Integration, Demografie, Prävention, Grundbildung und Fachkräftemangel.

### Sprachkurse

Rund 115.000 Zuwanderer sowie Flüchtlinge lernten im Jahr 2014 Deutsch an den bayerischen

Weg zu einer „smarten City“, die durch Ressourcenschonung und Innovation Lebensqualität für alle sichern soll. Die Integration der sozialen Komponente in alle Bereiche sei also ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Strategie. „Das bedeutet: Die Verbesserung der Lebenswelten aller Stadtbewohner ist gleichberechtigt mit Klima- und Umweltzielen.“

Der Weg zur „Smart City“ beruhe auf einem (weiterhin) sparsamen Umgang mit Ressourcen, vor allem um CO<sub>2</sub>-Emissionen und Abhängigkeiten von knappen Rohstoffen zu verringern, betonte Höferl. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken in Wien von 1990-2010 bereits um 21 % pro Kopf. Der Anteil erneuerbarer Energieträger wurde im gleichen Zeitraum auf 11 % verdoppelt.

Beim Forentheema „Flächen-deckender Breitbandausbau“ erläuterte VKU-Präsidentiummitglied Helmut Preuß, dass sich im Jahr 2014 140 kommunale Unternehmen im Glasfaserausbau engagierten. Weitere planten den Einstieg. Hätten diese vergangenes Jahr 0,5 Mrd. Euro investiert, werden es 2018 voraussichtlich 1,7 Mrd. Euro sein. 2014 konnten sie 5,7 Mio. Haushalte versorgen, 2018 werden es 6,3 Mio. sein.

### Breitbandausbau

Wie Preuß deutlich machte, verlange der Breitbandausbau spezielle Finanzierungsmöglichkeiten. In ländlichen Gebieten sei Förderung nötig. Der Bund stelle 1,1 Mrd. Euro und nunmehr 1,3 Mrd. Euro als Erlöse aus der Digitalen Dividende II zur Verfügung. Bei den Förderbedingungen müsse das Augenmerk auf zukunftsfähige Technologien und langfristige Ausbauziele gesetzt werden; auch sollten alle Ausbaumodelle gleichermaßen berücksichtigt werden. Zudem sei der Zugang für alle Marktteilnehmer sicherzustellen.

## Europas Wasserkraft präsentiert sich in Salzburg

Wenn am 26. November um 11.00 Uhr die RENEXPO® HYDRO zum siebten Mal eröffnet wird, ist die große und umfassende Fachmesse für gewässerverträgliche Wasserkraft bereits in vollem Gange. Mehr als 80 Aussteller aus acht EU-Ländern sowie aus der Schweiz sind bereits jetzt schon angemeldet und werden ihre technische sowie ökologische Kompetenz zur umweltverträglichen Stromerzeugung präsentieren. Erwartet werden deutlich mehr als 100 Aussteller.

Das umfangreiche Kongressprogramm bietet bis 28.11. mit elf Konferenzen und Seminaren von der Kleinstwasserkraft bis zur Pumpspeicherung eine noch nie erreichte Informationsdichte. Von der Technik über die Ökologie bis zur Wirtschaftlichkeit und zur Finanzierung spannt sich der Informationszyklus für den Besucher. Auch der Grüne Strom aus der Steckdose wird mehrfach auf der Messe angeboten und findet seine Direktkäufer und Verkäufer unter den Messebesuchern. Jeder Wasserkraftwerksbesitzer, der die Messe besucht, ist auch potentieller Grünstromverkäufer am Strommarkt.

Der öffentliche Energie-Talk im Anschluss an die Messe-Eröffnung mit Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer und Dr. Josef Schwaiger, Landesrat des Landes Salzburg, wird Lösungen zu den Herausforderungen der Energiewende ansprechen.

Zu einer Fülle von Fachinformation im Kongress erwarten den Besucher auf der Messe vor allem die verschiedenen Turbinen, Wasserkraftschnecken und Wasserräder, Rohrleitungshersteller, Armaturen, Rechenanlagen, Fischwanderhilfen, Generatoren sowie hoch entwickelte Mess-, Regel und Steuerungstechnik inklusive Durchflussmessung. Auch planende Ingenieure und Ökologen werden ihre Erfahrung zur Problemlösung vorstellen.

Weitere Informationen unter: [www.renexpo-hydro.eu](http://www.renexpo-hydro.eu) □

Fazit: „Ein Breitbandanschluss ist Daseinsvorsorge, der Wettbewerb ein wichtiges Kriterium zur Zielerreichung und Vielfalt.“ Mit einem Engagement im Glasfaserausbau übernehmen kommunale Unternehmen Verantwortung für ihre Region – „dies ist auch unsere Spielweise wie bei der Netzbereitstellung für Energie und Wasser“, stellte Preuß fest und ergänzte: „Breitband schafft die Voraussetzungen für die Digitalisierung der Daseinsvorsorge und lässt die Menschen daran teilhaben. Die Digitalisierung schafft viele neue Innovationen, Partnerschaften mit Technologieunternehmen und vor allem neue Arbeitsplätze.“ DK

bieten Schulabschlüsse, berufsbezogene Fremdsprachen, berufsbezogenes Deutsch und Qualifizierungsprojekte an, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

„Volkshochschulen sind ein Standortfaktor insbesondere auch für kleine Gemeinden. Schließlich hat der Freistaat Bayern in seiner Verfassung das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse verankert“, so Josef Mend, Vizepräsident des Bayerischen Gemeindefrats. Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler betonte die Bedeutung der kulturellen Bildung sowohl als Aufgabe der Bezirke und auch der Volkshochschulen.

### Vielfältige Aufgaben

Die vielfältigen Aufgaben und gesellschaftlichen Herausforderungen können die Volkshochschulen nur leisten, wenn auch die institutionelle Förderung der Volkshochschulen durch den Freistaat von derzeit 11 Millionen Euro zeitnah deutlich angehoben wird. Das forderten gemeinsam Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindefrats, Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags und Dr. Klaus Meisel, 1. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes. □

Gesellschaft. 806.257 Teilnehmer nahmen an Präventionskursen teil.

### Teilhabe ermöglichen

Die Bildungsarbeit mit Älteren ermöglicht eine Teilhabe an Gesellschaft, Kultur und Politik. Im Bereich Grundbildung verdoppelte sich die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die bayerischen Volkshochschulen

### Bayerische Cluster-Politik:

## Evaluierung und Fortsetzung der Förderung

**Wirtschaftsministerin Aigner: „Wir setzen auch in den nächsten Jahren auf dieses erfolgreiche Instrument der Wirtschaftspolitik“**

**Der Ministerrat der Bayerischen Staatsregierung hat dem Vorschlag von Bayerns Wirtschafts- und Technologieministerin Aigner zugestimmt, die Cluster-Förderung fortzusetzen. Aigner: „Unsere Cluster-Politik ist ein Erfolgsmodell! Unabhängige Experten aus Berlin haben uns bescheinigt, dass die geförderten bayerischen Cluster Wirtschaft und Wissenschaft erfolgreich miteinander vernetzen, Kooperationen anstoßen, Wertschöpfungsketten stärken und die Innovationsdynamik erhöhen.“ Deshalb folgt Aigner der Empfehlung der unabhängigen Evaluatoren, die Cluster-Offensive in einer dritten Förderperiode fortzusetzen. Dafür werden im aktuellen Doppelhaushalt 17 Mio. Euro für die Jahre 2016 bis 2019 bereitgestellt.**

Die Cluster bleiben thematisch breit aufgestellt. „Wir werden uns zukünftig auf die technologie- und industrieorientierten Cluster fokussieren, weil gerade bei der Projektkoordination und Fördermittelakquise erfolgreich sind“, so Aigner. So konnten seit Beginn der

Auch die Schnittstellen zwischen Clustern bieten zahlreiche Innovationspotenziale, die in den kommenden Jahren auch noch systematischer und gezielter erschlossen werden sollen.

### Informationsangebot

Seit dem Jahr 2006 fördert die Bayerische Staatsregierung landesweit ausgerichtete Clusterorganisationen. Die Cluster decken die wichtigsten Branchen und Technologiefelder der bayerischen Wirtschaft ab. Sie bieten ein breites Informations- und Veranstaltungsangebot und stärken mit konkreten Kooperationsprojekten die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in Bayern. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Manfred Krä  
94330 Aiterhofen  
am 18.9.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Streicher  
94551 Lalling  
am 12.9.

Bürgermeister  
Georg Holzinger  
89356 Haldenwang  
am 13.9.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Emil Heinemann  
97256 Sennfeld  
am 10.9.

Bürgermeister Karl Wellenhofer  
84066 Mallersdorf-Pfaffenberg  
am 20.9.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Manuela Vanni  
82380 Peißenberg  
am 14.9.

Bürgermeister Max Diel  
94375 Stallwang  
am 15.9.

Bürgermeister  
Hermann Baumann  
94116 Hutthurm  
am 17.9.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Nickel  
96160 Geiselwind  
am 18.9.

Bürgermeister Martin Umscheid  
97285 Röttingen  
am 18.9.

Bürgermeister Rüdiger Stenger  
63872 Heimbuchenthal  
am 23.9.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DStGB-Positionspapier:

# Wichtige Rolle der Kulturangebote vor Ort

Lebensqualität und Wirtschaftsfaktor

Kulturangebote vor Ort und in der Region sind im Wettbewerb um Unternehmens- und Familienansiedlungen ein wichtiger Standortfaktor geworden. Ein ausdifferenziertes Kulturangebot steht für Lebensqualität, sinnvolle Freizeit- und Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort. Die Kommunen haben deren Bedeutung erkannt. Rund 40 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Kultur werden von den Kommunen aufgewendet. Es gilt, diese kulturelle Vielfalt und damit die Breite des Angebots in den Städten und Gemeinden zu bewahren und auszubauen. Ein aktuelles Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebunds enthält nunmehr die wichtigsten Punkte und Einschätzungen, die zur Umsetzung einer erfolgreichen Kulturförderung notwendig sind.

Tatsache ist: Die Kulturangebote in den Städten und Gemeinden sind vielfältig. Mit dem Spektrum von Musik, Kabarett, Theater, Lesungen oder Diskussionsrunden steht die Soziokultur für kulturelle Vielfalt. Von den rund 270 Kunstvereinen sind rund 45 Prozent in Dörfern, Gemeinden und kleineren Städten aktiv. In Städten und Gemeinden findet man Künstlerkolonien oder Kommunen werden explizit zum Künstlerdörfchen.

## Kultur-Leuchttürme

In den Kommunen wird die „Kultur für alle“ und die „Kultur von allen“ gefördert. „Hochkultur“ und „Breitenkultur“ sind laut DStGB keine Gegensätze, sondern stehen nebeneinander und ergänzen sich. Kulturelle Leuchttürme stehen neben vielen kleinen Kultureinrichtungen. Durch hochrangige Musikevents, Skulpturenparks oder Theaterprojekte können die Städte und Gemeinden ein überregionales kulturelles Profil bilden.

Die Kulturpolitik vor Ort muss nach Überzeugung des Verbandes die Heterogenität der Stadtgesellschaft in religiöser, ethnischer und sozialer Hinsicht berücksichtigen. Dazu gehören insbesondere interkulturelle Kulturangebote mit dem Ziel des Kennenlernens, Verstehens und Respektierens unterschiedlicher Kulturen. „Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für das örtliche Kulturleben und muss weiter gefördert werden.“

Kulturelle Einrichtungen und Angebote müssen und sollen nicht immer von den Kommunen angeboten und finanziert werden, führt der Deutsche Städte- und Gemeindebund weiter aus. Im kulturellen Leben einer Stadt und Gemeinde spielen auch die kulturellen Angebote der Vereine und Gruppen bis zu einzelnen Künstlern oder Künstlergruppen eine wichtige Rolle.

## Bürgerengagement

Kulturarbeit in Städten und Gemeinden werde von der Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement geprägt. Ohne das Engagement von rund 7 Mio. Menschen gäbe es viele kulturelle Angebote vor Ort nicht. Dieses müsse weiter gefördert werden. Ehrenamtliche müssten die Möglichkeit bekommen, sich für die Inhalte, die Organisation und die Öffentlichkeitsarbeit zu qualifizieren. Dies erfordere von den Kommunalverwaltungen eine Kooperations- und Kommunikationskultur mit den Ehrenamtlichen, den Vereinen und Verbänden, insbesondere aber Wertschätzung und aktive Unterstützung.

Gerade in strukturschwachen Regionen gelte es, die unterschiedlichen Akteure noch stärker zu vernetzen, um ein attraktives kulturelles Angebot zu erhalten. So gebe es Beispiele, dass Staatstheater mit einem freien Ensemble und Einwohnern einer kleinen Stadt ein gemeinsames Theaterprojekt initiiert und erfolgreich aufgeführt haben.

Nach Auffassung des DStGB kann Kulturarbeit auch durch Unternehmen in Form von Public-Private-Partnership unterstützt werden. Sponsoring sollte in der Kulturarbeit kein Tabu sein. Auch könne die Gründung einer Kulturstiftung vor Ort angeregt werden. Wirtschaftsunternehmen seien häufig bereit, über Stiftungen die Kommunen zu unterstützen. Gerade die Sparkassen stellten aktive Partner bei der Kulturförderung dar. So engagiere sich die Sparkassen-Finanzgruppe in der Kulturförderung als Schwerpunkt ihres gesellschaftlichen Engagements mit 150 Mio. Euro.

In den Städten und Gemeinden sind Bibliotheken, Archive, Museen, aber auch Musikschulen, Theater, soziokulturelle Zentren oder Sportvereine Bildungspartner der Schulen geworden. So unterstützen Bibliotheken die Schülerinnen und Schüler bei der Lesemotivation, führen Lesewettbewerbe durch und bilden Lesepaten aus. Es werden Schulprojekte zu historischen Themen oder Geschichtswettbewerbe organisiert, die Zusammenarbeit mit Musikschulen gestaltet Möglichkeiten, Schülerinnen und Schülern die gesamte Palette der musikalischen Ausdrucksformen nahezu bringen oder Musicals oder Tanztheater einzustudieren. „So können Schulen auch Eckfeiler des kommunalen kulturellen Lebens sein“, betont der DStGB.

## Synergieeffekte

Vor Ort könnten Synergieeffekte genutzt werden. „Ein Künstler Ehepaar, das auf einem ehemaligen Bauernhof lebt und arbeitet, stellt eigene Kunstwerke her, die auf einer örtlichen Vernissage ausgestellt werden. Hieraus entsteht eine Galerie, in der auch Kunstwerke anderer Künstler ausgestellt und verkauft werden. Im nächsten Schritt kann in dieser Galerie zusätzlich ein kleiner Buchladen betrieben werden oder eine Kunstschule eröffnet werden, die sowohl für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene Kurse anbietet.“

Museen müssen sich für die kulturelle Bildung öffnen und sollten unter dem Stichwort „Lernort Museum“ Kooperationsprojekte mit den Schulen vor Ort und in der Region entwickeln, stellt der Deutsche Städte- und Gemeindebund fest. Die Museen sollten dabei ihre Angebote stärker im Alltag der Kinder und Jugendlichen als ihr Publikum von morgen verorten.

Auch sollte der Kulturtourismus mit dem Erleben der regionalen Kultur noch stärker genutzt werden. Er spreche breite Bevölkerungsgruppen an. 77 % der Menschen in Deutschland besuchen Kultureinrichtungen und Kulturstätten. Viele dieser Kulturstätten lägen im ländlichen Raum. Trotzdem werde der Kulturtourismus als Wirtschaftsfaktor noch zu wenig wahrgenommen. Auf der anderen Seite gebe es gute Beispiele, z. B. den Regionalkrimi in der Eifel, die Koppelschleuse in Meppen mit ihrem Kulturnetzwerk und dem Jugend- und Kul-

turgästehaus, die „Heidenturmkirchen“ in Rheinhessen oder die kulturelle Landpartie im Wendland. Weitere Beispiele seien „Der Wunderwald“, eine kulturelle Netzwerkinitiative für die Region Westerwald oder das Kulturprojekt „VIA Erlebnisraum Römerstraße“ des Landschaftsverbandes Rheinland mit 18 beteiligten Städten und Gemeinden.

## Finanzkrise

Die Finanzkrise der Kommunen bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Förderung der örtlichen Kulturangebote. Auf Grund der dramatischen kommunalen Haushaltslage stehen auch die Kulturhaushalte in den Städten und Gemeinden vor Kürzungen oder sind bereits reduziert worden. Vor diesem Hintergrund wird immer wieder eine Kulturumlage zugunsten der Metropolen gefordert mit der Begründung, dass die Großstädte kulturelle Angebote vorhalten, die in mehr oder minder starkem Maße auch von Einwohnern umliegender Städte und Gemeinden mitgenutzt würden.

Eine Kulturumlage kann es nach Auffassung des DStGB aber schon deshalb nicht geben, „weil damit eine Art Gesamthaftung installiert würde, die mit dem Gedanken verantwortlicher kommunaler Selbstverwaltung kaum zu vereinbaren ist“. Ein ganz wesentliches Argument gegen die geforderten Finanztransfers sei der kommunale Finanzausgleich. Eine Mitfinanzierung von Umlandgemeinden sei integraler Bestandteil dieses kommunalen Finanzausgleichs, da er unter anderem die Aufgabe hat, die Aufteilung der Deckungsmittel zwischen den einzelnen Kommunen so zu steuern, dass Aufgaben- und bedarfsgerechte Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Der Kulturföderalismus in Deutschland hat sich laut Verband mit der Förderung der Kultur durch Bund, Länder und Kommunen bewährt, auch wenn er immer wieder in Frage gestellt wird. Dies insbesondere dann, wenn aufgrund der Haushaltslage der Kommunen nicht so viele Finanzmittel in die Kultur fließen, wie von den Kulturschaffenden gewünscht

## Zensus 2011:

# Regionale Ergebnisse zu Migrationshintergrund

Für alle bayerischen Gemeinden sind jetzt Ergebnisse des Zensus 2011 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügbar. Durch ein beim Zensus 2011 neu angewandtes Verfahren stehen erstmals für alle bayerischen Gemeinden Ergebnisse zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zur Verfügung.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, hatte in den bayerischen Großstädten durchschnittlich fast jeder Dritte einen Migrationshintergrund. Demgegenüber betrug in den kleinen Gemeinden mit unter 5.000 Einwohnern der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt im Durchschnitt 8,0 Prozent.

## Neue Methode

Beim Zensus 2011 kam eine neue Methode zum Einsatz: Neben den traditionellen Elementen einer Volkszählung in Form von Direktbefragungen der Bevölkerung wurden auch Daten durch Auswertung der Meldere-



**Kolumne**  
Stefan Rößle

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die Betreuungsmöglichkeiten von Kindern spielen gesellschaftlich eine herausragende Rolle und werden in ganz Deutschland massiv ausgebaut. Bundesweit werden immer mehr Kinder sieben Stunden und länger pro Werktag bei Tageseltern, in Kitas, Horten etc. betreut bzw. in Ganztagschulen unterrichtet. Eltern – vor allem Mütter – können früher wieder in ihren Beruf einsteigen. Die Protagonisten schreiben sich diese Errungenschaft als Riesenerfolg auf die eigenen Fahnen: Ein Segen für die Eltern und für die Kinder. Die Ganztagsbetreuung gilt inzwischen auch als Standortfaktor für Kommunen.

**Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung**

Doch es ist fraglich, ob diese Entwicklung wirklich von allen Eltern überhaupt so gewollt ist, oder ob nicht oftmals nur wirtschaftliche Zwänge dahinterstehen. Fakt ist: Häufig müssen beide Elternteile berufstätig sein, weil eine Familie heutzutage mit nur einem durchschnittlichen Gehalt nur schwer oder mit größerem Verzicht zu finanzieren ist. Eine echte Wahlfreiheit, ob man sein Kind mehr oder weniger zuhause betreuen möchte, sieht jedenfalls etwas anders aus. Manche Kritiker gehen sogar noch weiter und sprechen von einer Entfremdung innerhalb der Familie, die sich künftig nur mehr gestresst am Wochenende begegnet und von Kindern, die von der Krippe bis womöglich zur Uni durchgehend einkaserniert sind. Sicherlich eine Extremposition, aber sie regt immerhin zum Nachdenken an.

Als Kommunalpolitische Vereinigung gehen wir an diese Dinge mit der gebotenen Sachlichkeit heran und blicken nicht durch die ideologische Brille. Wir hinterfragen das „neue“ Familienleben mit all seinen Facetten durchaus kritisch, sehen aber auch den akuten Bedarf von Ganztagsbetreuungsangeboten. Aus diesem Grund haben wir auch gefordert, dass mit verbesserten Angeboten bei der schulischen Ganztagsbetreuung reagiert werden muss und die vielen unterschiedlichen Angebote in Schulen und Horten harmonisiert und bei gerechter Lastenverteilung sinnvoll gegliedert werden müssen. Drei Aspekte lagen und liegen der KPV hier-

bei besonders am Herzen:

- Eine bessere Flexibilisierung, da die Betreuung am Freitag und die 14-wöchige Ferienzeit die Eltern immer häufiger vor große Probleme stellen.
- Die Entkoppelung von Bildungsgerechtigkeit und Finanzierbarkeit. Aktuell ist die Bildungsqualität vor allem im Grundschulbereich noch zu stark von der jeweiligen Finanzkraft der Kommunen abhängig.
- Das Fördersystem soll bei der Findung von Kooperationspartnern und Betreuern spürbar vereinfacht werden.

Im Rahmen des Ganztagsgipfels mit Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden im März dieses Jahres konnte hinsichtlich der Forderungen der KPV für die ersten Schritte ein tragbarer Kompromiss gefunden werden, besonders was die Harmonisierung der Ganztagsangebote an Grundschulen angeht. Über 160 Millionen Euro sollen vom Freistaat in den Ausbau der Betreuung investiert werden. Eine gute Basis. Finanziert werden damit zwei neue Modelle, die offene Ganztagschule bis 16 Uhr und das Kombi-Modell von Jugendhilfe und Schulen (mit hohem Betreuungsbedarf zu Randzeiten). Wichtig war uns dabei, dass alles auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basiert und bewährte Strukturen (z. B. Horten) auch im Rahmen der Offenen Ganztagschule weitergeführt werden können.

Der Schulaufwandsträger übernimmt pro Gruppe jeweils 5.500 Euro – ebenfalls ein guter Kompromiss. Die Pilotphase für die neuen Modelle startet im jetzt beginnenden Schuljahr mit bayernweit 300 ausgewählten Schulen (rund 230 offene Modelle / 70 Kombi-Modelle). 2016 und 2017 kommen jeweils 1.000 weitere Schulen in diesen Genuss. Bis 2018 soll es dann flächendeckend in Bayern für jeden Schüler in allen Schulen ein bedarfsgerechtes Angebot geben.

Damit alle Probleme gelöst? Nur zum Teil. Es bleiben die Zweifel, ob nicht grundsätzliche und weitergehende Maßnahmen notwendig sind, um die Familien zu entlasten und eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Mama und Papa und die Kinder sollten im Idealfall abseits von finanziellen Zwängen die Möglichkeit haben, als Familie zu leben und – wenn gewünscht – mehr Zeit miteinander verbringen können. Daran gilt es zu arbeiten.

**Ihr Stefan Rößle**  
KPV-Landesvorsitzender  
Landrat Donau-Ries

wird oder wenn einzelne Kultureinrichtungen von Kürzungen oder Schließungen bedroht sind. „Dies ist aber kein Grund, am Kulturföderalismus zu rütteln. Auch ein Nothilfefond des Bundes hätte das grundsätzliche Problem der Unterfinanzierung nicht gelöst, stattdessen aber die Frage aufgeworfen, welche Einrichtungen unterstützt werden und wer darüber entscheidet.“ **DK**

mit 10.000 bis unter 50.000 Einwohnern auf etwa jede fünfte Person (19,7 Prozent) zu.

In Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohnern lag der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei 13,2 Prozent und in den 1.522 kleinen Gemeinden mit unter 5.000 Einwohnern betrug der Anteil im Durchschnitt nur noch 8,0 Prozent.

## Regionale Schwankungen

Dabei waren im Freistaat deutliche regionale Unterschiede zu verzeichnen. In den nordöstlich gelegenen bayerischen Gemeinden – vor allem in den grenznahen Gemeinden zu Tschechien – lebten anteilig wenige Personen mit Migrationshintergrund. Eine Ausnahme bilden hier vor allem die oberfränkischen Gemeinden Hof, Marktredwitz und Wunsiedel, in denen jeder Fünfte einen Migrationshintergrund aufwies. Hohe Anteile an Personen mit Migrationshintergrund zeigen sich auch in den Gemeinden der Ballungsräume München, Augsburg, Ingolstadt und Nürnberg-Fürth-Erlangen, sowie in den Grenzgemeinden zu Österreich.

Betrachtet man die in Bayern häufigsten Herkunftsländer der Personen mit Migrationshintergrund, zeigt sich, dass in den Gemeinden entlang der Grenze zu Tschechien anteilmäßig viele Personen aus Osteuropa kommen. Durchschnittlich stammen in den Gemeinden der Landkreise Hof, Wunsiedel im Fichtelgebirge, Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab, Schwandorf, Cham

und Regen 11,5 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund aus Tschechien, 11,3 Prozent aus Polen, 7,8 Prozent aus Kasachstan, 6,5 Prozent aus der Türkei, 5,2 Prozent aus der Russischen Föderation und 4,7 Prozent aus Rumänien.

Österreichische Wurzeln hatten im Durchschnitt dagegen 18,1 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den östlichen Gemeinden entlang der österreichischen Grenze d.h. in den Gemeinden der Landkreise Freyung-Grafenau, Passau, Rottal-Inn und Altötting sowie in den südlich der Landeshauptstadt München liegenden Kreisen Erding, Ebersberg, München und Fürstenfeldbruck.

## Nähe zu Nachbarn

Die aus der Türkei stammenden Personen waren hier mit 4,4 Prozent vergleichsweise gering vertreten. Ein ebenso deutliches Bild zeigt sich in den südlichsten Gemeinden Bayerns (der Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein, Rosenheim, Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau, Ostallgäu, Lindau), in denen durchschnittlich 21,2 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund aus Österreich stammen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung mit Migrationshintergrund“. Der Bericht kann im Internet als Datei kostenlos heruntergeladen werden unter: [www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-ergebnisse](http://www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-ergebnisse) □

## Höchste Geburtenzahl in Bayern seit 2001

In Bayern ist die Zahl der Lebendgeborenen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Prozent auf rund 113.900 angestiegen. Damit hat die Geburtenzahl in Bayern seit 2001 einen neuen Höchststand erreicht. Gleichzeitig ging die Zahl der Sterbefälle um 2,2 Prozent auf rund 124.100 zurück.

Von Anfang Januar bis Ende Dezember 2014 kamen im Freistaat damit zwar noch immer rund 10.200 Kinder weniger zur Welt als Menschen verstarben, der Sterbefallüberschuss hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr 2013 um mehr als 7.100 Personen reduziert. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiterhin mitteilt, konnte im regionalen Vergleich der Regierungsbezirk Oberpfalz mit einem Plus von 5,0 Prozent die höchste Zunahme an Geburten im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen.

### Ehe-Anteil sinkt

Im Jahr 2014 kamen in Bayern 113.935 Babys lebend zur Welt, davon 55.240 Mädchen und 58.695 Jungen. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik waren das rund 4,0 Prozent mehr (+4.373) als im Vorjahr 2013. Die Zunahme von Geburten in ehelichen Familien lag mit 3,8 Prozent leicht unter der durchschnittlichen Geburtenentwicklung. Die Zahl der außerhalb ei-

ner Ehe geborenen Kinder stieg im Vergleich dazu um 4,5 Prozent an. Insgesamt wurde aber auch im Jahr 2014 mit 73 Prozent (83.054) die große Mehrheit der Kinder innerhalb einer Ehe geboren. Dennoch lag auch der Anteil der Kinder, die in nicht-ehelichen Familien zur Welt kamen, mit 27 Prozent weiterhin auf einem hohen Niveau. Dieser Wert hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre mehr als verdoppelt.

### Anstiege in allen Bezirken

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, registrierten alle Regierungsbezirke im Jahr 2014 Geburtenanstiege. Die deutlichste Zunahme ergab sich für den Regierungsbezirk Oberpfalz (+5,0 Prozent), gefolgt von Oberfranken (+4,5 Prozent), Schwaben (+4,2 Prozent), Oberbayern (+4,1 Prozent), Niederbayern (+3,9 Prozent), Mittelfranken (+3,3 Prozent) und Unterfranken (+3,0 Prozent).

Gleichzeitig ist in Bayern die Zahl der Sterbefälle um 2.774 auf

124.129 gesunken. Dennoch konnten auch im Jahr 2014 die natürlichen Bevölkerungsverluste durch Sterbefälle nicht über Geburten ausgeglichen werden. Dieser Trend ist bereits seit dem Jahr 2001 zu beobachten. Allerdings hat sich der Sterbefallüberschuss 2014 gegenüber dem Vorjahr von -17.341 auf -10.194 deutlich verringert.

### Oberbayern wächst

Auf Ebene der Regierungsbezirke fiel lediglich für Oberbayern die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Lebendgeborene minus Gestorbene) weiterhin positiv aus. Aufgrund der Zunahme der Geburten und des Rückgangs der Sterbefälle erhöhte sich der Geburtenüberschuss in Oberbayern von 3.370 auf 5.826. Im Jahr 2014 verbuchten die sechs weiteren Regierungsbezirke gegenüber dem Vorjahr geringere Sterbefallüberschüsse. Der niedrigste natürliche Bevölkerungsrückgang 2014 im Vergleich zum Vorjahr ergab sich für den Regierungsbezirk Schwaben (-1.711), gefolgt von der Oberpfalz (-2.202), Mittelfranken (-2.379), Niederbayern (-2.733), Unterfranken (-2.816) und Oberfranken (-4.179). □

### Welbildungstag:

## Frauen holen deutlich auf

Im Jahr 2014 verfügte knapp ein Viertel der bayerischen Bevölkerung über die (Fach-)Hochschulreife. Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik wiesen die jüngeren Generationen dabei im Schnitt deutlich höhere Bildungsabschlüsse auf als die älteren, wobei junge Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen stark aufgeholt haben. So hatten 2014 etwa 46 Prozent der Frauen von 20 bis 24 Jahren das (Fach-)Abitur, während es bei den jungen Männern nur 38 Prozent waren.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, verfügten im Jahr 2014 rund 23 Prozent der bayerischen Bürgerinnen und Bürger über die (Fach-)Hochschulreife. Besonders fielen dabei Unterschiede zwischen den Altersgruppen auf. So hatten beispielsweise nur elf Prozent der Personen ab 75 Jahren das

(Fach-)Abitur, bei den 40- bis unter 45-Jährigen waren es etwa ein Drittel (34 Prozent) und bei den 20- bis unter 25-Jährigen 42 Prozent.

Im Gegenzug verlor der Haupt- bzw. Volksschulabschluss bei den jüngeren Generationen immer mehr an Gewicht. Dieser war bei den älteren Personen ab 75 Jahren mit gut zwei Dritteln (69 Prozent) noch der gängigste Schulab-

schluss, machte bei den jungen Menschen von 20 bis unter 25 Jahren jedoch nur noch ein Viertel aus (24 Prozent).

Besonders aufgeholt hat dabei die weibliche Bevölkerung. Während nur sechs Prozent der Frauen ab 75 Jahren das (Fach-)Abitur machten, lag der Anteil bei den 40- bis unter 45-Jährigen bei einem Drittel (32 Prozent) und machte bei den jüngeren Frauen mit 46 Prozent sogar fast die Hälfte der Abschlüsse aus. Damit haben die jungen Frauen die Männer sogar überholt; diese wiesen Anteile von 18 Prozent (75 Jahre und älter), 36 Prozent (40 bis unter 45 Jahre) und 38 Prozent (20 bis unter 25 Jahre) auf. □

## „Bayern kann...“

(Fortsetzung von Seite 1) keiten kommen zu lassen. Maly: „Die Europäische Union muss mit einer konstruktiven Westbalkan-Politik diesen Menschen in Not eine Perspektive für den Aufbau eines vernünftigen Staatswesens in ihrer Heimat geben. Denn niemand verlässt gerne seine Heimat und begibt sich in die Hände von Schleusern. Auch wenn sie kaum Aussicht auf Anerkennung als Asylbewerber haben, sind diese Menschen von bitterer Not und Verzweiflung getrieben.“

### Bauprogramme nötig

Auch beim Thema Wohnungsbauförderung stehen laut Maly Bund, Freistaat und Kommunen in der Pflicht. Seiner Ansicht nach darf Wohnen in der Stadt nicht zum Privileg für Besserverdienende werden. Die Wohnungsnot werde immer drängender, betroffen seien vor allem Universitätsstädte sowie Städte und Gemeinden in Ballungsräumen. Zusätzlichen Druck auf den Wohnungsmarkt bringe der Zuzug von anerkannten Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Wie der Städtetagschef hervorhob, dürfe bei der Suche nach bezahlbaren Wohnungen keine Konkurrenz wachsen zwischen Flüchtlingen, anerkannten Asylbewerbern, bedürftigen Familien, Alleinerziehenden, Rentnern und Obdachlosen. Die Städte benötig-

ten mehr günstige Wohnungen für Menschen, die sich die steigenden Preise nicht mehr leisten können.

### Wohnung als Basis

Bereits jetzt übersteige der Wohnungsbedarf von anerkannten Asylbewerbern und Flüchtlingen das Angebot. Letztlich falle das Problem der Wohnungssuchenden auf die kommunale Ebene. Maly: „Sobald ein Asylbewerber anerkannt ist, muss er aus der Gemeinschaftsunterkunft ziehen und braucht eine Wohnung. Eine bezahlbare Wohnung ist eine Basis für die Integration in die Stadtgesellschaft.“

Der Bayerische Städtetag begrüße die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, weitere Mittel für die öffentliche Wohnbauförderung selbst zur Verfügung zu stellen und vom Bund weitere Mittel einzufordern; darüber hinaus sollen Mittel aus dem Bayerischen Modernisierungsprogramm und der Städtebauförderung zur Wohnraumschaffung fließen. Innenminister Joachim Herrmann stelle eine Mittelaufstockung der Wohnraumförderung in Aussicht. Maly: „Das Maßnahmenbündel des Innenministers zur Verbesserung der Wohnraumversorgung zeigt einen konstruktiven Ansatz. Das geht in die richtige Richtung, aber

Freistaat und Bund müssen künftig vereint weiter nachlegen, um den Wohnungsbau stetig auf hohes Niveau zu bringen.“

Ein rascher Erfolg lässt sich Maly zufolge nur erzielen, wenn Bund, Freistaat und Kommunen ihre Kräfte in einem Förderpooling bündeln: „Der Bund kann mit einer Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau zur Mobilisierung privaten Kapitals beitragen. Der Freistaat muss in die Wohnraumförderung Aspekte der Städtebauförderung zur gezielten Aufwertung der nachverdichteten Gegenden einfließen lassen.“

### Belegbindung

Eine nachhaltige Behebung des Wohnungsmangels lasse sich nur erzielen, wenn der Wohnungsbestand in die Betrachtung miteinbezogen wird. Maly: „Wir brauchen neue Wege, freie Wohnungen wieder in die Belegbindung zu bekommen. Kommunen müssen im Rahmen des Haushaltsrechts die Möglichkeit der vergünstigten Grundstücksabgabe für den Wohnungsbau prüfen. Allerdings steht in vielen Städten kaum mehr freie Fläche zur Verfügung. Der Bund muss prüfen, ob die Auflagen zum Lärmschutz noch zeitgemäß sind, um neuen Wohnraum etwa an Sportplätzen und Bolzplätzen schaffen zu können.“ □



Nehmen das kurzfristig eingerichtete Ankunftscenter in Keferloh in Augenschein (v. l.): MdB Florian Hahn, Kommandant der FFW Grasbrunn Hannes Bußjäger und Landrat Christoph Göbel. □

### Landkreis München:

## Politiker besuchen Asyl-Unterkünfte

Dezentrale Unterkünfte, Gemeinschaftsunterkünfte, Tragflughallen, Turnhallen, Aufnahmeeinrichtungen: Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten Asylbewerber im Landkreis München unterzubringen. Einige von ihnen hat Landrat Christoph Göbel Bundestagsabgeordneter Florian Hahn jüngst gezeigt. Auf dem Plan standen die Gemeinschaftsunterkunft Putzbrunn, die Tragflughalle in Neubiberg, das Gelände der Bundeswehruniversität in Unterhaching sowie das kurzfristig eingerichtete Ankunftscenter der Regierung in Keferloh.

Unermüdlich haben viele ehrenamtliche Helfer die ganze Nacht im Tenniscenter Keferloh durchgearbeitet – und noch immer lässt ihr Engagement nicht nach: Sie nehmen die ankommenden Menschen im Empfang, verteilen Hygieneartikel oder machen sie mit den Besonderheiten der kurzfristig eingerichteten Notunterkunft vertraut. „Unser Ziel ist es, die Aufenthaltzeit für die Asylbewerber

so kurz wie möglich zu halten“, so Göbel.

### Übergangslösung

Die Beherbergung in den Tennishallen ist lediglich eine Übergangslösung für wenige Tage. „Hier kann man sehen, was Ehrenamt bedeutet“, spricht Göbel stolz den vielen Hilfskräften von THW, ABC-Zug und Feuerwehr seinen

großen Dank aus. Dem schließt sich Hahn vollumfänglich an: „Es ist wirklich beeindruckend, was ehrenamtliche Kräfte, aber auch die Mitarbeiter des Landratsamts im Moment leisten – dafür ein herzliches Vergelt's Gott!“

Die Regierung hatte am Vorabend den Landkreis München um Unterstützung gebeten, kurzfristig Übernachtungsplätze für rund 700 Personen zu schaffen.

Einen Blick wagten Göbel und Hahn auch in die Tragflughalle Taufkirchen, der ersten von insgesamt sieben geplanten Hallen im Landkreis München. Hahn, der zum ersten Mal eine derartige Unterbringungsform besichtigte, überzeugte sich von der Qualität der Unterkunft und zeigte sich beeindruckt. Auf gutem Wege sind auch die Bauarbeiten auf dem Gelände der Bundeswehruniversität Unterhaching. Dort soll, nach Taufkirchen und Neubiberg, nun die dritte Tragflughalle entstehen. Die ersten Container stehen bereits.

Die Gemeinschaftsunterkunft Putzbrunn stand ebenfalls auf dem Programm: In der vom Landkreis errichteten und von der Regierung betriebenen Unterkunft leben Familien und Alleinstehende aus allen Teilen der Welt unter einem Dach.

Das Fazit des Bundestagsabgeordneten: „Der Bund muss die Kommunen bei der Bewältigung dieser Situation noch stärker unterstützen. Europa braucht eine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Um den Zustrom von Flüchtlingen insgesamt deutlich zu mindern, ist ein stärkeres Engagement Deutschlands und Europas in den Krisenregionen notwendig.“ □

## Gemeinsamer Kraftakt...

(Fortsetzung von Seite 1) fordert zudem mehr Personal, nicht nur bei der Polizei und beim Bundesamt für Migration. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungen, von Landratsämtern, Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Jugend- und Ausländerbehörden arbeiteten Tag für Tag an ihren Grenzen. Keller erinnerte schließlich an die schon Mitte August vom Präsidenten des Bayerischen Land-

kreistags, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, erhobene Forderung nach einer Kontingent-Lösung für Flüchtlinge aus Syrien, die fast zu 100 Prozent anerkannt werden – eine praktische Erleichterung, die Kapazitäten freimachen würde. Gleichzeitig sollten die Westbalkan-Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. „Wir brauchen unsere Kraft und unsere Ressourcen für die Menschen, die bei uns Schutz

vor Krieg und Verfolgung suchen“, erklärte er.

Auch Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl war durchaus zufrieden mit den Ergebnissen des Asylgipfels. Brandl sprach von einem „guten Erfahrungsaustausch“. Vor allem das Problem der Unterbringung von Flüchtlingen sei erkannt. Brandl fordert vom Bund, dass nun leerstehende Kasernen aktiviert werden. □

## Zentrale Forderungen der KPV

Anlässlich des Asylgipfels hat sich der Landesvorsitzende der KPV, Landrat Stefan Rößle mit einer Reihe von Forderungen an Ministerpräsident Horst Seehofer gewandt. Wie Rößle darlegte, nehme er „in den letzten Wochen mit Sorge mehr und mehr rechtsradikale Tendenzen nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern, sondern auch bei uns in Bayern zur Kenntnis“. Deshalb müsse das Thema Sicherheit noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Ebenso sei eine drohende Überlastung der ehrenamtlichen Helfer, der Verwaltungs- und Polizeikräfte sowie der hauptamtlichen Hilfskräfte unbedingt im Auge zu behalten.

Die KPV bittet die Staatsregierung um ihre Unterstützung in folgenden Punkten:

- Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen wird für notwendig erachtet. Auch wenn damit der ungebremste Zuzug nicht verhindert werden kann, so können doch Straftaten insbesondere im Bereich der illegalen Schleusung festgestellt und unterbunden werden. Eine Verstärkung der Polizeipräsenz nicht nur entlang der Grenzen, sondern auch an anderen Konfliktzonen wie den geplanten Balkanzentren ist dringend notwendig.
- Die Asylverfahren müssen beschleunigt, die Westbalkanstaaten zu sicheren Drittstaaten erklärt und auch Abschiebungen zügig vollzogen werden.
- Der soziale Wohnungsbau muss massiv vorangetrieben werden. Für den sozialen Frieden im Land ist es zwingend notwendig, dass nicht nur für Asylbewerber Wohnungen geschaffen werden. Von mangelndem Wohnraum sind mittlerweile auch immer mehr deutsche Bürger betroffen, die über nicht mehr bezahlbare Mietpreise klagen oder keine passende Wohnung finden.
- Immer mehr Menschen zeigen sich verärgert und auch erobert, wenn der Staat zum Ausdruck bringt, wir bezahlen allen Hartz IV-Sätze. Das lockt weitere Asylbewerber an und birgt die Gefahr, dass die finanziellen Lasten die Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden überschreiten bzw. wir uns andere notwendige

Dinge nicht mehr leisten können. Aufgrund des enorm ansteigenden Flüchtlingsstroms muss ernsthaft über Leistungskürzungen und Sachleistungen verhandelt werden.

- Die Standards für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen massiv abgebaut werden. Es ist schwer vermittelbar, wenn für die Unterbringung in entsprechenden Einrichtungen monatlich rund 4.000 Euro für jeden Jugendlichen an Kosten anfallen. Das ist auf Dauer nicht leistbar. Aufgrund des starken Zuzugs von minderjährigen Flüchtlingen muss hier umgehend wesentlich mehr auf niedrigschwelligere Angebote zurückgegriffen werden. Zudem ist es notwendig, dass die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf das gesamte Bundesgebiet schnellstmöglich umgesetzt wird und nicht erst wie gesetzlich vorgesehen ab 1. Januar 2016. Die Staatsregierung wird gebeten, diesbezüglich den Druck auf die anderen Bundesländer zu erhöhen.
- Im Bereich der Sprachförderung für Menschen mit Bleiberecht sind weitere Anstrengungen notwendig. Deutschkenntnisse sind für Kinder in Kindertagesstätten und Schulen sowie angehende Arbeitskräfte unabdingbare Voraussetzungen für eine gelingende Integration.
- Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt müssen beseitigt werden. Asylbewerber, die davon ausgehen dürfen, in unserem Land zu bleiben, sollten möglichst bald auch die Möglichkeit haben, zu arbeiten. Nur ein Beispiel hierzu: Namhafte Zeitarbeitsfirmen suchen händeringend Personal. Eine Beschäftigung in der Zeitarbeit ist für Asylbewerber aber erst nach 4 Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich. Diese Gesetzeslage ist meines Erachtens nicht mehr zeitgemäß.
- Die kommunale Familie braucht weitere dringende Unterstützung bei den Personalkosten, die immens ansteigen. Wenn die Landratsämter und kreisfreien Städte nicht genügend Personal einstellen, besteht die Gefahr, dass anderweitige Aufgaben nicht zeitgemäß erledigt werden können und der Unmut der Bürgerinnen und Bürger weiter zunimmt. □

Interview mit GVB-Vorstand Dr. Jürgen Gros:

## Die Risiken einer europäischen Einlagensicherung

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken sehen die neuen Brüsseler Pläne für eine europäische Einlagensicherung mit Sorge. Dafür hatten sich unlängst Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz im sogenannten „Fünf-Präsidenten-Bericht“ ausgesprochen. Eine Vergemeinschaftung würde allerdings die Gefahr von Ansteckungseffekten und Fehlanreizen erhöhen, wie GVB-Vorstand Jürgen Gros im Interview deutlich macht. Stattdessen setzen sich die Kreditgenossenschaften dafür ein, die bewährte Institutssicherung zu erhalten.

**GZ:** Herr Dr. Gros, die EU-Institutionen schlagen erneut eine gemeinsame europäische Einlagensicherung vor. So soll die Finanzstabilität erhöht werden. Wie stehen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken dazu?

**Dr. Gros:** Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sehen das anders. Eine europäische Einlagensicherung stärkt nicht die Krisenfestigkeit der Bankenunion. Im Gegenteil: Ein Haftungsverbund erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich regionale Instabilitäten auf ganz Europa ausbreiten. Es wird dann wesentlich schwerer, Probleme einzelner nationaler Bankensysteme zu isolieren. Sie könnten dann auf andere Sicherungssysteme überspringen. Diese Gefahr eines Flächenbrands würde letztlich das Vertrauen der Bankkunden in die Sicherheit ihrer Einlagen erschüttern. Auch deutsche Sparer müssten dann um ihre Ersparnisse besorgt sein. Das ist unverantwortlich. Wir wollen das nicht.

**GZ:** Die neuen Pläne aus Brüssel sehen vor, dass die Einlagensicherung von allen teilnehmenden Banken durch eine risikobasierte Gebühr finanziert

wird. Würde das nicht dazu beitragen, sogenannte „moralische Risiken“ auszuschließen?

**Dr. Gros:** Das ist ein Trugschluss. Missbrauch wird mit einem europäischen Einlagensicherungsfonds nicht vermieden - ganz gleich mit welchem Gebühren-



Dr. Jürgen Gros.

system. Das risikoreiche Verhalten einzelner Banken wird vielmehr begünstigt. Denn sie können Geschäfte, die zum Einlagenentschädigungsfall führen, auf eine europäische Haftungsgemeinschaft abwälzen. Die Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme führt somit zu Fehlanreizen. Deshalb muss sie verhindert wer-

den. Ansonsten kommt, was keiner wollen kann: Die Transferunion zwischen Banken in Europa.

**GZ:** Eine Neufassung der EU-Einlagensicherungssysteme ist erst 2014 nach langwierigen Verhandlungen beschlossen worden. Ist es aus Ihrer Sicht verständlich, das Thema nun schon wieder anzugehen?

**Dr. Gros:** Nein. Die Beteiligten hatten sich vergangenes Jahr auf eine vernünftige Lösung verständ-

**Kreditgenossenschaften:**

## Solide Kapitalbasis garantiert Stabilität

Die Genossenschaftsbanken erweisen sich selbst in Stressszenarien als stabiler Partner der Wirtschaft. Das bescheinigt ihnen ein von Wirtschaftsforschern der Deutschen Bundesbank durchgeführter Stresstest für kleine und mittelgroße Banken.

Im Rahmen der Simulation hatten die Wissenschaftler untersucht, welche Effekte ein massiver Konjunkturabschwung und eine ungünstige Zinskurve auf Kreditportfolio sowie Erträge der Kreditinstitute hätten. Ergebnis: Den Volksbanken und Raiffeisenbanken wird aufgrund ihrer „soliden Kapitalbasis“ eine „sehr hohe Widerstandsfähigkeit“ bescheinigt, wie aus dem kürzlich veröffentlichten Forschungspapier der Notenbank hervorgeht.

Das Resultat der Bundesbankstudie bestätigt das kundennahe Geschäftsmodell der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenban-

dig. Die beschlossene Harmonisierung der Einlagensicherungssysteme soll überall in Europa ein hohes Einlagenschutzniveau gewährleisten. Das unterstützen wir, denn hier haben viele Länder - anders als Deutschland - Nachholbedarf. Gleichzeitig haben die EU-Gesetzgeber zu Recht festgelegt: Funktionierende Systeme wie die genossenschaftliche Institutssicherung sollen erhalten bleiben. Denn sie sind auf die Vermeidung von Bankinsolvenzen und damit Einlagenentschädigungsfälle ausgerichtet. Dort, wo nationale Lösungen nachweislich erfolgreich sind, braucht es keine europäische Lösung. Genau das sagt auch der europäische Subsidiaritätsgrundsatz. Und dabei soll es bleiben. □

## MünchenerHyp wächst weiter dynamisch

Die Münchener Hypothekenbank eG setzte im ersten Halbjahr 2015 das starke Wachstum des Vorjahres fort. Das Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung stieg um 19 Prozent auf 2,4 Mrd. Euro (Vorjahr 2,1 Mrd. Euro). Davon profitierten auch die Erträge der Bank.

Der Zins- und Provisionsüberschuss verbesserte sich um 36 Prozent auf 72,9 Mio. Euro (Vorjahr 53,5 Mio. Euro). „Wir sind mit der Geschäftsentwicklung sehr zufrieden. Unsere nachhaltige Wachstumsstrategie zeigt wie geplant Wirkung“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandssprecher der MünchenerHyp, anlässlich der Veröffentlichung der Halbjahreszahlen der Bank.

**Intensivierte Partnerschaft**

In der Wohnimmobilienfinanzierung intensivierte die MünchenerHyp insbesondere die Partnerschaft mit den Banken der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Das Neugeschäft innerhalb des genossenschaftlichen Verbunds stieg um 21 Prozent auf 1,3 Mrd. Euro. Ein deutliches Plus verzeichnete die Bank auch in der gewerblichen Immobilienfinanzierung einschließlich der Finanzierung von Wohnungsunternehmen. Im ersten Halbjahr wurden rund 550 Mio. Euro neu an Finanzierungen zugesagt. Das entspricht einem Zuwachs von 24 Prozent.

Am Kapitalmarkt zeigte sich die MünchenerHyp weiterhin mit hoher Platzierungskraft. Sie begab bis Ende Juli drei großvolumige Benchmark-Hypothekendarlehen mit einem Emissionsvolumen von jeweils 750 Mio. Euro. Alle drei Hypothekendarlehen wurden stark nachgefragt und waren bereits nach kurzer Zeit über-

zeichnet. Die Bank verteidigte zudem in der „Best Borrowers Survey“ des Fachmagazins Euromoney den ersten Platz in der Kategorie „Covered Bonds und Pfandbriefe“.

Die Risikosituation in der Immobilienfinanzierung ist weiter stabil, die Zuführungen zur Risikoversorge bewegen sich auf niedrigem Niveau. Das Betriebsergebnis nach Risikoversorge stieg um 6,8 Mio. Euro auf 23,5 Mio. Euro. Nach Abzug der Steuer betrug der zeitanteilige Jahresüberschuss 13,7 Mio. Euro (Vorjahr 11,1 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme belief sich zum 30. Juni 2015 auf 37,6 Mrd. Euro, nach 36,3 Mrd. Euro zum Jahresende 2014. Die Bestände an Hypothekendarlehen erhöhten sich um 1,4 Mrd. Euro auf 25,0 Mrd. Euro. Im Kapitalmarktgeschäft reduzierten sich die Bestände entsprechend der geschäftsstrategischen Ausrichtung der MünchenerHyp seit dem Jahresanfang 2015 um 0,4 Mrd. Euro auf 9,0 Mrd. Euro.

Die MünchenerHyp zeigt sich zuversichtlich, ihr Neugeschäft im zweiten Halbjahr weiter steigern zu können. „Wir streben sowohl in der Wohn- als auch in der Gewerbeimmobilienfinanzierung ein höheres Neugeschäftsvolumen als im Vorjahr an. Die guten Rahmenbedingungen in unseren Kernmärkten bestärken uns darin“, sagte Dr. Louis Hagen. Vor diesem Hintergrund erwartet die Bank auch einen höheren Jahresüberschuss. □

„Engagement zeigen“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Verantwortungsvoll, gemeinnützig, engagiert vor Ort: Das gesellschaftliche Engagement für unsere Mitglieder, für unsere Kunden und für die Menschen in der Region unterscheidet uns von anderen Banken. [bayern.vr.de](http://bayern.vr.de)

„Kommunaler Finanzreport 2015“ der Bertelsmann Stiftung:

## Bayern in Spitzenposition

Von allgemeiner finanzieller Gesundheit kann keine Rede sein. Wie der „Kommunale Finanzreport 2015“ der Bertelsmann Stiftung zeigt, steigen die bundesweiten Kassenkredite weiter und die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Ein Viertel der Kommunen in Deutschland rutschte tiefer in die roten Zahlen. Deutlich besser gestaltet sich freilich die Situation in Bayern: Sieben der zehn steuerstärksten Kommunen liegen im Freistaat.

Der Finanzierungssaldo der bundesdeutschen Kommunen belief sich im Jahr 2014 auf 0,24 Milliarden Euro. Im Vergleich zu den zwei Vorjahren ist er deutlich gesunken. In der Betrachtung der zehn Haushaltsjahre von 2005 bis 2014 war der Finanzierungssaldo hoch volatil und schwankte zwischen -7,5 Milliarden Euro und +8,2 Milliarden Euro. Der über zehn Jahre kumulierte Saldo aller Kommunen betrug +6,3 Milliarden Euro.

Im Vergleich der Bundesländer treten 2014 große Unterschiede auf. In sieben Bundesländern waren die Kommunen im Plus, in sechs defizitär. Die Finanzierungssalden pro Einwohner bewegten sich zwischen -319 Euro im Saarland und +127 Euro in Bayern. Dieser Überschuss ist sogar so hoch, dass er ganz allein die bundesweite Bilanz ins Plus zieht: Ohne Bayern läge der bundesweite Finanzierungssaldo 2014 bei minus 1,35 Milliarden Euro.

Die beiden steuerstärksten Länder sind Hessen und Bayern. Sie erreichen mit rund 1.300 Euro pro Einwohner mehr als das Doppelte der Länder Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Die höchsten Steuereinnahmen pro Kopf

erzielten neben Wolfsburg und Frankfurt am Main drei bayerische Kommunen: München, der Landkreis Dingolfing-Landau und Ingolstadt.

Investitionen sind wichtig für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, allgemein für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Auffällig ist das sehr hohe Investitionsniveau in Bayern und Baden-Württemberg (590 und 465 Euro je Einwohner). Am Ende der Skala liegen Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen mit lediglich 206 und 215 Euro je Einwohner. Die Investitionsschwäche strukturschwacher Kommunen, die sich in diesen Unterschieden offenbart, verschärft die Disparitäten auch für die Zukunft.

### Gesamtverschuldung

Die Gesamtverschuldung der Kommunen stieg von 2008 bis 2013 relativ gering von 125 auf 135 Milliarden Euro. Sie setzt sich zusammen aus investiven Krediten und Kassenkrediten.

Ogbleich haushaltsrechtlich im Grunde nicht zulässig, wuchsen die Kassenkredite vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2014 von sieben auf 49 Milliarden Euro. Allerdings nicht in allen Bundesländern. So waren die

Kommunen in Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern 2014 nahezu frei von Kassenkrediten, während jene im Saarland rund 2.000 Euro je Einwohner verbuchten.

Im Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind über 50 Prozent der Gesamtschulden kurzfristige Kassenkredite. In Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg nur bis zu 3 Prozent.

### Große regionale Unterschiede

Seit dem Jahr 2005 tragen die Kreise und kreisfreien Städte die Kosten der Unterkunft (KdU) für die Bedarfsgemeinschaften aus dem SGB II („Hartz IV“). Die regionalen Unterschiede in der Haushaltsbelastung sind bereits auf Länderebene sehr groß. Die geringsten Ausgaben entstanden in den bayerischen Kommunen mit 78 Euro je Einwohner, die höchsten in den Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns mit 244 Euro je Einwohner.

Auf Ebene der 398 kommunalen Träger unterscheiden sich die Ausgaben je Einwohner um einen Faktor von 1:20. Die wirtschaftsschwachen Städte Offenbach und Gelsenkirchen verausgabten 2013 fast 400 Euro je Einwohner, die starken bayerischen Kreise Eichstätt und Unterallgäu weniger als 20 Euro je Einwohner.

Auch innerhalb der Länder variiert die Haushaltsbelastung deutlich zwischen wirtschafts-

starken und -schwachen Kommunen.

Allgemein ist die Streuung der Belastung innerhalb der wirtschaftsstarken Länder größer als in den wirtschaftsschwachen. In Bayern und Baden-Württemberg gibt es einzelne Inseln hoher KdU-Ausgaben. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist die Belastung in durchgängig allen Kommunen sehr hoch.

Im Vergleich der Zahlen des Jahres 2013 zu denen des Jahres 2008 wird sichtbar, dass die Spaltung in hoch und gering belastete Kommunen nicht zurückgeht. Es gelingt den strukturschwachen Kommunen nicht, diese Unterschiede abzubauen. Die Disparitäten setzen sich fort. Die zehn steuerstärksten Kommunen liegen vollständig in Ostdeutschland. Sieben der zehn steuerstärksten

Kommunen liegen in Bayern. Tendenziell sind die Unterschiede der Steuerkraft innerhalb der wirtschaftsstarken Bundesländer besonders groß. In Bayern beträgt die Spannweite der Steuereinnahmen auf Kreisebene 2.700 Euro zwischen 3.440 Euro je Einwohner im Kreis München und 740 Euro je Einwohner in der Stadt Bayreuth. Eine Ausnahme ist Baden-Württemberg, wo die Kommunen flächendeckend steuerstark sind.

### Vorzeigestädte

Im Zeitraum 2008 bis 2013 gelang es nur wenigen Kommunen, ihre Gesamtverschuldung spürbar abzubauen. An der Spitze dieser Liste stehen die bayerischen Städte München, Regensburg und Straubing.

„Die aktuellen Zahlen des kommunalen Finanzreports der

Bertelsmann Stiftung sind ein deutlicher Beleg für die vom Deutschen Städtetag wiederholt als höchst problematisch angeführten, wachsenden Unterschiede zwischen den Kommunen: Besonders in strukturschwachen Städten und Regionen, wo niedrige Steuereinnahmen zugleich auf hohe Sozialausgaben treffen, wächst die Gefahr einer Abwärtsspirale“, hob der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy hervor.

Den von dieser Entwicklung betroffenen Kommunen sei es aus eigener Kraft nicht möglich, entscheidend gegenzusteuern. Diese Kommunen bräuchten eine strukturelle Entlastung durch den Bund und die Länder bei den Sozialausgaben, „nur so eröffnen sich ihnen wieder dringend notwendige Entwicklungschancen“. DK

### Bayerischer Versorgungsverband (BVK Beamtenversorgung):

## 2014 erneut stabiler Verlauf

Der Verwaltungsrat des Bayerischen Versorgungsverbandes nahm in seiner jüngsten Sitzung den Jahresabschluss 2014 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 sowie den Wirtschaftsplan 2016 zustimmend zur Kenntnis. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

Wie bereits 2013 war auch das Geschäftsjahr 2014 von den Unsicherheiten an den Finanzmärkten, dem anhaltend niedrigen Zinsniveau sowie der Staatsanleihenkrise geprägt. Trotz dieser schwierigen Umstände konnte die BVK Beamtenversorgung für 2014 wieder eine solide Bilanz vorlegen.

Die wesentlichen Kennzahlen entwickelten sich in 2014 wie erwartet: Die Zahl der angemeldeten Dienstkräfte reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,46 %. Die Zahl der Versorgungsfälle stieg um 4,31 % an, so dass sich auch der Versorgungsquotient (Verhältnis der Versorgungsempfänger zu den angemeldeten Dienstkräften) im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhte. Dieser lag 2014 bei 75,97 % (Vorjahr: 71,77%). Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich im Berichtsjahr auf insgesamt 1.872 Mitglieder (Vorjahr: 1.855).

### Umlagesatz

Der Umlagesatz wird vom Verwaltungsrat auf der Basis versicherungsmathematischer Berechnungen jeweils für einen Abschnittsdeckungszeitraum von fünf Jahren festgelegt. Für die Jahre 2011 bis 2015 betrug er 39,3 %. In der Verwaltungsratsitzung vom 16. Juli 2015 wurde der Umlagesatz für den zukünftigen Deckungsabschnitt der Jahre 2016 bis 2020 dergestalt festgesetzt, dass für die Jahre 2016 und 2017 weiterhin 39,3 % zu entrichten sind.

Von den ab 2018 wegfallenden Zuführungen aus der gesetzlichen Versorgungsrücklage, die bis 2017 die Umlageeinnahmen um 1,3 Umlage-Prozentpunkte ergänzen, werden lediglich 0,6 Umlage-Prozentpunkte weiterhin erhoben. Auch wenn damit ab 2018 der Umlagesatz auf 39,9 % steigt, vermindert sich die Gesamtbelastung für die Mitglieder des Bayerischen Versorgungsverbandes ab 2018 um 0,7 Umlage-Prozentpunkte.

### Gestiegene Kapitalanlagen

Im Berichtsjahr sind die Kapitalanlagen um 19,18 % auf 730,91 Mio. Euro (Vorjahr: 613,27 Mio. Euro) gestiegen. Insgesamt konnten wir Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 22,2 Mio. Euro (Vorjahr: 18,2 Mio. Euro) verzeichnen. Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich für 2014 ein Nettoertrag von 21,8 Mio. Euro (Vorjahr: 17,7 Mio. Euro). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und außer-

ordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,24 % (Vorjahr: 3,15 %) bzw. ohne Bayerischen Pensionsfonds 4,03 % (Vorjahr 3,97 %).

### Planungsjahr 2016

Für das Planungsjahr 2016 geht man weiter von einer stabilen Entwicklung der Kasse aus. Der Gesamtverwaltungskostensatz steigt voraussichtlich von 2,18 % in 2014 auf 2,36 % in 2016. Der Betriebskostensatz steigt voraussichtlich von 0,87 % in 2014 auf 0,91 % in 2016 an. Die Zahl der Versorgungsempfänger wird sich bei leicht rückläufiger Zahl der angemeldeten Dienstkräfte erhöhen. Die Kennzahl „Angemeldete Dienstkräfte und Versorgungsempfänger je Mitarbeiter“ inklusive Servicefälle nimmt bis einschließlich Plan 2015 leicht ab, für 2016 wird ein gleichbleibender Verlauf erwartet.

### Personalien

Der Verwaltungsrat hat aus seiner Mitte Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und zum Vertreter des Bayerischen Versorgungsverbandes im Kammerrat gewählt.

Der bisherige Vorsitzende Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats sowie zum 1. Stellvertreter für den Kammerrat bestellt worden. Das Verwaltungsratsmitglied Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, wurde als 2. Stellvertreter für den Kammerrat gewählt. Damit liegen auch für die verbleibende Amtsperiode (bis 31. Dezember 2019) Vorsitz und stellvertretender Vorsitz für den Verwaltungsrat in bewährten Händen. Gleiches gilt für die Vertretung des bayerischen Versorgungsverbandes im Kammerrat (Amtsperiode bis 7. März 2019). □

## Baustelle Steuervereinfachung

BdSt legt Update seiner Steuervereinfachungsbroschüre vor

Ist das noch aktuell? Das fragt sich der Bund der Steuerzahler (BdSt) und fordert verständlichere und moderne Steuergesetze. Dazu haben wir eine Broschüre mit konkreten Vorschlägen zur Steuervereinfachung vorgelegt. An zahlreichen Beispielen zeigt der BdSt, welche Stillblüten sich im Steuerrecht über die Jahre entwickelt haben. Ob Beträge, die 50 Jahre und älter sind, oder Vorschriften, die wegen Zeitablauf gar keinen Anwendungsbereich mehr haben - er deckt die Baustellen im Gesetz auf. Jetzt liegt die BdSt-Broschüre „Baukasten für die 18. Legislaturperiode“ in aktualisierter Fassung vor - ergänzt um ein Erfolgskapitel.

Steuervereinfachung wollen alle! Die Umsetzung fällt der Politik aber oft schwer, deshalb zeigt der BdSt, wie es besser geht. Wir schlagen vor, dass Freibeträge, Freigrenzen und Pauschalen im Steuerrecht regelmäßig angepasst und veraltete Vorschriften gestrichen werden.

Beispiel Rentner: Der Werbungskostenpauschbetrag für die Steuererklärung der Senioren ist fast so alt wie die Senioren selbst. Seit 1954 werden pauschal 102 Euro berücksichtigt. Das deckt bei vielen Rentnern nicht einmal die Ausgaben, um die Erklärung von einem steuerlichen Berater anfertigen zu lassen. Folge: Die Senioren müssen Belege sammeln. Nicht mehr aktuell ist auch der Betrag für geringwertige Wirtschaftsgüter: Kleine Anschaffungen für Beruf oder den Betrieb können Steuerzahler sofort im Jahr der Anschaffung abschreiben. Es gilt seit einem halben Jahrhundert ein Wert von 410

Euro/800 DM pro Gegenstand. Allerdings konnten die Steuerzahler im Jahr 1965 für 800 DM noch einiges mehr anschaffen als heute. Diese und weitere Beträge müssen an die heutigen Verhältnisse angepasst werden, fordert der BdSt.

### Einfache Formulierungen

Der BdSt will zudem, dass Bürger das Gesetz und ihren Steuerbescheid verstehen. Komplizierte Rechtsbegriffe sollten durch einfache Formulierungen ersetzt werden. Anhand von Beispielen zeigt der BdSt auch hier, wie es besser geht. Statt „Vorläufige Steuerfestsetzung“ auf dem Steuerbescheid zu platzieren, könnte das Finanzamt den Bürgern beispielsweise mitteilen, dass der Bescheid in diesem Punkt später noch geändert werden kann. Dieser und weitere Vorschläge sind in der Broschüre zur Steuervereinfachung zu finden. **Download der Broschüre unter: <http://bit.ly/1INp5W>** □

VER SICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Unsere große Liebe hat 4 Wände und 2 Etagen

Wir kümmern uns um das nötige Stück Sicherheit und schützen, was Ihnen rund um Ihr Zuhause wichtig ist.

www.versicherungskammer-bayern.de

MEIN ZUHAUSE CHECK

Jetzt beraten lassen und kostenlos RAUCHMELDER\* sichern!

\* Die Zahl der Rauchmelder ist auf 10.000 Stück begrenzt; Vergabe nur, solange der Vorrat reicht. Weitere Aktionsbedingungen unter [www.versicherungskammer-bayern.de/wohnen](http://www.versicherungskammer-bayern.de/wohnen) oder bei Ihrem Berater.

Finanzgruppe

# Reform der Gemeindeschlüssel-Zuweisungen ab 2016

Von Emil Schneider, Referent für Finanzen,  
Haushaltsrecht und Ehrenamt beim Bayerischen Landkreistag

Der Bayerische Landkreistag begrüßt die zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat Bayern am 2. Juli 2015 bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich 2016 vereinbarte Reform der Gemeindeschlüsselzuweisungen zugunsten strukturschwacher Gemeinden.

Durch sie werden ab 1.1.2016 Steuereinnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer in höherem Umfang in die Steuerkraft eingerechnet und Aufwendungen der Gemeinden im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen berücksichtigt. Zugleich werden die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen objektiver nach der Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften angesetzt.

## Eckpunkte

Die Reform basiert vorbehaltlich der abschließenden Behandlung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2016 durch den Bayerischen Landtag nunmehr auf folgenden Eckpunkten:

1. Gerechtere Erfassung der Grund- und Gewerbesteuer durch
- Anhebung der Nivellierungshebesätze auf einheitlich 310 %,

## Niedrigzinsphase:

## Schlanke Förderprogramme stark gefragt

LfA Förderbank Bayern vergibt  
im ersten Halbjahr 2015 erneut über 800 Mio. Euro

**Halbjahresbilanz der LfA Förderbank Bayern: 2.100 mittelständische Unternehmen und 64 Kommunen in Bayern haben in diesem Jahr bislang 805 Millionen Euro an Förderkrediten beantragt (Vorjahr 810 Mio. Euro). Die anhaltende Niedrigzinsphase an den Finanzmärkten hat zur Folge, dass Firmen und Gemeinden weniger auf den Zinsvorteil abzielen und mehr auf die breiten Einsatzmöglichkeiten der Fördermittel setzen, um ihre Vorhaben schnell zu verwirklichen.**

„Über die LfA stärkt die bayerische Staatsregierung den Mittelstand und das Gründerland Bayern. Unabhängig von Zinsumfeld und Konjunktur leistet die LfA eine wertvolle Hilfe, um die Finanzierungsnachteile des Mittelstands auszugleichen.“

In der ersten Jahreshälfte sind 115 Mio. Euro an Gründern geflossen und voraussichtlich wird die LfA auch in diesem Jahr wieder rund 1.000 Gründungen finanzieren“, erklärt Ilse Aigner, Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende.

„Unsere breit einsetzbaren Universalkredite wurden mit rund 300 Mio. Euro mehr als doppelt so stark nachgefragt wie im Vorjahr. Sie können sowohl für Investitionen wie für Be-

- die erstmalige Berücksichtigung von 10 % der Steuereinnahmen, die die Nivellierungshebesätze übersteigen.

2. Unveränderte Beibehaltung der Einwohnergewichtung, die erst 2013 zugunsten kleinerer Gemeinden angepasst wurde.

3. Für eine gerechte Abbildung der Ausgabenseite werden die sog. Ergänzungsansätze wie folgt fortgeschrieben:

- Einführung eines neuen Ansatzes für alle Gemeinden für ihre Belastungen durch Kindertageseinrichtungen.

Hierzu wird neben der gewichteten Einwohnerzahl die Zahl der Kinder in Tageseinrichtungen mit einer Gewichtung von 1,0 berücksichtigt.

- Ablösung des bisherigen, auf tatsächliche Ausgaben beruhenden Ansatzes für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicher-

ung für Arbeitssuchende bei kreisfreien Städten und Landkreisen durch einen modernen, indikatorbasierten Ansatz für Soziallasten. Hierzu wird neben der gewichteten Einwohnerzahl, die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit einer Gewichtung von 3,10 berücksichtigt.

4. Bewährte Elemente zugunsten strukturschwacher Gemeinden

## Unterbringung von Flüchtlingen:

## Wohnungswirtschaft fordert Sonderinvestitionsprogramm

**Laut aktueller Flüchtlingsprognose 2015 werden in diesem Jahr in Deutschland voraussichtlich bis zu 750.000 Asylbewerber erwartet. „Jenseits der Diskussionen um die zügig sicherzustellende Erstunterbringung dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es derzeit keine umfassende bundespolitische Strategie dazu gibt, wie und wo dauerhaft in Deutschland bleibende Flüchtlinge wohnen und integriert werden sollen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.**

In zahlreichen Ballungsregionen Deutschlands mit angespannten Wohnungsmärkten steigt infolge des hohen Zuzugs von Zuwanderern und Flüchtlingen die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum aktuell enorm an. Die Neubauzahlen können mit dieser Entwicklung bei weitem nicht Schritt halten – im Gegenteil. „Wir brauchen in Deutschlands Ballungsregionen mehr bezahlbaren Wohnraum für alle“, so der GdW-Chef.

Die Forderungen des GdW im Einzelnen:

- **Steuerliche Voraussetzungen beim Wohnungsneubau verbessern:**

Dazu sollte die steuerliche Normalabschreibung von derzeit zwei auf mindestens drei Prozent erhöht werden. Die Abschreibung liegt schon seit 1964 bei zwei Prozent. Gebäude, die vor mehr als 50 Jahren fertiggestellt wurden, sind technisch komplett andere als die, die heute gebaut werden. Infolge des gestiegenen Kostenanteils von kurzlebigeren Ausbaubestandteilen beim Wohnungsbau ist die gesamte Nutzungsdauer von Wohngebäuden auf 36 Jahre abgesunken und spiegelt sich heute absolut nicht mehr in den derzeit geltenden steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten wider.

- **Mehr preisgebundene Wohnungen schaffen:**

Neben einer Erhöhung und Verstärkung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau flankierend eine sehr fokussierte Sonderabschreibung oder Investitionszulagenregelung benötigt. Dazu sollte der frühere Paragraph 7k des Einkommensteuergesetzes wieder eingeführt werden. Die Regelung sollte ausschließlich in bestimmten Ballungsräumen mit offensichtlichem Wohnungsmangel gelten und auf fünf Jahre befristet sein. Voraussetzung für eine Inanspruchnahme einer solchen Sonderabschreibung wäre eine freiwillige Verpflichtung des Investors, die Neubauten für einen bestimmten Zeitraum zum Mietpreis für öffentlich geförderten Neubau und nur an den förderberechtigten Personenkreis zu vermieten.

- **Gezieltes, zeitlich befristetes Sonderinvestitionsprogramm in den am stärksten von Zuwanderung betroffenen Regionen:**

Der Bund und die vom starken Zuzug betroffenen Länder sollten für den Neubau von 100.000 bezahlbaren Wohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt, verteilt auf fünf Jahre, jeweils 300 Millionen Euro jährlich aufbringen. Die Finanzhilfen sollten ausschließlich in Ländern mit extrem angespannten Wohnungsmärkten und dort nur in von hohem Zuzug betroffenen Gebieten eingesetzt werden, die vorher durch Rechtsverordnung festgelegt werden. Außerdem dürfen die Mittel nur für Wohnungsneubau zu angemessenen Mieten eingesetzt werden. Durch den zusätzlichen Neubau von 100.000 bezahlbaren Wohnungen in den angespanntesten Märkten wird es durch das Freiwerden meist preisgünstiger Bestandswohnungen einen Sockereffekt zugunsten einkommensschwächerer Haushalte geben.

bleiben erhalten, wie zum Beispiel

- der Demografiefaktor,
- der Strukturschwächeansatz,
- die Sonderschlüsselzuweisungen für Gemeinden mit deutlich unterdurchschnittlicher Steuerkraft.

Beim Reformergebnis ist zu berücksichtigen, dass diese Reform als vierter Schritt zugunsten strukturschwacher Gebiete zu sehen ist. Im Einzelnen wird auf folgende Reformschritte verwiesen:

- 2013 Wegfall des Großstadtzuschlags und Anhebung des Hauptansatzes von 108 auf 112 v.H.,
- Erhöhung der Mindestinvestitionszuschüsse,
- Schaffung der Stabilisierungshilfen.

## Bayern Kapital und Niederbayern-Forum:

## Intensivierung der regionalen Start-up-Förderung

**Bayern Kapital und das Niederbayern-Forum haben vereinbart, künftig verstärkt zusammenzuarbeiten. Erste Maßnahme: 30 der rund 130 Niederbayern-Botschafter haben sich bereiterklärt, junge Unternehmer der Region zu unterstützen – als Kapitalgeber oder als Mentor. „Ein sehr erfreulicher Impuls aus der Mitte der regionalen Wirtschaft“, erklärt Roman Huber, Geschäftsführer von Bayern Kapital. „Ich hoffe, er führt dazu, dass wir künftig in Niederbayern noch mehr vielversprechende Geschäftsideen finanzieren können.“**

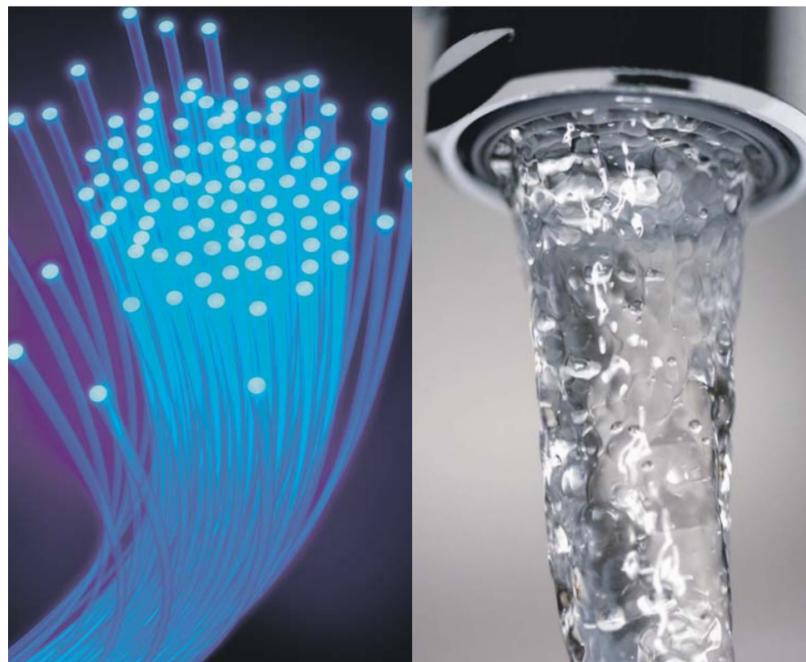
Innovative Unternehmen schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Da sie sich in risikoreichen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben engagieren, sind sie auf Wagniskapital angewiesen, um sich erfolgreich entwickeln zu können. Bayern Kapital investiert aus jeweils speziell strukturierten Fonds in junge Unternehmen und arbeitet dabei eng zusammen mit anderen Venture-Capital-Gesellschaften, Business Angels sowie Business Coaches.

## Unternehmerisches Know-how und Marktkontakte

Das Netzwerk rund um Bayern Kapital verschafft den Beteiligungsnehmern neben frischem Kapital zusätzliches unternehmerisches Know-how und gezielte Marktkontakte. Fast 5.000 Arbeitsplätze sind so in den letzten 20 Jahren dauerhaft in zukunftsfähigen Unternehmen im Freistaat entstanden. Zu den von Bayern Kapital unterstützten Unternehmen gehört beispielsweise die Deggendorfer Congatec AG.

„Der Aufbau junger Unternehmen erfordert oft erhebliches Kapital. Erst recht, wenn man neue Technologien entwickeln will. Solche Herausforderungen lassen sich leichter meistern, wenn man als Gründer einen erfahrenen Unternehmer zur Seite hat. Ich freue mich, dass die neuen Kapitalgeber und Mentoren aus der Mitte des Niederbayern-Forums kommen“, erläutert Michael Kliebenstein, Geschäftsführer des Niederbayern-Forums. „Das Niederbayern-Forum leistet damit einen wichtigen Beitrag, um Wachstumsunternehmen vor Ort entstehen zu lassen und zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen.“

„Bayern Kapital wird sich mit den Niederbayern-Botschaftern kurzschließen und sie zügig bei gemeinsamen Finanzierungen und als Berater einbeziehen. Die jungen innovativen Unternehmen in Niederbayern werden davon sicher profitieren“, so Huber abschließend.



## WIR FÖRDERN GLAS UND KLAR

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in den Ausbau der Breitbandtechnologie. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

## Inflationsrate in Bayern im August bei 0,3 Prozent

Weiter rückläufige Energiepreise dämpfen Inflation

**Im Vergleich zum August des Vorjahres haben sich die Verbraucherpreise in Bayern im Gesamtniveau um 0,3 Prozent erhöht; im vorangegangenen Juli hatte die Inflationsrate ebenfalls bei 0,3 Prozent gelegen. Wie schon in den Vormonaten hat zu der niedrigen Inflationsrate maßgeblich der Preisrückgang am Energiemarkt beigetragen.**

So haben sich binnen Jahresfrist Heizöl um 27,1 und Kraftstoffe um 9,3 Prozent verbilligt. Ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet hätte die Inflationsrate bei 1,1 Prozent gelegen.

Das Preisniveau für Nahrungsmittel ist im Gesamtdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,4 Prozent gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Entwicklung teilweise wiederum sehr unterschiedlich.

So sind zum Beispiel die Preise für Butter (-15,7 Prozent) und Vollmilch (-12,2 Prozent) deutlich gefallen, während sich binnen Jahresfrist Obst (+10,6 Prozent) und Gemüse (+11,1 Pro-

zent) spürbar verteuert haben.

## Verbraucherpreise leicht gestiegen

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, sind die Verbraucherpreise im Gesamtniveau gegenüber dem vorangegangenen Juli leicht (+0,1 Prozent) gestiegen. Weiter zurückgegangen sind im August die Preise für Heizöl (-4,9 Prozent) und Kraftstoffe (-4,1 Prozent). Mit der beginnenden Einführung der Herbst- und Wintermode haben sich Bekleidungsartikel (+6,8 Prozent) hingegen wieder spürbar verteuert.

BayernLB im ersten Halbjahr 2015:

## Starkes Vorsteuerergebnis in Höhe von 433 Mio. Euro

Der BayernLB-Konzern hat im ersten Halbjahr 2015 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 433 Mio. Euro erwirtschaftet. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahreswert (527 Mio. Euro) resultiert aus zusätzlichen Belastungen in Höhe von insgesamt 147 Mio. Euro durch die erstmals zu entrichtende Bankenabgabe sowie durch den Beitrag zur neuen Einlagensicherung. Ohne diese neuen Sonderbelastungen hätte die BayernLB ihr Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr um 51 Mio. Euro bzw. rund 10 Prozent gesteigert.

In ihrem Kerngeschäft verbesserte die BayernLB das Ergebnis deutlich um 55 Prozent auf 550 Mio. Euro. Fortschritte verzeichnete die Bank auch bei der Effizienz: Die Cost-Income-Ratio sank im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozentpunkte auf 49,6 Prozent.

„Unsere Halbjahreszahlen zeigen die Stärke der BayernLB im Kundengeschäft und den Erfolg unserer Maßnahmen zur Erhöhung unserer Effizienz. Wir kommen bei der Neuausrichtung der Bank sichtbar voran“, sagte Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

Der Zinsüberschuss blieb trotz des anhaltend niedrigen Zinsumfelds mit 824 Mio. Euro (Vj.: 831 Mio. Euro) stabil. Der Provisionsüberschuss betrug 110 Mio. Euro. Im Vorjahreswert von 116 Mio. Euro war der Anteil der inzwischen verkauften Tochterbank in Luxemburg in Höhe von 8 Mio. Euro enthalten.

Aufgrund der guten Qualität ihres Portfolios konnte die BayernLB bei der Risikoversorge im Kreditgeschäft erneut einen positiven Wert ausweisen. Niedrigere Zuführungen, aber auch geringere Auflösungen als im Vorjahr ergaben

insgesamt einen positiven Saldo von 13 Mio. Euro.

Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um 4,3 Prozent auf 560 Mio. Euro gestiegen. Der Sachaufwand konnte reduziert werden, im Zuge der Erstkonsolidierung der DKB Service GmbH mit über 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhöhten sich aber die Personalaufwendungen. Zudem stiegen im Zusammenhang mit den Rechtsstreitigkeiten um die Forderungen an die HETA die Aufwendungen für Gerichtskosten.

Das Ergebnis nach Steuern betrug 310 Mio. Euro. Es war somit doppelt so hoch wie der Vorjahreswert von 153 Mio. Euro, der durch die Beteiligung an der ungarischen Bank MKB und deren bevorstehenden Verkauf belastet war.

Die insgesamt 147 Mio. Euro für Bankenabgabe und Einlagensicherung wurden von der BayernLB geschätzt, da bis zum 30. Juni 2015 keine entsprechenden Beitragsbescheide vorlagen. Der Beitrag zum Restrukturierungsfonds nach europäischen Vorgaben (Bankenabgabe) macht dabei 99 Mio. Euro aus, der Beitrag zum Einlagen-Sicherungssystem der

Sparkassen-Finanzgruppe lag bei 47 Mio. Euro. Erfasst wurde jeweils der erwartete Beitrag für das Gesamtjahr 2015.

Die Kapitalausstattung der BayernLB-Gruppe ist weiterhin solide. Die harte Kernkapitalquote (CET1) stieg auf 13,5 Prozent (31. Dezember 2014: 12,8 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – RoE) lag bei 7,6 Prozent (Vj.: 7,1 Prozent).

Die Bilanzsumme betrug zum 30. Juni dieses Jahres 224,5 Mrd. Euro und lag damit 3,3 Prozent unter dem Vorjahresresultat.

### Operative Segmente im Überblick

Das Segment Corporates & Mittelstand hat sein Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich erhöht. Die BayernLB verzeichnete hier einen Anstieg auf 175 Mio. Euro (Vj.: 94 Mio. Euro). Begünstigt wurde das Ergebnis von der positiven Entwicklung der Risikoversorge, die infolge hoher Auflösungen mit 52 Mio. Euro zum Ergebnis beitrug.

Im Segment Immobilien & Sparkassen/Verbund lag das Ergebnis vor Steuern bei insgesamt weiterhin solider Geschäftsentwicklung bei 98 Mio. Euro. Das Ergebnis im Vorjahr (149 Mio. Euro) war unter anderem durch hohe Auflösungen bei der Risikoversorge geprägt.

Das Segment Financial Markets hat sein Ergebnis vor Steuern auf

149 Mio. Euro erhöht (Vj.: 0 Mio. Euro). Der Anstieg geht vor allem auf Kursgewinne aus Wertpapieren und auf die Entwicklung der Fair Value Adjustments zurück. Die mit Markets-Produkten für die Kundensegmente erzielten Erträge wurden weiterhin in den jeweiligen Segmenten ausgewiesen. Auch hier lagen die Erträge trotz der aufgrund des niedrigen Zinsniveaus verhaltenen Nachfrage nach Kapitalmarktprodukten leicht über Vorjahresniveau.

Die DKB hat ihren Erfolgsweg auch im ersten Halbjahr 2015 fortgesetzt. Die Tochtergesellschaft der BayernLB konnte ihr Ergebnis vor Steuern im Kerngeschäft mit einem Anstieg auf 154 Mio. Euro (Vj.: 68 Mio. Euro) mehr als verdoppeln. Zu dieser Steigerung hat vor allem die deutliche Erhöhung des Zinsüberschusses auf 387 Mio. Euro bei (Vj.: 299 Mio. Euro) beigetragen.

Darüber hinaus hat die DKB erneut Kunden hinzugewonnen und

mit inzwischen rund 3,1 Millionen Privatkunden ihre Position als eine der führenden Direktbanken Deutschlands noch weiter gefestigt.

Die BayernLB geht aufgrund ihres solide laufenden operativen Geschäfts davon aus, dass sie bei unveränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein positives Ergebnis vor Steuern im mittleren dreistelligen Millionenbereich erreichen wird. □

## Die „Interaktive Partitur“ im neuen Richard Wagner Museum

Die Bayerische Sparkassenstiftung und die Stiftung der Sparkasse Bayreuth ermöglichen die Anschaffung der Multimedia Installation im Haus Wahnfried

Bereits seit der Eröffnung des Richard Wagner-Museums Ende Juli 2015 steht den Besuchern die „Interaktive Partitur“ zur Verfügung: Ein einzigartiges Vermittlungsinstrument für das musikalische Verständnis, insbesondere für den jüngeren und musikalisch wenig vorgebildeten Besucher. Die Bayerische Sparkassenstiftung und die Stiftung der Sparkasse Bayreuth fördern die Anschaffung mit 40.000 Euro

Dr. Ingo Krüger, Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung, und die Vorstände der Sparkasse Bayreuth, Wolfgang Hetz und Wolfram Münch, überreichten die Fördergelder zur Anschaffung der „Interaktiven Partitur“ mit insgesamt 40.000 Euro an OB Brigitte Merk-Erbe und den Leiter des Richard-Wagner-Museums, Dr. Sven Friedrich. Aus der Bayerischen Sparkassenstiftung fließen 27.000 Euro, die Stiftung der Sparkasse Bayreuth unterstützt mit 13.000 Euro.

### Neue Wege

Krüger sagte bei der Übergabe: „Neue Wege in der Vermittlung von kulturellen Inhalten sind ein zentrales Anliegen der Bayerischen Sparkassenstiftung. Sie will damit besonders Jugendliche und junge Erwachsene mehr für Geschichte, bildende Kunst, Literatur und Musik interessieren. Denn Kultur ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und sich weiterentwickelt. Richard Wagners Schaffen ist ein

herausragendes Beispiel dafür.“

### Beeindruckendes Werk

„Durch Richard Wagner ist Bayreuth auf der ganzen Welt bekannt. Sein Leben und Wirken haben unsere Stadt auf einzigartige Weise geprägt. Mit seinem Schaffen hat er die Entwicklung der Musik bis in die Gegenwart beeinflusst. Wir freuen uns, dass wir mit der Unterstützung der interaktiven Partitur im Haus Wahnfried einen Beitrag dazu leisten konnten, den Besuchern das beeindruckende Werk des Künstlers auf eine moderne und gleichzeitig spielerische Art und Weise näherzubringen“, ergänzte Wolfgang Hetz, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bayreuth. □

## Ausbildungsstart 2015 in den bayerischen Sparkassen

Zum Ausbildungsbeginn 1. September 2015 stellten die bayerischen Sparkassen 1.150 Neu-Auszubildende ein. Rund 8.500 Schüler hatten sich um eine Ausbildungsstelle in einer bayerischen Sparkasse beworben. Damit bleibt die Relation von Bewerbern zu Einstellungen stabil bei 7 zu 1. Trotzdem bemerken die Sparkassen, dass sich der Trend der Vorjahre fortsetzt und die Zahl der geeigneten Bewerber abnimmt. Ursache dafür sind sowohl der demografische Wandel als auch die ungebrochene Tendenz zur Aufnahme eines Studiums. Die Sparkassen legen daher besonderes Augenmerk auf die attraktive Ausgestaltung der Ausbildung und der Zukunftsperspektiven. Das „trendence Schülerbarometer 2015“ bestätigt: Sparkassen bleiben die beliebtesten Arbeitgeber unter allen Kreditinstituten.

„Wir gestalten Ausbildung im Zeichen der Zeit. Das Gefühl von Freiheit und Autonomie ist für die jungen Menschen von heute besonders wichtig“, so Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern. „Durch innovative Lernkonzepte mit hoher Selbstverantwortung erfüllen wir diesen Anspruch, das macht die Sparkassen als Arbeitgeber attraktiv“. Der Einsatz von Multimedia und E-Learning-Tools machen die Ausbildung auch abseits vom Arbeitsplatz spannend ab dem ersten Tag und qualifizieren für die Anforderungen auch im digitalen Bankgeschäft.

Die bayerischen Sparkassen bieten ihren Auszubildenden vielseitige Perspektiven um sie auch langfristig als motivierte Leistungsträger zu halten. Im Vordergrund steht trotz leicht geringerer Ausbildungskapazitäten immer die Bindung der jungen Mitarbeiter an die Sparkasse. Neben der Weiterqualifikation zum Sparkassen-Fachwirt oder -Betriebswirt bieten die Institute derzeit drei ausbildungs- und berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge an der Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe als staatlich anerkannte private Hochschule an: „Finance“, „Wirtschaftsinformatik für Finanzdienstleister“ und „Banking & Sales“.

Für herausragende Mitarbeiter gibt es zudem die Möglichkeit, an einem bayernweiten Förderprogramm der Sparkassenakademie Bayern teilzunehmen. Dabei stehen auch soziale Kompetenz und gesellschaftliche Verantwortung

im Fokus. „Die ursprüngliche Sparkassenidee war es, jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, sein Erspartes sicher anzulegen. Dieser Grundgedanke ist für uns noch immer richtungsweisend“, erklärt Netzer. „In der Ausbildung geht es uns neben der Professionalität in allen Finanzfragen immer auch um die Vermittlung von gemeinsamen Wertvorstellungen, die wir auch in die Zukunft tragen wollen.“

Im Vergleich der IHK-Prüfungsergebnisse von Bankkaufleuten erzielen die bayerischen Sparkassen bereits traditionell überdurchschnittliche Ergebnisse.

### Münchner Multitenant-Immobilie „Connex“:

## BayernLB und VKB als Financiers

Die BayernLB stellt gemeinsam mit der Versicherungskammer Bayern für die Hammer AG langfristige Darlehen für die Finanzierung des Münchner Objektes „Connex“ am Frankfurter Ring zur Verfügung. Die BayernLB ist bereits bei der Finanzierung der Projektentwicklung engagiert. Die Objektfertigstellung und die sukzessive Übergabe an die Mieter sind im vierten Quartal 2015 vorgesehen.

### Hochwertige Mietfläche

Das moderne Multitenant-Gebäude „Connex“ befindet sich in unmittelbarer Nähe zum BMW-Forschungszentrum und bietet rund 20.000 qm hochwertige Mietfläche zur Nutzung als

Dieser Unterschied zeigt sich am deutlichsten im Prüfungsfach Kundenberatung. „Das ist der Grundstein dafür, dass unsere Kunden von kompetenten Mitarbeitern mit Verständnis und Einfühlungsvermögen beraten werden. Das Modell der regionalen und kundennahen Sparkasse gibt es seit über 200 Jahren, weil wir die Menschen verstehen, ihnen Sicherheit geben und mit ihnen in die Zukunft denken. Mit einer hochwertigen Ausbildung für unseren Nachwuchs bleiben wir auch künftig auf diesem Kurs“, so Netzer. 2014 beschäftigten die bayerischen Sparkassen deshalb insgesamt 3.525 Auszubildende und Trainees.

Für den Ausbildungsbeginn 2016 finden Interessierte bereits jetzt Informationen (z. B. Filme, Broschüren und interaktive Tests) auf der Homepage ihrer Heimat-Sparkasse, der Homepage der Sparkassenakademie Bayern [www.sparkassenakademie-bayern.de](http://www.sparkassenakademie-bayern.de) oder über das bayernweite Karriereportal der Sparkassen [www.s-karriere-bayern.de](http://www.s-karriere-bayern.de) □

### Attraktive Konditionen

Die Kooperation der BayernLB und der Versicherungskammer Bayern stärkt nicht nur den Verbundgedanken, sondern bietet den Kunden darüber hinaus sehr attraktive langfristige Konditionen durch eine bedarfsgerechte Strukturierung des Fremdkapitals bei Immobilieninvestitionen. □

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den Menschen verpflichtet: 50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld, sondern

Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland. Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen von morgen, weil wir

an Sie und die Zukunft glauben. Schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-App. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf [www.sparkasse.de](http://www.sparkasse.de) wenn's um Geld geht - Sparkasse

# Tradition und Innovation: die Sparkasse 4.0

DSGV-Präsident Georg Fahrenschohn bei der Handelsblatt-Jahrestagung in Frankfurt am Main

Das Thema „Banking 4.0“ beschäftigt derzeit fast alle in der Kreditwirtschaft. „Tradition und Innovation: die Sparkasse 4.0“ lautete demzufolge das Thema eines Impulsvortrags des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschohn, anlässlich der Handelsblatt-Jahrestagung „Banken im Umbruch“ in Frankfurt am Main.

Laut Fahrenschohn bekommen Individualisierung und Flexibilität eine völlig neue Dimension: „In der klassischen Finanzdienstleistung haben wir es aber immer mit Menschen zu tun. „Banking 4.0“ heißt folgerichtig, dass Kunden stärker denn je bestimmen, was sie wann nutzen wollen. Sie sind die Könige der Geschäftsbeziehung – so stark wie noch nie in der Geschichte.“

## Schneller und preiswerter

Digitalisierung bedeute also für die Sparkassen, jederzeit mit ihren Leistungen, vor allem im Zahlungsverkehr, Teil der täglichen Lebenswelt des Kunden zu sein. Die Digitalisierung ermögliche es, schneller und preiswerter zu werden und den Kunden besser zu verstehen. Als dezentraler Verbund bedeute Digitalisierung zudem eine einzigartige Möglichkeit, bisher verteiltes Wissen allen nutzbar zu machen.

Wie gehen die Sparkassen und Landesbanken nun konkret mit der Herausforderung „4.0“ um? „Unsere Voraussetzungen sind hervorragend“, konstatierte Fahrenschohn: „Wir haben die meisten Kundenverbindungen. Wir haben größte persönliche Kundennähe und das höchste Kundenvertrauen. Wir haben die größten Mengengerüste, nicht zuletzt im Zahlungsverkehr. Und wir haben einen leistungsfähigen Allfinanzverbund, der aus eigener Kraft alle Finanzdienstleistungen anbieten kann.“

## Geschärftes Zielbild

Notwendig sei allerdings ein geschärftes Zielbild, das ganz praktische Konsequenzen für die Digitalisierungsstrategie der Sparkassen habe: „Ausgangspunkt unserer Strategie ist der Kunde mit seinem konkreten Lösungsbedarf, nicht das Produkt. Es steht also nicht das

Girokonto als solches im Fokus, sondern das, was Girokonto für unsere Kunden bedeutet: Überblick über die eigenen Finanzen, Sicherheit und Bequemlichkeit in der Abwicklung von Zahlungen, Zugang zu allen anderen Finanzdienstleistungen“, betonte der DSGV-Präsident.

## Produktivitätsvorteil

Die Kundenzufriedenheit werde zu einer entscheidenden Steuerungsgröße. Fahrenschohn: „Um uns hier zu verbessern, werden die Kundenprozesse ent-rumpelt: Weniger Unterschriften, synchronisierte Abläufe, schlankere Abwicklung und keine Mehrfachabfragen von Kundeninformationen mehr. Wir modernisieren und erweitern dazu unser Kernbanksystem OSPlus der Finanzinformatik. OSPlus ist eine kanalübergreifende Plattform mit identischer Oberfläche für Kunde und Berater. Erste Geschäftsprozesse sind bereits in diesem Jahr nutzbar. Das wird ein entscheidender Produktivitätsvorteil.“

„Zudem werden unsere Mitarbeiter noch wichtiger als

früher“, machte der Präsident deutlich. „Wir integrieren überall, wo es online und in Apps möglich ist, den persönlichen Berater. Hierzu wird die Internetfiliale vollständig modernisiert und die Videoberatung eingeführt. Sie ist heute bereits für alle Häuser verfügbar. Sparkasse ist, wenn mich mein persönlicher Berater mit allen Daten und Fakten im Smartphone in der Hosentasche begleitet!“

Das elektronische Postfach werde die Kommunikationsdrehscheibe über alle Kanäle, also Internetfiliale, Apps und stationär. Auch dieses sei bereits nutzbar. Künftig werden alle Dokumente, also auch die der Verbundunternehmen, hier hinterlegt. Dies sei ein großer Schritt hin zu einem integrierten Verbundauftritt.

## Beste Banking-App

Fahrenschohn zufolge „sind wir in der Realisierung der Digitalisierung bereits sehr weit: Die Sparkassen haben 17,3 Mio. Online-Kunden – mehr als jeder andere Anbieter. Unsere Internetfiliale erreicht jährlich rund 800 Mio. Aufrufe. Rund 40 Mio. Dokumente liegen schon jetzt als elektronisches Gedächtnis der Kunden im ePostfach. Und wir haben nach unabhängigen Bewertungen die beste Banking-App. Allein über diese App kommen Kunden im Schnitt 16 Mal im Monat zu uns.“

Neben der Tatsache, dass durch mehr und bessere digitale Angebote wie z.B. Push-TAN, GiroCode, Kontowecker oder Klicksparen die Zugänglichkeit erleichtert und die Bequemlichkeit für die Kunden erhöht werde, habe die Digitalisierung auch Konsequenzen für das sta-

tionäre Geschäftsstellennetz der Sparkassen, führte Fahrenschohn weiter aus: „Die Kunden kommen schon heute 200 Mal häufiger über die SparkassenApp zu uns als über die Geschäftsstelle. Daraus ziehen wir Konsequenzen und passen auch das Geschäftsstellennetz den neuen Bedürfnissen an.“

## Gesicherte Flächenpräsenz

Der DSGV-Präsident ließ keinen Zweifel daran, dass er sich klar zu einer flächendeckenden Präsenz mit Geschäftsstellen bekennt. Die große Mehrheit der Kunden wolle diesen unmittelbaren persönlichen Kontakt. Umgekehrt würden Geschäftsstellen allerdings immer weniger für reine Abwicklungsaufgaben benötigt. Die Konsequenz: „Die Sparkassen werden künftig weniger, aber höherwertige Geschäftsstellen haben. Die Flächenpräsenz werden wir durch den Ausbau des Online-Angebots, durch Kooperationen mit dem Einzelhandel, durch mobilen Vertrieb und durch den Einsatz rollender Geschäftsstellen sichern. Wir werden keine Region aufgeben!“, versicherte Fahrenschohn.

Auch der Payment-Bereich erfährt nach seinen Worten eine deutliche strategische Aufwertung. FinTechs und reine Zahlungsdienstleister griffen hier die Kreditinstitute ohne Ausnahme an. Jedoch sollte man zur Kenntnis nehmen, „dass Sparkassen und Landesbanken im Payment in Europa eindeutiger Marktführer sind. Wir wickeln mehr Zahlungsvorgänge ab als alle Banken in Spanien oder Italien zusammen.“

Es gelte, den Blick dafür zu behalten, welche Zahlungsver-

fahren Kunden heute wirklich nutzen, so der Präsident: „53,2 Prozent aller Zahlungsvolumina erfolgen bar, 29,4 Prozent über die Girocard, 8,3 Prozent mit Überweisungen oder Lastschriften. Mobile Zahlungen hingegen sind heute volumenmäßig für die Bundesbank gar nicht messbar. Und Internetzahlverfahren machen trotz starken Wachstums bisher nur 2,8 Prozent des Gesamtmarktes aus. Aber 97 Prozent der Deutschen haben eine girocard, meist eine SparkassenCard. Vor diesem Hintergrund ist es nur logisch, die Weiterentwicklung des Zahlungsverkehrs in mobile Anwendungen aus der heutigen Realität heraus zu gestalten.“

## Marktgegebenheiten berücksichtigen

Fahrenschohn wies aber auch darauf hin, „dass wir nicht so tun sollten, als ob wir Digitalisierungsstrategien ohne jegliche Rücksicht auf andere Marktgegebenheiten betreiben könnten“. Als begrenzende Faktoren nannte er in diesem Zusammenhang Niedrigzins und betriebswirtschaftlichen Druck sowie die Regulierung und ihre Kosten.

Der DSGV-Präsident plädierte für eine Regulierungspause, ein „europäisches Sabbatical“, um widersprüchliche und kontraproduktive Vorschriften auszuliefern. Mehr und bessere Regulierungen seien allerdings dort nötig, wo es um den Schutz von Kundendaten geht. „Dazu sollte Europa endlich der Ausforschung der Kunden durch internationale Internetkonzerne und Zahlungsdienstleister Grenzen setzen!“, hob Fahrenschohn abschließend hervor. **DK**

# Mit Sonderleistungen in eine gute Zukunft

Bilanzpressekonferenz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

Für die erweiterten Aufgaben und sehr vielseitigen Herausforderungen in der Zukunft ist die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen ganz hervorragend und auch mit eigenen Modellprojekten ausgerichtet. Dies betonte der Vorstandsvorsitzende Thomas Schwarzbauer unter Hinweis auf hauseigene ungewöhnliche Sonderleistungen auf die Wegweiser: „Wir sind weiterhin ganz in ihrer Nähe und über viele Wege erreichbar“. Besondere Aufmerksamkeit fanden neue Beratungen vor Ort („Wir kommen bei den Kunden zu Hause für eine Beratung vorbei“). Positiv ist das Echo auf den „Geldexpress“; bei Bedarf wird das Geld zu Hause vorbeigebracht. Dazu kommen Freikuverts für Überweisungen und die Übernahme der Kosten für Busfahrkarten.

Verwaltungsratsvorsitzender Landrat Leo Schrell hob mit einem hohen Lob für Direktor Schwarzbauer und die sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervor, dass die Sparkasse Dillingen nach wie vor „hervorragend aufgestellt und beispielgebend leistungsfähig“ sei. Ungeachtet der Schließung von fünf Filialen bleibe die Heimatnähe gewahrt. Das neue Konzept sei mit den Verwaltungsräten diskutiert und abgestimmt worden.

## Keine Kündigung

Beachtung fand, dass es im Unterschied zu anderen Sparkassen in Schwaben und Bayern keine Kündigung gebe. Schrell würdigte auch den Vorzug der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, dass sich der große Einzugsbereich mit den

Grenzen des Landkreises decke. Herausragend genannt wurde die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Kommunen, ebenso mit den Trägern des Gemeinschaftslebens, den Vereinen, mit Kirche, soziale Einrichtungen, Kultur und Sport.

## 20 Geschäftsstellen

Nach der Schließung der Filialen Glött, Blindheim, Schwenningen, Mörslingen und Villenbach werden noch 20 Geschäftsstellen, verteilt über den ganzen Landkreis, betrieben. Kompetenzzentrum sind die Zentrale Hauptstelle Dillingen (sehr gefragt für Veranstaltungen), Lauingen, Gundelfingen, Höchstädt und Wertingen. Als Beratungs-Center dienen Große Allee Dillingen, Wittlingen, Holzheim, Aislingen Bach-

hagen, Buttenwiesen, Billingen, Haunsheim und Syrgenstein (neu). Hinzu kommen sechs SB-Geschäftsstellen.

Im Rückblick auf das Jahr 2014 gab es eindrucksvolle Geschäftsentwicklungen in einem schärfer werdenden Wettbewerb. Die Bilanz war „sehr zufriedenstellend“. Die Erfolge waren gekennzeichnet von der Bilanzsumme von 1,387 Milliarden Euro (plus 1 Prozent), dem Bilanzgewinn von 1,077 Millionen Euro (plus 0,3 Prozent), den Kunden-Einlagen von 887 Millionen Euro, dem Kundenkreditgeschäft mit 945 Millionen Euro.

## Rang 2 in Bayern

Hochgeschätzt war die Sparkasse Dillingen erneut als gewichtiger Partner des Mittelstandes. Im Bereich „Auslandskredite“ machte die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen mit Rang 2 unter den bayerischen Sparkassen von sich reden. Besonderer Wert wird auf die Weiterbildung aller Mitarbeiter (beschäftigt sind 370 Frauen und Männer und 43 Auszubildende. In den letzten fünf Jahren wurden nicht weniger als 1,5 Millionen investiert.

Hoch bewertet wird die Sozialbilanz der Sparkasse Dillingen. Es gab 255.000 Euro für gesellschaftliches, gemeinnütziges und ehrenamtliches Engagement in fünf Bereichen: Jugend, Wissen und Lernen, kirchlich und sozial gemeinnützig, Jugend und Sport, Kunst und Kultur und verschiedene Projekte.

Angekündigt wurde zudem der im Februar 2016 bevorstehende Abschied von Vorstand Josef Holzmann nach 50 Jahren erfolgreicher Tätigkeit bei der Sparkasse Dillingen. Als sein Nachfolger wurde ein bewährter Kollege des Hauses, Martin Jenewein (spontaner Zuruf eines Journalisten: „Das war ja fast zu erwarten... ein gutes Pferd – in der Reitersprache – behält man im Stall!“). **-jdt-**



Von rechts: Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Martin Jenewein, Sybille Knecht (LBS), Pressereferentin Christine Schmid, Landrat Leo Schrell, Vorstand Josef Holzmann. Bild: -jdt-



Willkommen auf der Kommunale Nürnberg, 14. – 15. Oktober 2015, Halle 9, Stand 337

## Erfolg verbindet

### Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

## Fast 20.000 Euro vom Haus der Stifter für gute Zwecke

Ausschüttung der Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg an 13 begünstigte Einrichtungen

Die stolze Summe von fast 20.000 Euro, ganz genau 17.370,19 Euro, brachte die Ausschüttung der Haus der Stifter - Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg in diesem Jahr. 13 gemeinnützige Initiativen freuten sich die Gelder von Cornelia Kollmer, der Kuratoriumsvorsitzenden der Stiftergemeinschaft, entgegenzunehmen.

Erst vor knapp drei Jahren „aus der Taufe gehoben“, hat die Stadtparkasse Augsburg mit dem Haus der Stifter eine Plattform geschaffen, mit der Stiftungen ohne großen Aufwand gegründet werden können. Mittlerweile sind unter diesem Dach 21 Unterstiftungen entstanden, mehrere sind „in Gründung“.

Sich dauerhaft und nachhaltig gemeinnützig zu engagieren, diese Möglichkeit bietet die Stiftergemeinschaft allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Der Gönner selbst bestimmt den Spendenempfänger und kann so dauerhaft fördern, was ihm am Herzen liegt. Die Unterstützung ging, mit einer Ausnahme, symbolisch durch eine Sonnenblume überreicht, an gemeinnützige Organisationen in der Region: Bunter Kreis e. V., Gründungsmitglied Angelika Lang freute sich sehr über die Unterstützung der Einrichtung, die seit über 25 Jahren Familien mit chronisch, krebs- und schwerkranken Kindern in unserer schwäbischen Region betreut.

Roswitha Kugelman will mit dem „contact-Dorf“ ein gemeinschaftliches Wohnprojekt mitten in Augsburg errichten - sozial, ökologisch und ökonomisch ausgerichtet. Dafür wurde die „Gemeinsam.Besser.Leben“-Stiftung gegründet.

Thomas Kleist, Geschäftsführer des Vereins Lichtblicke e. V., betonte, wie wichtig die Unterstützung für krebserkrankte Kinder und Eltern während der langen Zeit in der Klinik ist. Die Spende aus dem Haus der Stifter leistet dafür einen wichtigen Beitrag.

Dass die Feuerwehrlebenswelt Bayern bald Realität wird, dazu trägt auch die Spende der Stiftung „Feuer & Flamme“ bei. Dr. Andreas Graber wies auch auf die Präventionsarbeit im Bereich Brandschutz hin. Denn richtiges Verhalten im Brandfall kann Leben retten.

Renate Flach, Hospizleiterin Albatros Augsburg e. V., nahm die Unterstützung in Empfang. Die Hospizarbeit soll ein lebenswertes Leben der letzten Tage in der Umgebung gewährleisten, in der sich der Mensch am liebsten aufhält und die Angehörigen unterstützen. Die meisten Mitarbeiter arbeiten bei „Albatros“ ehrenamtlich. Auch Angehörige bei der Trauerarbeit zu unterstützen, gehört zu ihren Aufgaben.

### Lebenshilfe Augsburg

Gabrielle Sinowetz, stv. Geschäftsführerin der Lebenshilfe Augsburg, erzählte von der Freude, die autistische Kinder beim spielerischen Lernen mit dem iPad entwickeln - Nur eines der Projekte, das die Stiftung „Zukunft stiften“ unterstützt.

Schon viel bewegt hat der Förderverein „mukis“ in der neuen Kinderklinik Augsburg und dem Mutter-Kind-Zentrum Schwaben. Deren Vorsitzender, Ex-MdL Max Strehle, betonte den mitmenschlichen Mehrwert. Durch die Arbeit des Fördervereins soll kleinen Patienten und deren Eltern der Aufenthalt in der Klinik so angenehm wie möglich gemacht werden.

Die erste Sportstiftung im Haus

der Stifter - die Post SV-Stiftung - wird mit der Spende das Projekt „Kinderchancen“ unterstützen, so Post SV-Präsident Heinz Krötz. Kindern aus einkommensarmen Familien werden hier Chancen geboten, mit wirtschaftlich besser gestellten Familien gleichzuziehen.

Das einzige nicht-regionale Projekt, der Puszahunde e.V., wurde von Vorstandsmitglied Iris Walter vorgestellt. Die Lebensumstände der Hunde vor Ort zu verbessern, dem hat sich der Verein verpflichtet. Auch ein Tierheim im Südosten von Ungarn wird von Puszahunde e.V. unterstützt.

### Seniorenheim St. Afra

Das Seniorenheim St. Afra erhielt eine Unterstützung für den Singkreis „Afra-Lerchen“. Gerwin Pootemans, Leiter des Seniorenheims, und Ulrike Kühn freuten sich über den warmen „Geldregen“ für die Singgruppe, die seit über zwanzig Jahren besteht. Das Erleben von Musik und Erinnerung steht neben dem gemeinsamen

### Landeshauptstadt München und Stadtparkasse München:

## Spenden für Syrien-Flüchtlinge auf 244.000 Euro verdoppelt

Etwa die Hälfte aller Einwohner Syriens ist seit Ausbruch des Bürgerkriegs im eigenen Land vor dem Terror in andere Landesteile oder über die Grenze geflohen. Das Schicksal der syrischen Flüchtlinge berührt auch die Münchnerinnen und Münchner. Sie sind dem großen Spendenaufruf von Oberbürgermeister Dieter Reiter im vergangenen Herbst gefolgt: Auf dem Spendenkonto der Stadtparkasse München des Vereins Orientheifer e.V. gingen bis Ostern 122.000 Euro ein.

Den Verein hat der Münchner Kabarettist Christian Springer ins Leben gerufen, der sich persönlich stark für das Hilfsprojekt einsetzt. Oberbürgermeister Dieter Reiter und Sparkassen-Chef Ralf Fleischer hatten versprochen, die Spenden großzügig aufzustocken. Nun haben sie die Spende sogar verdoppelt. Sie überreichten einen Scheck über 122.000 Euro. Die eine Hälfte der Summe kommt von der Landeshauptstadt München, die andere von der Stadtparkasse München.

### Enorme Hilfsbereitschaft

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Einmal mehr zeigt sich auch bei dieser Spendenaktion, wie groß die Anteilnahme und die Hilfsbereitschaft der Münchnerinnen und Münchner für die Flüchtlinge ist, die ihre Heimat wegen Krieg und Verfolgung verlassen mussten. Ich sage allen Spendern und natürlich auch Christian Springer ein ganz herzliches Dankeschön.“

Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, ergänzte: „Wir sind tief be-

Singen im Fokus des Singkreises.

Wolfgang Rockelmann, Bürgerstiftung Sozialstation Friedberg e. V., betonte den Wert des selbstbestimmten Lebens in den eigenen vier Wänden. Hierfür bietet die Sozialstation eine bunte Palette von entlastenden und das Leben erleichternden Diensten an. Die erhaltene Spende wird für das neue Projekt „Den Menschen Zeit geben“ genutzt.

Domkapitular Armin Züm vom St. Vinzenz Hospiz Augsburg e.V., informierte über die Arbeit des Hospizdienstes und die menschenwürdige Sterbebegleitung. Neben dem stationären Hospiz in Hochzoll gehört auch ein ambulanter Hospiz- und Palliativberatungsdienst, Hospizarbeit in Alten- und Pflegeheimen und Trauerbegleitung zu den Aufgaben des Vereins. Mit der Spende wird den Hospizgästen ermöglicht, ihre „Wunschliste“ zu wählen; eine Leistung, die von den Kassen üblicherweise nicht finanziert wird.

Cornelia Kollmer bedankte sich anschließend, auch im Namen der Kuratoriumsmitglieder, für das Engagement und das Vertrauen, das die Stifter der Gemeinschaft und auch der Stadtparkasse Augsburg geschenkt haben. „Nur dem selbstlosen Engagement von Menschen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, ist es zu verdanken, dass das Haus der Stifter so viel Gutes tun kann“, so Kollmer.



Dr. Ulrich Netzer übergibt den Bus an Hans Freiberg und Martin Maciejewski vom BSV

## Bayerische Sparkassen spenden Bus für den BSV

Gute Fahrt für Sportler mit Handicap

Mit einem Betrag in Höhe von mehr als 37.000 Euro aus dem Reinertrag des PS-Sparen und Gewinns finanzieren die bayerischen Sparkassen einen kleinen Bus für den Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband Bayern e.V. (BSV). Mitgliedsvereine können ihn ab sofort für Fahrten zu Lehrgängen, Trainingslagern und Wettkämpfen ausleihen. Die Spende überreichte der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, an den Vizepräsidenten Finanzen des BSV, Hans Freiberg und den Landesgeschäftsführer, Martin Maciejewski.

Der Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband Bayern e.V. vertritt bayernweit 35.000 Mitglieder, die im Breiten- und im Leistungssport aktiv sind. Sieben Landesleistungszentren stehen den Sportlern mit Handicap in Bayern für Rollstuhlbasketball, Ski alpin und Ski nordisch, Kanu-Fahren, Segeln und Bogenschießen zur Verfügung. Da kam die Spende für eine Ersatzbeschaffung des Verbandsbusses gerade recht.

„Mit dem neuen Fahrzeug können auch Menschen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkung beim Thema Mobilität besonders herausgefordert sind, ihre Freude am Sport bei Trainingslagern, Lehrgängen und Wettkämpfen – auch auf Leistungsniveau – wieder besser ausleben“, so Präsident Netzer anlässlich der Spendenübergabe im Sparkassenverband Bayern am Karolinenplatz.

### Zauberwort Integration

Mit insgesamt fast 59 Millionen Euro unterstützten die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen im Jahr 2014 gemeinnützige Projekte im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Die Integration von Menschen, die besondere Herausforderungen zu meistern haben, ist ihnen dabei ein besonderes Anliegen.

### Bedürfnisse werden berücksichtigt

Mit besonderen Funktionalitäten – wie Tempomat, elektrischen Schiebetüren, einer Anhängerkupplung für den Sportgerätransport und einem flexiblen Schienensystem für die Fixierung von Rollstühlen – werden die Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer berücksich-

### Umsetzung des verpflichtenden Energieaudits:

## Bayern FM unterstützt Sparkassen im süddeutschen Raum

Am 22.04.2015 ist das novellierte Energiedienstleistungsgesetz (EDL-G) in Kraft getreten. Demnach sind Großunternehmen verpflichtet, ein Energieaudit durchzuführen. Die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) unterstützt ihre Kunden bei der Umsetzung und der Einhaltung der Frist bis 05.12.2015.

Im Zuge der Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU (Energy Efficiency Directive – EED) wird mit der Novelle des deutschen Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G) die Pflicht zur Durchführung von periodischen Energieaudits für Unternehmen eingeführt. Das EDL-G verpflichtet alle Unternehmen, die nicht unter die KMU-Definition fallen, erstmalig bis zum 5. Dezember 2015 und danach mindestens alle vier Jahre ein Energieaudit durchzuführen.

### Experten-Team

Als etablierter Immobilienexperte in der Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt die BayernFM die Sparkassenverbände in Bayern und Baden-Württemberg hinsichtlich der Umsetzung der EU-Richtlinie.

Rund 40 Sparkassen haben bereits die BayernFM mit der Durchführung des Energieaudits beauftragt. Zu diesem Zweck hat der Münchner Facility Management Anbieter ein Experten-Team von Energieberatern gebildet, dessen Fachkunde vom BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und

Ausfuhrkontrolle) überprüft und mit dem Eintrag in die öffentliche Energieauditorenliste bestätigt wurde.

Der Ablauf des Energieaudits ist gemäß DIN 16247 definiert und gliedert sich in mehrere Phasen wie unter anderem Datenerfassung, Gebäudebegehung und –analyse sowie Berichterstellung inkl. Wirtschaftlichkeitsanalyse. Darüber hinaus erfolgt bei der Bayern Facility Management GmbH auch noch eine Aufnahme und Kurzdokumentation von auffälligen Befunden wie beispielsweise in Bezug auf Trinkwasser, sichtbaren Brandschutz etc.

### Workshops

Im Juli begannen die ersten Workshops mit den Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe sowie weiteren Bestandskunden, deren Gebäude von der BayernFM betreut werden.

Obwohl der Zeitplan angesichts des hohen Auftragsvolumens recht knapp bemessen scheint, ist man beim Münchner FM-Komplettanbieter zuversichtlich, alle Aufträge bis zum 5.12.2015 rechtzeitig bedienen zu können.

## Die Ethik macht den Unterschied

Die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg lud ihre Firmenkunden zu einem Vortrag mit Blick in die Zukunft

Was wäre, wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen könnten? Der Vortrag, zu dem die Kreissparkasse einlud, versprach einen Blick genau dorthin – in die „Geschichte der Zukunft“. Rund 60 Firmenkunden kamen, um einen Blick über den Tellerrand von heute zu wagen.

Das Bild der Zukunft, das der Dozent Erik Händeler beschrieb, begann wie alle Geschichten in der Vergangenheit: Über viele Jahre mit immer neuen technischen Errungenschaften und Erfindungen bis heute. Viele Bedürfnisse wurden durch die Entwicklungen der letzten zwei Jahrhunderte der Industrialisierung gedeckt.

### Kondratiefftheorie

Der Zukunftsforscher beschäftigt sich seit 1993 mit der Theorie einer zyklischen Wirtschaftsentwicklung, der Kondratiefftheorie der langen Strukturzyklen: Die massenhafte Investition in eine neue technische Entwicklung ruft einen Aufschwung hervor, bis die Innovation sich durchgesetzt hat. Zurückgehende Investitionen verursachen einen Abschwung, während bereits eine neue Entwicklung allmählich Einzug hält. Bekannte Beispiele sind die Elektrizität und der Start der Massenproduktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder der Einzug der Informationstechnologien seit den 1980er Jahren.

Auf die Zukunft übertragen wirft die Theorie wichtige Fragen auf: Bisher hat uns das noch in der Entwicklung befindliche Aus-

land steigende Umsätze beschert – aber was, wenn auch diese Zeiten vorbei sind und die Entwicklungsländer ihren eigenen Bedarf an Produkten und an Wissen decken? Wie werden wir uns wettbewerbsfähig halten?

Nach den Herleitungen des studierten Wirtschaftswissenschaftlers wird schließlich das gelebte Sozialverhalten den Wettbewerbsunterschied ausmachen. Denn wenn der Wissenstransfer und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen im Unternehmen am besten gelingt, der wird am ehesten in der Lage zu sein, auf veränderte Bedingungen zu reagieren. „Weg von der One-man-Show hin zu mehr Miteinander – so versteht sich Führung heute“, so Händeler. Heute gehe es um die richtige Koordination und Motivation, um das Wissen und das Engagement der Mitarbeiter bestmöglich zu nutzen werden.

Händelers Ethik basiert auf Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, echtem Teamwork mit offenem Blick für neue Sichtweisen und einer Balance aus Eigen- und Fremdnutzen. Und seine Sichtweisen regen zum Denken an. Im Anschluss an den Vortrag gab es viele Wortmeldungen und es entwickelte sich ein regen Austausch von Perspektiven.



Ralf Fleischer, Vorsitzender des Vorstandes der Stadtparkasse München und Oberbürgermeister Dieter Reiter übergeben den Spendenscheck an Christian Springer, Orientheifer e.V.

GAB-Altlastensymposium in Schweinfurt:

## Flächenrecycling und innovative Verfahren

Der Sanierung der „Sattler-Altlast“ in Schonungen, Bayerns größter bewohnter Altlast, war ein Themenschwerpunkt des GAB-Altlastensymposiums in Schweinfurt gewidmet. Außerdem lag das Augenmerk auf dem Thema Flächenrecycling mit fachlichen und rechtlichen Vorträgen, auf rechtlichen Fragen sowie interessanten Praxisbeispielen aus der Altlastensanierung. Mit rund 250 Teilnehmern war das Symposium im Konferenzzentrum Maininsel wieder sehr gut besucht.

Im Rahmen des ersten Themenblocks „Rechtliche Aspekte – aktuelle Entwicklungen“, moderiert von Dr. Juliane Thimet, Direktorin beim Bayerischen Gemeindetag und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der GAB, informierte Andreas Bieber, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, über den Stand der Novellierung der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung im Rahmen einer Mantelverordnung. Nach Gesprächen mit den Ländern zu Schwerpunktthemen der Grundwasser-, Ersatzbaustoff- und Bodenschutzverordnung sind laut Bieber Anpassungen erfolgt.

### Rechtliche Aspekte

Derzeit werde ein neuer Arbeitsentwurf erstellt, der als Grundlage für ein Planspiel dienen werde. In diesem Planspiel sollen im Herbst dieses Jahres verschiedene Teile der Mantelverordnung auf ihre Praxistauglichkeit hin erprobt werden. Die Ergebnisse dieser Erprobung würden ausgewertet und dementsprechend notwendige Änderungen am Arbeitsentwurf vorgenommen, der anschließend in einen Referentenentwurf münde.

Über erste Erfahrungen zum AZB aus Betreibersicht berichtete Dr. Thorsten Wachter, Wacker Chemie AG. Wachter zufolge wurde im Fall der Wacker Chemie Burghausen eine Vorgehensweise zur Prüfung der Erforderlichkeit eines Ausgangszustandsberichts entwi-

ckelt und mit der lokalen Genehmigungsbehörde abgestimmt; das LfU sei in den Prozess eingebunden gewesen. So konnte bislang in den meisten Fällen auf die Erstellung eines AZB verzichtet werden – ggf. durch Nachrüstung von Anlagen in Teilbereichen bzw. Modifikation der Instandhaltungspläne. Wie Wachter zu bedenken gab, sei der Verzicht auf AZB allerdings mit erheblichen finanziellen Aufwendungen für Datenerhebung, Berichterstellung und wiederkehrende Maßnahmen verbunden. Im Einzelfall könne sich die Erstellung eines AZB daher als die günstigere Variante herausstellen.

### Sanierungskonzept

Beim Themenschwerpunkt Flächenrecycling, moderiert von Christina von Seckendorff, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, präsentierte Johannes Reiß, rupp.bodenschutz GmbH, die Vorgehensweise bei der im oberpfälzischen Kemnath ansässigen Chemischen Reinigung Dietl von der Erkundung bis zum Sanierungskonzept. So soll der Schadenserherd (hot-spot-Bereiche) durch Bodenaustausch saniert werden. Für das Grundwasser sind zunächst Pump & Treat-Maßnahmen (Beginn 2015) geplant und anschließend Monitored Natural Attenuation (MNA).

Franz Langlechner, Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, gab sei-

nerseits Einblicke in Flächenrecycling und Revitalisierung von Brachflächen in der Förderperiode 2014–2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und in der Städtebauförderung. Anhand einer Übersichtskarte erläuterte er die EFRE-Schwerpunktgebiete in Bayern.

### Präsentierte Studie

Matthias Morgenstern, GLS ImmoWert GmbH, stellte eine Studie über Untersuchungen zum Marktwiderstand von saniertem Gewerbebauland vor. Diese haben ihren Ursprung in einem speziellen Problem der Verkehrswertermittlung von Grundstücken, die durch schädliche Bodenveränderungen betroffen waren, mehr oder weniger umfassend saniert wurden und nun einer Vermarktung zugeführt werden: dem merkantilen Minderwert.

Für die sachgerechte Bemessung dieses Minderwerts stehen der Wertermittlungspraxis nur unzureichend theoretische Grundlagen oder empirisch abgeleitete Daten zur Verfügung. In solchen Fällen wird die Lücke oftmals durch subjektive Markteinschätzung und durch sachverständiges Ermessen aufgefüllt.

Wie Morgenstern darlegte, zeigen die Ergebnisse, dass neben großen Übereinstimmungen in der Haltung der Befragten zu bestimmten Aussagen auch gruppenspezifische Unterschiede bestehen. Marktwiderstand entsteht auch aus diesen rollenspezifisch unterschiedlichen Wahrnehmungen von Sachverhalten. Einige zentrale Auswirkungen einer nutzungsbezogenen Sanierung werden von z. B. Käufern und Verkäufern unterschiedlich eingeschätzt. Vereinfacht gesagt denken Verkäufer

tendenziell vergangenheitsorientiert („was wurde schon alles gemacht?“), Käufer eher zukunftsorientiert („was erwartet mich?“).

Will man Marktwiderstand abbauen, so ist nach Morgensterns Auffassung ein vertieftes Verständnis der jeweils anderen Haltung notwendig. In einem Käufermarkt sei den Verkäufern zu raten, die Befindlichkeiten der Käufer zu verstehen. In einem Käufermarkt werde alles, was die Investitionssicherheit erhöht, Marktwiderstand abbauen und umgekehrt werde (tatsächliche oder empfundene) Unsicherheit Marktwiderstand aufbauen. Dabei komme es nicht auf tatsächliche Eigenschaften an, entscheidend sei die wahrgenommene Unsicherheit.

### Altlast Schonungen

Beim Themenschwerpunkt „Sanierung Sattler – Altlast Schonungen“, moderiert von Alexander Zadow, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, erläuterten Volker Leiterer und Michael Graber vom Landratsamt Schweinfurt, die Projekthistorie und Projektverwaltung.

In Schonungen wurde ab ca. 1822 bis 1930 in der „Farbenfabrik“ das sog. Schweinfurter Grün (Kupferarsenitacetat), Chromgelb, Bleichromat, Bleiweiß sowie Chromgrün hergestellt. In den besten Jahren der „Farbenfabrik“ wurden 750 Tonnen Farben jährlich produziert, rund jeder sechste Industriearbeiter Unterfrankens war in dieser Zeit dort beschäftigt. Später befand sich auf dem Gelände bis 1992 ein Reinigungsbetrieb, der Tetrachlor-

ethen als Reinigungsmittel verwendete. Von dieser Zeit rührte eine zusätzliche LCKW-Verunreinigung her, die der Bodenkontamination aus der Farbenherstellung stellenweise überlagert war.

Im Jahre 2001 begann man mit der historischen Erkundung der Altlast. Im Falle der Sattler Altlast war die behördliche Sanierung aufgrund der örtlichen Verhältnisse Konsens zwischen dem Landratsamt Schweinfurt als zuständige Behörde und den Betroffenen vor Ort. Die voraussichtlichen Projektkosten abzüglich der vertraglich festgelegten Eigenanteile der Pflichtigen betrugen nach Leiterers Angaben für die Sanierung der Sattler Altlast und des überlagernden LCKW-Schadens aus der chemischen Reinigung insgesamt ca. 40 Mio. Euro. Die Kosten der städtebaulichen Entwicklung des Altlastengebietes beliefen sich bis zum Projektende auf voraussichtlich ca. 4,5 Mio. Euro.

### Zwei Bauabschnitte

Wie Christian Blothe, HPC AG, anmerkte, erforderte die Komplexität der Altlast ein Vorgehen in zwei Bauabschnitten sowie vorbereitende Baumaßnahmen wie Spartenumverlegung, Gebäude- und Geländesicherungsmaßnahmen, Wasseraufbereitung und Gebäuderückbau im Schadenszentrum. Innerhalb der Bauabschnitte seien wiederum räumlich und zeitlich zusammenhängende Baufelder definiert worden, in denen die verschiedenen Gewerke der Sanierung abliefen.

Eine technische Herausforderung habe sowohl in der Kleinräumigkeit als auch der oft

schlechten Zugänglichkeit der Einzelgrundstücke gelegen. Letztendlich konnten 10,5 ha Fläche saniert werden. Das Volumen der Austauschbohrungen lag bei 42.000 m<sup>3</sup>. Es erfolgte ein Rückbau von sieben Häusern mit Anbauten. Der zu entsorgende Aushub belief sich insgesamt auf rund 70.000 m<sup>3</sup>.

Thomas Benz und Volker Leiterer, Landratsamt Schweinfurt, berichteten über Erfahrungen aus 15 Jahren Bürgerarbeit. Aus der Zusammenarbeit mit Bürgern und Medien hätten sich stets neue Herausforderungen ergeben. Informationen für die „interessierte Öffentlichkeit“ erfolgten durch Veranstaltungen wie Baustellenführungen, Führungen für Schulen, Vereine und Parteien und den „Tag der offenen Baustelle“. Auch sei die Internetpräsenz mit dauerhaft 200 bis 230 Zugriffen am Tag gut angenommen worden.

### Exkursion zur Deponie

Im Rahmen des GAB-Altlastensymposiums bestand zusätzlich die Möglichkeit, an einer Exkursion zur Deponie bei Wirmsthal teilzunehmen. Beim Bau dieser Deponie wurde in vielen Bereichen technisches Neuland betreten. Bernhard Vogt, Dr. Blasy – Dr. Øverland, Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG, schilderte, wie ein alter Steinbruch in eine hochmoderne Deponie mit 4 Mio. m<sup>3</sup> Deponieraum verwandelt wurde. Auf dem Deponiegelände konnten die Teilnehmer bei Führungen einen Überblick über das Deponiegelände gewinnen. Der Abstieg in den ca. 240 Meter langen Kontrollschacht auf der Steinbruchsohle war einer der Höhepunkte der Exkursion. **DK**

## „Grüner beschaffen“ im Landratsamt Günzburg

Das Landratsamt Günzburg ist nun Mitglied der Ressourcenkampagne „Grüner beschaffen“. Dies ist eine gemeinsame Kampagne der Initiative Pro Recyclingpapier, des Umweltbundesamtes und der Kompetenzzentrale für nachhaltige Beschaffung. Beteiligen können sich Bundesbehörden und Öffentliche Unternehmen, die sich für nachhaltige Beschaffung einsetzen. Voraussetzung für Öffentliche Unternehmen ist der Einsatz von mindestens 50 Prozent Blauer-Engel-Papieren. Für Bundesbehörden gilt sogar eine Recyclingpapierquote von mindestens 90 Prozent.

„Durch den Einsatz von Recyclingpapier mit dem Blauen Engel setzen wir im Landratsamt Günzburg im Bereich Nachhaltigkeitsmanagement ein Zeichen zum Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen – das brauchen wir für eine lebenswerte Zukunft!“, erläutert Landrat Hubert Hafner.

Laut Umweltbundesamt werden in Deutschland pro Jahr 20 Millionen Tonnen Papier verbraucht. Aufgrund seiner ökologischen Relevanz steht der Faktor „Papier“ unmittelbar in Zusammenhang mit nachhaltigem Handeln. Trotz Digitalisierung und modernster Informationstechnologie bleibt Papier zum Beispiel in Form von Briefen, Kopien, Ausdrucken, Broschüren, Zeitschriften und Visitenkarten ein zentrales, unverzichtbares Kommunikationsmittel im 21. Jahrhundert.

### Undurchsichtige Label

Viele Öko-Label sind mittlerweile auf dem Markt, die für die Bürgerinnen und Bürger immer undurchsichtiger werden. Um ökologische Leistungen und Pro-

dukte ganzheitlich zu betrachten und miteinander vergleichen zu können, muss der gesamte Lebensweg eines Produktes mit seinen Auswirkungen auf die Umwelt betrachtet werden. Über den Lebenszyklus hinweg wird klar nachvollziehbar, wie die Gesamtbilanz der Umweltbelastungen aussieht und wo Verbesserungen möglich sind. Wird nur ein einzelner ökologisch vorteilhafter Aspekt herausgestellt und betrachtet, kann ein falscher Eindruck entstehen.

Produkte mit dem „Blauen Engel“ werden generell ganzheitlich betrachtet. Für Recyclingpapier legt er sowohl für den Einsatz von Rohstoffen als auch für die Produktion des Papiers strengste Kriterien fest. Die Papierfaser muss zum Beispiel aus 100 Prozent Altpapier bestehen, so werden natürliche Ressourcen geschont und Energie und Wasser gespart. **haj**

## Kreisabfallwirtschaftsbetrieb stellt neue Abfall-App vor

Eine professionelle App bietet den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Günzburg jetzt schnelle Information. „Mit der Abfall-App des Kreisabfallwirtschaftsbetriebes will auch der Landkreis Günzburg seinen Bürgern mehr Service rund um Abfuhr und Entsorgung von Abfällen bieten“, betont Landrat Hubert Hafner.

Neben den aktuellen Abfuhrterminen finden sich hier alle Einrichtungen wie Wertstoffhöfe oder Grüngutsammelstellen mit Öffnungszeiten und Lageplan. Damit kein Abholtermin mehr verpasst wird, können alle Termine als Erinnerung auf dem Smartphone oder Tablet abgespeichert werden.

Auch wer kein Smartphone oder Tablet besitzt, kann auf die Abfall-App wechseln, indem er auf den genannten Link klickt und kann sich seine Termine via ICS-Datei auf seinen PC oder Laptop in den Kalender laden. Die Erinnerungsfunktion lässt sich nutzen, indem man im Abfuhrkalender nach der Auswahl von Ort und Straße auf den Button „Erinnerung“ klickt.

Auch die Sammelstellen kann man sich auf einer Google-Maps-Karte darstellen lassen inklusive Routenplanung, indem man bei der Karte auf den „Lageplan“ und dann auf die jeweilige Einrichtung klickt. **□**

**Energie Südbayern. Regionaler Partner der Kommunen.**

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

**ESB**  
ENERGIE SÜDBAYERN

[www.esb.de/kommunen](http://www.esb.de/kommunen)

Aktuelle Studie der IW Consult:

## Hohe Effizienz der privaten Entsorgungswirtschaft

Hintergrundgespräch im Münchner Presse-Club

**Haushaltsabfall ist kein gewöhnliches Wirtschaftsgut und daher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dies bedeutet, dass Haushaltsabfälle und Beseitigungsabfälle sämtlicher Herkunftsbereiche den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu überlassen sind. Diese haben die Wahl, die Abfälle entweder über einen kommunalen Eigenbetrieb oder über einen beauftragten Dritten einsammeln zu lassen.**

Bislang war die Situation in Bayern so, dass in den Großstädten meist kommunale Eigenbetriebe und in ländlich strukturierten Gebieten private Entsorgungsunternehmen als beauftragte Dritte die Abfallsammlung durchführten. Seit mehreren Jahren zeichnet sich jedoch ein Trend hin zu einer Rekommunalisierung ab.

### Prozesse der Rekommunalisierung

Eine aktuelle Studie der IW Consult (Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH) im Auftrag des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen hat nun untersucht, in welchem Ausmaß die Prozesse der Rekommunalisierung in den vergangenen Jahren betrieben wurden und ob Vorteile durch die Einbindung von Privatunternehmen bei der Entsorgung im Vergleich zur kommunalen Abfallversorgung bestehen.

Im Rahmen eines Pressegesprächs im Münchner Presseclub mit Otto Heinz, Präsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS e.V.) und Dr. Sven Conventz, Autor der Studie, IW Consult GmbH, wurden die Ergebnisse der Studie vorgestellt und aktuelle Beispiele in Bayern genannt.

### Geringere Gebühren

Kernaussage der Untersuchung: „Landkreise, die private Entsorgungsunternehmen beauftragen, erheben im Durchschnitt deutlich geringere Gebühren, als Landkreise, die den Haushaltsabfall über einen

kommunalen Eigenbetrieb entsorgen.“ Haushalte in kommunal entsorgten Landkreisen zahlen rund 14 Prozent mehr als privat entsorgte Landkreise. In absoluten Zahlen betragen die durchschnittlichen Gebühren etwa 40 Euro mehr im Jahr - 320 Euro gegenüber 280 Euro.

### Lukrativer Trend

Trotz der erfolgreichen Arbeit der privaten Entsorgungswirtschaft nimmt der Trend zu, die Abfallentsorgung wieder selbst zu übernehmen. Das ist lukrativ, denn die durchschnittliche Marge für den kommunalen Betrieb liegt bei 6,9 Prozent.

Zum Vergleich: Die Durchschnittsmarge aller Branchen in Bayern liegt bei 2,4 Prozent. Dabei schlägt laut Studie vor allem das Umsatzsteuerprivileg zu Buche, das private Unternehmen gegenüber kommunalen Wettbewerbern massiv benachteiligt. Denn das steuerpflichtige Privatunternehmen konkurriert mit einem steuerbefreiten kommunalen Entsorgungsunternehmen. Kommunale Entsorgungsunternehmen erwirtschaften ihre Gewinne demnach vor allem zulasten der Steuerzahler und nur auf Basis des Umsatzsteuerprivilegs.

### Innovationsimpulse

Die Untersuchung zeigt, dass vor dem Hintergrund der Entwicklung von einer Beseitigungswirtschaft hin zu einer rohstofforientierten Kreislaufwirtschaft bisherige Innovationsimpulse aus der Privatwirtschaft stammen. Auch in der Zukunft sei davon auszugehen, dass die private Entsor-

gungswirtschaft die wichtigen Innovationsimpulse geben wird. Damit gehe einher, dass private Entsorger umweltfreundlicher als ihre kommunalen Wettbewerber arbeiten.

### Berechtigte Ängste

Wie VBS-Präsident Otto Heinz erläuterte, belegten die aktuellen Zahlen eindrucksvoll die hohe Effizienz der mittelständisch geprägten Entsorgungswirtschaft in Bayern. Sie bestätigen darüber hinaus, wie berechtigt die Ängste der bayerischen Bürger sind. Einer aktu-

### Offener Brief:

## Gegen Staatsmonopole in der Recycling- und Rohstoffwirtschaft

**Neue Lösungen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz stärken den Standort Deutschland, schaffen neue Arbeitsplätze und schützen die Natur durch Verringerung von Treibhausgasemissionen. Schon heute ist für 85 Prozent der Unternehmen der Zugang zu bezahlbaren Rohstoffen der wichtigste Einflussfaktor für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Eine Steigerung der Ressourceneffizienz – z. B. durch mehr Recycling und geringeren Materialeinsatz – ist daher ökologisch, sozial und ökonomisch eine der großen strategischen Fragen in diesem Land.**

Vor diesem Hintergrund fordern bvse, BDE, VBS, BDSV, BAV und VDM in einem offenen Brief die Bundesregierung, die Regierung der Länder sowie die Parlamente im Bund und in den Ländern auf, „dafür Sorge zu tragen, dass bei künftigen gesetzlichen Regelungen (zum Beispiel Vergaberecht, Wertstoffgesetz) sichergestellt ist, dass ein Wettbewerb um die beste, d. h. effizienteste und ökologischste Lösung uneingeschränkt möglich ist“. Jede Form von Monopolen – ob auf Seiten der Wirtschaft oder des

ellen repräsentativen Emnid-Umfrage in Bayern zufolge befürchten 65 % der Befragten durch Rekommunalisierungen eher steigende Gebühren, lediglich 23 % erwarten eher sinkende Gebühren.

### Landkreise im Gebührenvergleich

Für den Gebührenvergleich wurden ausschließlich Landkreise berücksichtigt, um keine strukturellen Unterschiede in der Entsorgung ausgleichen zu müssen. 64 bayerische Landkreise vertrauen auf private Entsorgungsdienstleister. Von diesen wurden 52 Landkreise für den Vergleich herangezogen. Sieben Landkreise in Bayern betreiben einen kommunalen Eigenbetrieb für die Abfallentsorgung. Zuletzt hatte der ZAW Donau-Wald die Rekommunalisierung seines gesamten Zweckverbandsgebietes ab dem Jahr 2016 beschlossen. **DK**



Hochwasser in Würzburg 2011.

### 25 Jahre Umweltstation Stadt Würzburg:

## Klimaanpassung als Zukunftsaufgabe

Die Umweltstation der Stadt Würzburg wurde 1990 im Rahmen der Landesgartenschau als Pilotprojekt eingerichtet. Diese erste Umweltstation Bayerns ist seit 1991 das städtische Zentrum für Umweltbildung, Umweltinformationen, Abfall- und Umweltherberung.

Fast jedes Kind in Würzburg nimmt im Laufe seiner Kindergarten- und Schullaufbahn an mehreren Angeboten der Umweltstation teil. Besondere Höhepunkte sind dabei jedes Jahr z. B. der Tag des Baumes, der Tag der Biodiversität und vor allem die Umwelt-Erlebniswoche, die vom Bayerischen Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert wird.

### Gute Zusammenarbeit

In der Aula des Deutschhaus-Gymnasiums begrüßte Schulleiter Norbert Baur die anwesenden Gäste und ging auf die gute Zusammenarbeit seiner Schule mit der Umweltstation ein. Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner begrüßte Vertreter der Regierung und des Landratsamtes, Mitglieder des Stadtrates, Partner der Umweltstation und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

### Die Anfänge

Kleiner ging auf die Anfangszeit der Umweltstation, die zur Landesgartenschau 1990 eingerichtet wurde, ein. Das Konzept der Bildungseinrichtung wurde damals maßgeblich von Prof. Dr. Dieter Böhm, Dr. Bernd Schmitt und

Anja Knieper, die seit langen Jahren Leiterin der ersten Umweltstation in Bayern ist, entwickelt. Kooperationspartner war das Bayerische Umweltministerium.

### Festvortrag

Im Festvortrag referierte der Klimaforscher Prof. Dr. Heiko Paeth vom Institut für Geografie und Geologie der Universität Würzburg über die Folgen der globalen bis hin zur lokalen Klimaänderung. Dabei ging es auch konkret um die Erwärmung im Klima „Hot Spot“ Würzburg.

### Für ein gutes Stadtklima

Der Referent thematisierte u. a. das städtebauliche Konzept der Stadt und betonte die wichtige Rolle von ausreichend Frischluftschneisen, Grünanlagen und Bäumen für ein gutes Stadtklima. So sei etwa schon im Ringpark ein deutlicher Temperaturunterschied zu den Häuserschluchten der Innenstadt zu messen.

Nach dem Vortrag diskutierten die etwa 150 Besucher noch lebhaft mit dem Referenten, bevor der Abend gemütlich auf dem Aktionsgelände der Umweltstation bei Musik und kulinarischen Köstlichkeiten ausklang. **□**

### VKU und kommunale Spitzenverbände:

## Forderung nach kommunaler Sammelverantwortung für Wertstoffe

Vizepräsident befürchtet zusätzliches Konfliktpotenzial zwischen Kommunen und Systembetreibern

**Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die kommunalen Spitzenverbände haben sich mit ihren Vorstellungen für die Ausgestaltung des Wertstoffgesetzes an das Bundesumweltministerium gewandt. Die Verbände fordern in einem künftigen Wertstoffgesetz die kommunale Verantwortung für das Einsammeln der Wertstoffe ein.**

Das BMUB hatte im Juni diesen Jahres ein Eckpunktepapier zum Gesetz veröffentlicht, das vorsieht, die Sammel- und Entsorgungszuständigkeit der dualen Systeme auf weitere Wertstoffe aus privaten Haushalten auszuweiten.

### Fairer Kompromiss mit privater Entsorgungswirtschaft

VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp: „Ohne kommunale Sammelverantwortung ist ein Wertstoffgesetz mit VKU und Spitzenverbänden nicht zu machen. Die kommunale Sammelverantwortung für die Wertstoffe ist für uns zentral. Denn damit kann ein fairer Kompromiss mit der privaten Entsorgungswirtschaft erreicht werden, die für das Recycling der Materialien aus der Wertstofftonne die Verantwortung übernehmen soll.“

Die Verbände sind zuversichtlich, sich mit den Systembetreibern über eine Standardkostenvergütung für die kommunalen Sammelleistungen verständigen zu können, wenn die gesetzlichen Weichen entsprechend gestellt werden. Die Standardisierung der Kostenerstattung für den kommunalen Sammelaufwand verhindert auch, dass die Hersteller mit unverhältnismäßigen Kosten belastet werden.

### Erfolgreiche Praxis in europäischen Ländern

Der VKU verweist darauf, dass in anderen europäischen Ländern entsprechende Entsorgungsmodelle erfolgreich praktiziert werden. Hasenkamp: „Das in Belgien seit mehr als 20 Jahren erfolgreich realisierte System der Verpackungsentsorgung zeigt, dass eine klare kom-

munale Erfassungszuständigkeit für die Wertstoffe aus Privathaushalten in Kombination mit einer Standardkostenvergütung europarechtlich funktioniert.“

Eine Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger für die Sammlung würde zudem die zahlreichen Reibungsflächen zwischen Kommunen und Systembetreibern entbehrllich machen, die sich aus dem Eckpunktepapier des BMUB ergeben.

### Schwachpunkte ausgleichen

Der BMUB-Vorschlag versucht, die vielfältigen Schwachpunkte der dualen Verpackungserfassung allein durch vermeintlich bessere Einflussmöglichkeiten der Kommunen auf den Systembetrieb auszugleichen. Dieser Ansatz wird nach Überzeugung der kommunalen Spitzenverbände und des VKU jedoch eher für zusätzliches Konfliktpotenzial zwischen Kommunen und Systembetreibern sorgen. **europaticker**

### Forderung der privaten Entsorger:

## Keine weitere Steuerprivilegierung für Kommunen im Entsorgungsbereich!

**Gegen eine ungerechtfertigte Privilegierung von unternehmerisch tätigen Kommunen spricht sich der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. aus. Hintergrund ist die Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Körperschaftsrichtlinie 2015.**

Der bvse wehrt sich insbesondere dagegen, dass in der Entwurfsfassung der Verwaltungsvorschrift die kommunale Daseinsvorsorge, entgegen der Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, ausgeweitet wird.

Bezieht sich im Kreislaufwirtschaftsgesetz der Verantwortungsbereich der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beim Gewerbe auf Abfälle zur Beseitigung, so heißt es in dem vorliegenden Entwurf der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift, dass generell auf die Sammlung und Vermarktung von Abfällen zur Verwertung abgestellt werden soll.

Nach dieser Lesart würde demnach auch das Sammeln von Abfällen zur Verwertung aus dem Gewerbe zu einer hoheitlichen Tätigkeit. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ist jedoch dies ausdrücklich nicht der Fall.

Der hoheitliche Aufgabenbereich würde hierdurch überdehnt und die Kommunen im Gegensatz zu der privaten Abfallwirtschaft privilegiert. Durch die daraus resultierende steuerliche Ungleichbehandlung würden für private Entsorgungsunternehmen erhebliche Wettbewerbsnachteile entstehen, die einer Marktverdrängung gleichkämen, so die Befürchtung des bvse in seiner Stellungnahme. **□**

Wissenschaftlicher Beirat beim VDV:

## Funktionsfähigkeit deutscher Verkehrsnetze ist gefährdet

Memorandum zur Verkehrs(infrastruktur)finanzierung

Mit größter Sorge beobachtet der Wissenschaftliche Beirat beim Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) den zunehmenden Nachholbedarf bei der Erneuerung der deutschen Verkehrsnetze. In einem aktuell veröffentlichten Memorandum zur Verkehrs(infrastruktur)finanzierung sehen die Wissenschaftler vor allem die Verkehrsangebote in den Städten, Gemeinden und Regionen zunehmend in ihrer Funktionsfähigkeit gefährdet.

Das Memorandum definiert unter anderem die Rahmenbedingungen, unter denen die Verkehrsnetze- und -angebote in Deutschland heute existieren. So kommen insbesondere auch auf kommunale und regionale Netze weitere – zumeist bundesgesetzlich vorgegebene – Anforderungen zu.

### Zahlreiche Anforderungen

Es sind dies die Reduktion der Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 25 %, bis 2050 um 80 % – jeweils im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990, die Umsetzung der Energiewende auch im Verkehrsbereich – beispielsweise durch Elektrifizierung und Ausstattung mit Lademöglichkeiten, die Sicherung der Barrierefreiheit für alle Menschen, die Ausstattung bzw. Umrüstung der Infrastruktur mit Informations- und Kommunikationstechnologien zur Verbesserung von Verkehrsmanagement und –si-

cherheit sowie Anforderungen einer verstärkten Berücksichtigung der Baukultur.

### Für stringente Prüfung

Wie das Gremium, dem namhafte Verkehrsexperten angehören, feststellt, setzt die Funktionsfähigkeit von Privat- und Wirtschaftsverkehren hochleistungsfähige und attraktive ÖPNV-Systeme voraus. Deren Finanzierung sei mit der Bahnreform einvernehmlich Mitte der 1990er Jahre vor allem durch das Regionalisierungsgesetz sichergestellt worden. Die Regionalisierungsmittel seien „konstitutiv“ für einen guten ÖPNV und dürften nicht in Frage gestellt werden. Sie müssten vielmehr hinsichtlich erweiterter Handlungsbedarfe in der Finanzmittelausstattung aufgestockt werden. Eine stringente Prüfung des Einsatzes und deren Effizienz stünden außer Frage.

Gleichzeitig sei mit dem für Ende 2019 geplanten Auslaufen

des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und der nachfolgenden Entflechtungsmittel die Erhaltung, Erneuerung und zukunftsfähige Weiterentwicklung der kommunalen Verkehrsinfrastrukturen strukturell in Frage gestellt. Wie dem Memorandum zu entnehmen ist, „hält der Beirat die fehlende Auseinandersetzung und Entwicklung von tragfähigen Konzepten für einen politischen Skandal: Problemregierung ist kein Beitrag zur Problemlösung!“

### Aufstockung der Mittel

Der Wissenschaftliche Beirat beim VDV fordert daher trotz aller vermeintlich entgegenstehenden Regelungen – beispielsweise der Schuldenbremse bzw. der Regelungen der Föderalismus-Reform II – die strukturelle Erhaltung und bedarfsgerechte Aufstockung der Regionalisierungsmittel und die Weiterführung unter zukunftsweisender Gestaltung des GVFG Bundesprogramms und der Entflechtungsmittel.

Die Finanzhilfen von Bund und Ländern für Städte und Gemeinden müssten sich insbesondere beziehen auf die Erneuerung oder den Bau bzw. Ausbau

von Verkehrswegen der Straßen-, Stadt-, Hoch- und U-Bahnen sowie Bahnen besonderer Bauart, die Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben im ÖPNV bzw. soweit sie dem ÖPNV dienen, die Erneuerung, den Umbau, Bau und Ausbau von Verknüpfungspunkten des ÖPNV mit Stellplatzanlagen für Fahrräder, Pedelecs und Pkw. Hinzu kämen Finanzhilfen für den Bau und Ausbau von Anlagen der Bike- und Car-Sharing-Angebote, Maßnahmen zur Erhöhung der Verlässlichkeit im ÖPNV sowie verkehrswichtige innerörtliche Straßen (Hauptverkehrsstraßen) und deren Grunderneuerung.

### Erforderlicher Nachweis

Fazit: Nur auf der Grundlage verlässlich gesicherter und aufgabengerechter ausstatteter Regionalisierungsmittel können nach Ansicht des Wissenschaftlichen Beirats die für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung konstitutiven Elemente der Mobilität von Menschen und des Transports von Gütern planerisch und finanziell verlässlich gesichert werden. Die soziale, ökonomische, ökologische und baukulturelle Entwicklung von Verkehrsinfrastruktur und -angeboten sei unabwiesbar eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, die abgestimmt gesichert werden muss. Zur Sicherung der Effizienz der Mittelzuwendung hätten die Städte und Gemeinden wie auch die Träger des regionalen ÖPNV alle fünf Jahre Infrastrukturzustandsberichte und Verkehrsleistungsberichte vorzulegen und dabei den Einsatz der eigenen Mittel nachzuweisen. DK

Entwicklung digitaler Angebote im Nahverkehr:

## Neues Zuglabor von DB Regio

Das „DB Regio Zuglabor“ geht in eine neue Runde. Im bayerischen Miltenberg wurde jetzt ein Zuglabor-Multifunktionshaus mit fester Adresse fertig gestellt. Damit hat DB Regio die Möglichkeit, in breit angelegten Probandentests beispielsweise Ausstattungsmerkmale der Züge zu optimieren oder die Erwartungen der Reisenden an die Betreuung im Zug realitätsnah zu untersuchen.

Neben Prototypen und Neuentwicklungen der Industrie werden darüber hinaus verstärkt Ideen aus Kreativworkshops, besonders im Kontext von Digitalisierung und Mobilität 4.0 getestet. Dazu werden Kunden eingeladen, unter Moderation von Marktforschern bestehende Angebote und Neuentwicklungen zu bewerten und ihre Wünsche, Erwartungen und Anregungen einzubringen. So steht in Miltenberg neben dem Bereich für Tests durch die Fahrgäste auch eine Lounge bereit, die zum kreativen Gedankenaustausch einlädt. Bereits seit Ende 2011 nutzt DB Regio die Zuglabor-Marktforschung regelmäßig als innovatives Instrument der Produktentwicklung.

Die Praxiserprobung der Ideen und Entwicklungen im Bahnalltag erfolgt dann im „Ideenzug“ – einem regulären Nahverkehrszug, der von der Westfrankenbahn und der Südostbayernbahn angefordert werden kann. „Workshops, Zuglabor und Ideenzug bilden einen optimalen Dreiklang, um Innovationen für die Fahrgäste zu initiieren und zügig auf den Weg zu bringen“, sagt Sandra Khan, Projektleiterin Zuglabor bei DB Regio. Durch moderne Technik und den direkten Gleisanschluss an den Bahnhof Miltenberg können somit spezifische Raum- und Anwen-

dungskonzepte nah und live im Zug untersucht werden.

Die erste Marktforschung im Zuglabor zum Informations- und Unterhaltungsangebot via WLAN im Zug fand bereits Ende August statt und verlief sehr positiv. Hier kamen Nahverkehrskunden aus dem Raum Untermain zu Wort, die ein unterhaltendes und informatives Internetangebot für unterwegs testeten, das derzeit von DB Regio entwickelt wird. Geplant ist das Angebot für Reisende in Zügen des Regionalverkehrs, in denen WLAN in Zukunft verfügbar sein soll. Ziel ist es, das Entertainment-Angebot passgenau auf die Bedürfnisse der Reisenden zuzuschneiden.

„Viele Fahrgäste, insbesondere Pendler, sind regelmäßig auf ein und derselben Strecke unterwegs“, erläutert Olav Hartmann, Produktmanager WLAN im Regionalverkehr der DB Regio. „Zugleich ist die Reisezeit, in der das Angebot genutzt werden kann, vergleichsweise kurz.“

Nach der Konzeption der Inhalte ist eine Pilotphase vorgesehen. Dabei soll das Angebot ab Herbst auf ausgewählten Strecken getestet werden. Die Ergebnisse sind sowohl für den Kunden als auch für die Aufgabenträger, die die Verkehrsleistung in den Ländern bestellen, von großer Bedeutung. □

## Kommunen wollen neuen Finanzierungsmix für den ÖPNV

Rödl & Partner-Studie: Umlagefinanzierung im Fokus

Die kommunalen Haushalte steuern auf eine gewaltige Finanzierungslücke im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu. Städte, Landkreise, ÖPNV-Unternehmen und Verkehrsverbünde prüfen neue Finanzierungsformen, um die anstehenden Investitionen finanzieren zu können. Die überragende Mehrheit von 80 Prozent favorisiert Umlagemodelle, bei denen neben den tatsächlichen Nutzern auch Drittnutzer des ÖPNV einen Beitrag leisten. Nur 14 Prozent können sich dagegen private Formen der Finanzierung vorstellen, wie sie etwa die Fratzscher-Kommission der Bundesregierung vorschlägt. Dies ergibt die Studie ÖPNV-Trendreport 2015 von Rödl & Partner.

„In der Finanzierung des ÖPNV steht eine Trendwende bevor. Die Kommunen brauchen einen neuen Finanzierungsmix für den ÖPNV, um Investitionen stemmen zu können. Dies betrifft nachholende Sanierung, Erhaltungs- sowie Ausbau und Zukunftsinvestitionen.

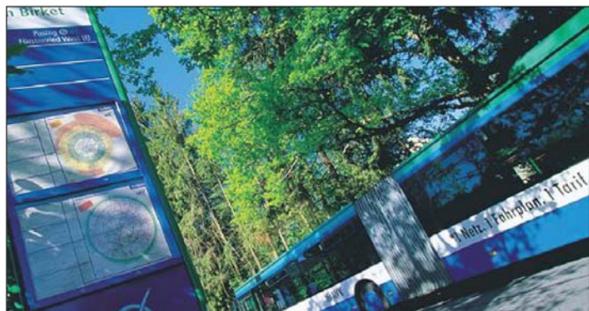
genhöhe“ mit privaten Investoren, so dass sich diese Modelle für die Kommunen häufig nicht rechnen.“

Die Sicherstellung der künftigen ÖPNV-Finanzierung ist eine der drängendsten Fragen der Branche. Bundes- und Landeszuweisungen sind seit Jahren rückläufig. Die

den wurden über die künftige Finanzierung befragt. Die Ergebnisse zeigen klare Tendenzen auf:

- Über 90 Prozent der Befragten messen neuen Finanzierungsformen eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei.
- Mehr als 80 Prozent befürworten Umlagemodelle als dritte Säule der ÖPNV-Finanzierung. Diese Umlagemodelle sollen den bestehenden Finanzierungsmix aus Nutzerfinanzierung und öffentlicher Ko-Finanzierung ergänzen.
- Eine klare Absage erteilt die Branche einem fahrscheinlosen ÖPNV. Lediglich 1,2 Prozent sprachen sich dafür aus. Das von der Piraten-Partei favorisierte Modell ist aus Sicht der Branche ungeeignet.
- Unterschiedliche Auffassungen bestehen bei der Eignung konkreter Vorhaben wie etwa Bürgerticket, Umwelt- oder Parkraumabgabe sowie die Citymaut oder eine Ausweitung der Grundsteuer.
- Private Finanzierungsmodelle werden künftig keine entscheidende Rolle spielen. Lediglich 14 Prozent der Befragten sprachen sich für Einbeziehung privater Finanzierungsformen aus. Damit präferiert die Branche offenkundig einen anderen Ansatz als die Bundesregierung.

„Der ÖPNV spielt in den Kommunen bei der Entwicklung hin zu einer modernen und umweltgerechten Verkehrsgestaltung eine zentrale Rolle. Dies zeigt der weltweite Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur und die selbstgesetzten Klima- und Umweltziele vieler Kommunen, die ohne zusätzliche Investitionen nicht zu erreichen sein werden“, betont Niemann. „Die Branche spricht sich klar für eine Finanzierung durch die Öffentliche Hand, die Nutzer – über den Ticketverkauf –, sowie diejenigen aus, die vom ÖPNV mittelbar profitieren. Dafür muss der Gesetzgeber nun die richtigen Weichen stellen.“ □



Der ÖPNV spielt in den Kommunen in punkto moderne Verkehrsgestaltung eine wichtige Rolle. Foto: MVV GmbH

Für die Einbeziehung von Drittnutzern bestehen aber hohe rechtliche Hürden. Zudem gibt es gesellschaftliche Akzeptanzprobleme. Denn mögliche Drittnutzer leisten bereits jetzt über die Grundsteuer, die Gewerbe- und die Mineralölsteuer einen Beitrag“, erklärt der Verkehrsexperte Jörg Niemann von Rödl & Partner, der die Studie durchgeführt hat.

„Überraschend ist das klare Votum gegen private Investoren. Hier dürften auch die schlechten Erfahrungen mit PPP-Modellen mit-schwingen. Kommunale Akteure befinden sich häufig „nicht auf Au-

Kommunen sind vielfach an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Zudem werden technologische Entwicklungen im Bereich der Mobilität zu steigenden Kosten im ÖPNV führen. Verstärkt sich diese Entwicklung, fehlen zur Erhaltung des Systems in zehn Jahren etwa 14 Prozent des Gesamtbedarfs zuzüglich der Kosten für nachzuholende Sanierungen.

Rödl & Partner hat im Trendreport untersucht, welche Formen der Finanzierung in der Zukunft präferiert werden. 172 Topentscheider aus Städten/Landkreisen, ÖPNV-Unternehmen und Verkehrsverbün-

BECKER BÜTTNER HELD

LÄDT EIN ZUM

## 1. BBH-BÄDERFORUM

„HANDLUNGSSTRATEGIEN ZUR EFFIZIENZSTEIFERUNG KOMMUNALER SCHWIMMBÄDER“

**THEMEN (u.a.)**

- Aktuelle steuerliche und rechtliche Herausforderungen für Bäderbetriebe
- ~
- Möglichkeiten der technischen und wirtschaftlichen Sanierung von Bädern
- ~
- Möglichkeiten und Grenzen von Kooperations- und Betreibermodellen
- ~
- Praxisbericht einer erfolgreichen Bad-Sanierung
- ~
- Austausch und Networking

**TERMINE**

Donnerstag, den 11.10.2015 in München

Donnerstag, den 8.10.2015 in Stuttgart

Anmeldung und weitere Informationen bei Frau Stefanie Schulze:  
Stefanie.Schulze@bbh-online.de, Telefon: 089 / 23 11 64-202

Becker Büttner Held (BBH) ist der Wegweiser für die Energie- und Infrastrukturwirtschaft. Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei die rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Beratung von Kommunen und kommunalen Unternehmen. Mehr als 300 Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Ingenieure unterstützen Sie in Berlin, München, Köln, Hamburg, Stuttgart, Erfurt und Brüssel. [www.bbh-online.de](http://www.bbh-online.de)

# Mobil – aber weniger fossil

Landkreis Neu-Ulm lässt derzeit ein Mobilitätskonzept erstellen

**Sich fortbewegen zu können, ist ein Urbedürfnis des Menschen. Im Zeitalter der Massenmobilität ist daraus indes fast ein kollektiver Wahn geworden: Wir fahren mit dem Auto oder Motorrad, pendeln mit der Bahn, fliegen mit dem Flugzeug, bewegen Güter mit dem Containerschiff, dem Güterzug und dem Lastkraftwagen – und das 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr. All das verbraucht unaufrichtig und irreversibel fossile Brennstoffe und bläst Unmengen klimaschädlicher Treibhausgase in die Atmosphäre.**

Ausweislich des Integrierten Klimaschutzkonzeptes von 2012 verursacht der Verkehr 36 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen im Landkreis Neu-Ulm. Nur die Wirtschaft hat mit 45 Prozent noch mehr auf dem Kerbholz. Entsprechend lässt der Landkreis gerade ein Klimaschutz-Teilkonzept Mobilität ausarbeiten – mit dem Ziel, den heimischen Verkehr nachhaltiger und weniger klimaschädlich zu machen. Nun fand dazu im Landratsamt Neu-Ulm die erste Sitzung der Lenkungsgruppe statt.

Dort stellte die Arbeitsgemeinschaft aus der Umwelt-Projekt-Agentur „Green City Projekt“, der Prof.-Schaller-Umwelt-Consult-GmbH (PSU) und von Prof. Dr.-Ing. Gebhard Wulforth (Technischen Universität München), die der Umwelt- und Werkausschuss des Landkreises am 16. April dieses Jahres beauftragt hat, den bisherigen Stand der Analysen vor. Nach der einleitenden Sondierungsphase sei man zurzeit in der Datenerhebung (Juni/Juli 2015), im August und September sollen Experten per Fragebogen und an einem Runden Tisch um ihre Einschätzung und Auffassung gebeten werden.

Über drei Mobilitätswerkstätten (im November 2015 sowie im Januar und Februar 2016) werden

auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an dem Entwicklungsprozess beteiligt. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist ein besonderes Anliegen von Landrat Thorsten Freudenberger, „denn mit ihrer Bereitschaft zur Verhaltensänderung steht und fällt das Mobilitätskonzept“.

## Konkreter Aktionsplan

Bis Ende März 2016 soll dann die Lenkungsgruppe ein drittes und letztes Mal getagt haben und anschließend ein konkreter Aktionsplan auf dem Tisch liegen. Schließlich wird der Kreistag im April 2016 über das Mobilitätskonzept beraten und beschließen.

Was dann in etwa im Aktionsplan stehen könnte, schälte sich bei der ersten Lenkungsausschusssitzung in einer regen und konstruktiven Diskussion heraus.

Stellvertretender Landrat Roland Bürzle, der Landrat Thorsten Freudenberger vertrat, hob gleich zu Beginn die Regio-S-Bahn auf die Agenda. Einig waren sich die Diskutanten, dass der Ausbau des ÖPNV nur dann zum gewünschten Erfolg führen werde, wenn es gelinge, ihn so attraktiv auszuge-

stalten, dass er dem Auto echte Konkurrenz macht. Denn eines zeigen die Ist-Zahlen: Das eigene Auto ist nach wie vor das bevorzugte Verkehrsmittel der Mehrzahl der im Landkreis Neu-Ulm lebenden Menschen. Wie Dr. Johannes Gnädiger von PSU recherchiert hat, kommen im Landkreis Neu-Ulm auf 100 Einwohner 63 Pkw, der bayernweite und schwabenweite Durchschnitt liegt jeweils bei 59 Prozent.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) hat von 1990 bis 2010, also in 20 Jahren, um 18 Prozent zugenommen. Beim Straßengüterverkehr ist er im gleichen Zeitraum sogar um 68 Prozent gestiegen.

## Anreize und Alternativen

Ziel müsse daher sein, mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. Kritisiert wurde die ausgeprägte Just-in-Time-Mentalität und die geografische Arbeitsteiligkeit in der Industrie, die mehr Verkehr und damit eine höhere Belastung der Natur und des Klimas (externe Kosten) mit sich brächten. Hier gelte es durch Anreize und intelligente Alternativen das Verhalten der Entscheidungsträger in der Wirtschaft zu verändern.

Wie erreiche ich Verhaltensänderungen bei der Mobilität? Dies ist die entscheidende Frage – auch beim Personenverkehr. Herbert Pressl, Kreisrat der CSU aus Vöhringen, regte ein „attraktives Marketing“ an, das insbesondere auch jüngere Generationen an-

spricht. Denn nicht nur das Angebot, sondern auch das Image des ÖPNV müsse verbessert werden. Gabriele Rzehak-Wartha, Kreisrätin der Grünen aus Neu-Ulm, meinte dagegen, dass es vor allem eines „dichteren Takts in den ländlichen Gebieten“ bedürfe.

Rauno Andreas Fuchs von „Green City Projekt“ sprach von „Bewusstseinsbildung“: „Mobilität ist ein unheimlich emotionales Thema, darum muss es auch entsprechend kommuniziert werden.“ Hier könne man auch viel von der Automobilindustrie lernen, die genau das seit Jahrzehnten sehr erfolgreich vormache, so Projektleiterin Marianne Pfaffinger von „Green City Projekt“.

Eine wichtige Zielgruppe, so war man sich einig, ist dabei die sehr autoaffine mittelalte und ältere Generation. Die heute 18- bis 30-Jährigen legen dagegen nicht mehr den hohen Wert auf das eigene Auto wie ihre Eltern oder Großeltern. „Der Zugriff aufs Auto ist für die jüngere Generation wichtiger, als es selbst zu haben“, sagte Völker Jescheck, der Leiter des Stadtplanungsamtes Ulm.

Dr. Jürgen Bischof, Kreisrat der Freien Wähler aus Weißenhorn, setzt auf Fahrgemeinschaften sowie Mitfahr- und Car-Sharing-Angebote. Roland Bürzle gab dabei zu bedenken, dass „Car2go“ in Ulm/Neu-Ulm gescheitert sei. „Angeblich war die Doppelstadt zu klein.“ Berater Dr. Johannes Gnädiger relativierte: „Vielleicht war das Car-Sharing-Angebot hier auch zu früh dran, später könnte es klappen.“

Ein großes Potenzial wird auch in der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitsprozesse (Stichwort: Industrie 4.0) gesehen. Die Zukunft hat bei vielen Unternehmen schon begonnen: Immer öfter kommt der Mitarbeiter nicht mehr zur Arbeit in die Firma oder die Fabrik, sondern die Arbeit kommt zu ihm über Datenfernübertragung (Internet, E-Mail, Fax, Telefon). Er kann zu Hause arbeiten („Home Office“), auf Dienstreise oder im Café. Fahrten entfallen so – und die Umwelt wird geschont.

Mobil sein, ohne Sprit zu verbrauchen und Abgase in die Luft zu blasen – auch das funktioniert: nämlich, indem man zu Fuß geht oder mit dem Fahrrad fährt. Markus Krämer, Stadtbaudirektor von Neu-Ulm, sieht einen Trend zum Drahtesel. Inzwischen gebe es „tolle, stylische Fahrräder“ und – nicht zu vergessen – Elektroräder („E-Bikes“), die nicht nur durch hohe Zuwachsraten beim Verkauf Aufsehen erregen. Das Urbedürfnis des Menschen, sich fortzubewegen, muss also nicht zwangsläufig zu Lasten des Klimas und der Natur gehen. □

## Monopolkommission:

# Fernbusverkehr steigert Attraktivität des Bahnverkehrs

**Der Fernbusverkehr hat die Qualität des Schienenfernverkehrs verbessert. So lautet das Ergebnis der von der Bundesregierung eingesetzten Monopolkommission bei der Bewertung des Wettbewerbsverhältnisses zwischen Bus- und Bahnverkehr.**

Der in der vergangenen Woche vorgelegte 83-seitige Sonderbericht „Bahn 2015: Wettbewerbspolitik aus der Spur?“ befasst sich auf drei Seiten mit dem Verhältnis Schienen- und Busverkehr. Das Gutachten widerlegt die Behauptung, dass der Wettbewerb zwischen Bus und Schiene aufgrund der fehlenden Straßenmautpflicht für Busse verfälscht werde. „Der Bericht für die Bundesregierung bestätigt, dass die Wettbewerbssituation die Ausdehnung der Maut für den Schwerlastverkehr auf Busse nicht rechtfertigt“, so LBO-Präsident Heino Brodschelm.

Das Sondergutachten erinnert auch daran, dass die Deutsche Bahn im Schienenfernverkehr nach wie vor Monopolist ist, der

## Company Bike Solutions:

# Der direkte Weg zum Dienstrad

**Gesund, schnell, ökologisch: Mit der Einführung von Diensträdern halten neue Mobilitätskonzepte Einzug in den Unternehmensalltag. Company Bike Solutions, ein Geschäftsbereich der planet ebikes GmbH, gehört zu den führenden Anbietern von modernen Dienstrad-Konzepten und verfolgt einen bundesweit einmaligen Service-Ansatz. Als einziger Direktanbieter im Markt übernehmen die Münchener die gesamte Prozesskette - von der Konzeption, über die Auswahl passender Modelle bis hin zur Lieferung und einem mobilen Vor-Ort-Service. Nachhaltig engagierte Arbeitgeber nutzen das Angebot als Baustein im betrieblichen Gesundheitsmanagement - und punkten mit einer attraktiven „Work-Bike-Balance“.**

Der Mobilitätsmarkt in Deutschland boomt. Ob neue Sharing Services, Mobility-Apps, E-Flotten oder Velostationen - was die neuen Angebote verbindet ist das Bedürfnis nach maximaler persönlicher Bewegungsfreiheit. „Viele Unternehmen stellen jetzt die Weichen für ein neues, nachhaltiges Mobilitätsmanagement. Nicht nur der Weg zur Arbeit steht dabei im Fokus - ganzheitliche Ansätze sind gefragt, die sowohl das Thema Gesundheit berücksichtigen, als auch die individuelle Lebenssituation von Mitarbeitern“, erklärt Markus Maus, Geschäftsführer von Company Bike Solutions (CBS).

Das Münchner Dienstleistungsunternehmen hat daraus ein umfassendes Businessmodell entwickelt, um Konzerne und mittelständische Unternehmen bei der Einführung von Diensträdern systematisch zu begleiten. Mit einem mobilen Service übernimmt CBS die Implementierung eines maßgeschneiderten Dienstradkonzepts: von der Testphase, über die Auswahl passender Modelle bis zur Lieferung, und zeigt über eigene Dienstrad- und Gesundheitsportale neue Ansätze für das betriebliche Gesundheitsmanagement auf.

## Arbeitgeber sind Mobilmacher

Mit dem Wandel der Arbeitswelt steigen die individuellen Mobilitätsansprüche von Arbeitnehmern. „Firmen stehen vor der Aufgabe, das Thema Bewegung neu im Arbeitsalltag zu verankern. Ein Dienstrad-Angebot ist dabei Ausdruck einer verantwortungsvollen Unternehmenskultur, die nah am Mitarbeiter ist und sich auf unterschiedliche neue Lebenswirklichkeiten einzustellen weiß. Das ist nach unserer Erfahrung nicht nur für junge Bewerber attraktiv“, so Markus Maus. Die Einführung von Company Bikes ist dann nachhaltig erfolgreich, wenn ein

neuer Mobilitätsgedanke aus dem Unternehmen selbst erwächst, individuelle Mobilitätsbedürfnisse beachtet und sichtbar auch von Führungskräften angenommen werden. „Attraktive Arbeitgeber machen mobil – ob im urbanen Raum oder auf dem Land. Dafür stellen wir vor Ort gern die Speicher.“

## Dienstrad trifft Lifestyle

Seit 2012 ist das Dienstrad dem Dienstauto steuerlich gleichgestellt und die private Nutzung unter Anwendung der Ein-Prozent-Regelung erlaubt. Dienstradnutzer können einen kleinen Teil ihres Gehaltes in ein Dienstrad umwandeln und müssen nur ein Prozent des Bruttopreises ihres Gefährts versteuern, um das Dienstrad dann auch uneingeschränkt privat nutzen zu können. „Moderne City-Bikes oder auch Pedelecs sind heute ein Lifestyle-Faktor. Zudem spart ein Angestellter eines Unternehmens, das Diensträder anbietet, leicht 30% oder sogar mehr, wenn der Arbeitgeber einen kleinen Zuschuss zur Rate anbietet – damit werden auch teurere Räder erschwinglich und der Mitarbeiter ist hoch motiviert. Das sollte ein Arbeitgeber zu nutzen wissen“, meint Maus.

## Gesunde und motivierte Mitarbeiter

Mit dem Angebot von „Gesund zur Arbeit“ Gesundheitsportalen bietet Company Bike Solutions zudem einen Ansatz zur Verknüpfung des Dienstradkonzepts mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement. „Gesunde und motivierte Mitarbeiter sind ein kosteneutrales Nachhaltigkeitsprogramm und die besten Markbotschafter“, so Maus. „Unsere Portale motivieren, fördern langfristig ein gesundes Bewegungsverhalten und stehen damit für einen wirksamen Präventionsansatz.“ Nicht zuletzt trage das Engagement für die Gesundheit zur Mitarbeiterbindung bei, weil verstanden werde, dass es um mehr gehe als ein einfaches Benefit-Programm.

## Räder mit intelligentem Radius

Business-Bikes werden zunehmend auch in regionalen Verkehrskonzepten berücksichtigt. Viele Städte bauen derzeit ihre Radwege aus, unter anderem bestärkt durch rasant kletternde Verkaufszahlen bei Elektrorädern. Der Rad-Anteil am Gesamtverkehr wird weiter steigen. Auch die europäische Kommission hält in ihrem Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum explizit fest, dass sich alle Teilnehmer nicht weniger sondern intelligenter fortbewegen werden müssen.

Unternehmen und Kommunen stehen aus Sicht von Company Bike Solutions daher vor einem neuen Schulterschluss, wenn es um eine zukunftsweisende Routenplanung für Radfahrer geht. Ein attraktives Dienstrad-Angebot, eingebunden in ein intelligentes urbanes Verkehrskonzept, wird zum Standortvorteil – und steht für eine neue Verbindung von Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit. □

# 14 Radschnellwege in München und Umland

PV, Vertreter des Landkreises München und der Landeshauptstadt sowie externe Experten zeigten mögliches Vorgehen auf

**Rund 100 kommunale Vertreter der Region informierten sich auf einer Veranstaltung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) im Landratsamt München über Radschnellwege, deren Zweck und wo sie in München und Umland Sinn machen. Der PV möchte die Radschnellwege weiter vorantreiben. Mit der Landeshauptstadt und den angrenzenden Landkreisen soll eine Pilotstrecke zwischen dem Münchner Stadtzentrum und dem Hochschulcampus in Garching bei München auf die Machbarkeit überprüft werden. 13 weitere Korridore werden umfassend untersucht.**

Landrat Christoph Göbel, Landkreis München, forderte den Ausbau der Infrastruktur für das Vorwärtskommen der Region. Der Vertreter der Landeshauptstadt München, Horst Mentz, Leiter der Verkehrsplanungsabteilung im Planungsreferat, sicherte planerische und finanzielle Unterstützung zu.

Radschnellverbindungen sollen den Alltagsradverkehr erleichtern, besonders den Berufs- und Ausbildungspendlerverkehr über längere Strecken bis zu 20 Kilometer. „Aufgrund der ausgeprägten Pendlerbeziehungen zwischen der Landeshauptstadt und dem engeren Umland sind Radschnellwege für die Region München ideal. Sie leisten einen sinnvollen Beitrag zu einer nachhaltigen Alltagsmobilität. Denn gerade zu Hauptverkehrszeiten entlasten die vier Meter breiten Trassen überfüllte Straßen und Züge“, erläuterte Birgit Kastrop, Stadtplanerin beim PV, zu Beginn der Veranstaltung. Das belege auch die „Potenzialanalyse für Radschnellverbindungen in München und Umland“, die der PV im Auftrag der Landeshauptstadt München sowie der Landkreise Dachau, Fürstentfeldbruck, München und Starnberg durchgeführt hat.

Die Ergebnisse dieser Analyse stellte der PV auf der Veranstaltung vor: ein System von 14 Radkorridoren – jeder zwischen elf und 25 Kilometer lang. Die Korridore sind radial auf die Landes-

hauptstadt ausgerichtet und liegen in der Nähe zu Schienenhaltepunkten und Siedlungsgebieten.

## Fördermöglichkeiten für Kommunen

Um die rechtlichen Rahmenbedingungen der Finanzierung ging es im Vortrag von Stephan Blauth, Leiter des Sachgebiets Radverkehr und Nahmobilität der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr. Für Radschnellwege gelten die gleichen Finanzierungsgrundsätze wie für Radwege. Eine größere Breite muss begründet werden – etwa durch eine Potenzialanalyse. Abhängig von der Lage der Trasse müssen dafür der Bund, Freistaat, Landkreis oder die jeweilige Gemeinde aufkommen. Die Kommunen können dafür verschiedene Fördermittel beantragen.

## Machbarkeitsstudie für die Metropolregion

In der Metropolregion Nürnberg und im Ruhrgebiet laufen bereits Vorbereitungen für Radschnellwege. Frank Jülich, Leiter Verkehrsplanung der Stadt Nürnberg, beschrieb das Konzept und die Vorgehensweise für den Raum Nürnberg. Neben den Städten Nürnberg, Erlangen, Fürth, Herzogenaurach und Schwabach sind die umliegenden Landkreise in-

volviert. Die aktuelle Machbarkeitsstudie soll den Nutzen der 20 Korridore für den Verkehr klären sowie fachliche und rechtliche Fragen des Ausbaus. An den Kosten der Studie beteiligte sich die Oberste Baubehörde des Freistaates.

Im Ruhrgebiet entsteht der rund 100 Kilometer lange Radschnellweg Ruhr RS1 zwischen den Städten Duisburg und Hamm. Im Oktober 2015 wird der erste Abschnitt Essen-Mühlheim eröffnet. Projektträger ist der Regionalverband Ruhr in Essen.

Martin Tönnies, Bereichsleiter Planung, erörterte die Vorteile hinsichtlich Umwelt, Gesundheit, Schnelligkeit und Elektromobilität. Zudem zeigte er zahlreiche Musterlösungen und Anwendungsbeispiele etwa bei der Führung als Fahrradstraße, bei der Querung eines Bahnübergangs und der Kreuzung von Knotenpunkten. Er forderte die Kommunen auf, sich dieser Lösungen zu bedienen; sie entsprechen alle dem Straßenverkehrsrecht.

## Radverkehr immer wichtiger

Bürgermeister, kommunale Radverkehrsbeauftragte, Verkehrsplaner, Bauamtsleiter und externe Experten diskutierten über die Chancen von Radschnellwegen, gerade in der so dicht besiedelten Region München. Einig waren sich alle: Dem Radverkehr kommt künftig eine noch wichtigere Rolle zu, besonders wenn es um städtebauliche Entwicklung geht. Und es muss dringend die notwendige Infrastruktur dafür geschaffen werden. Zu klären sind vor allem die Finanzierung des Ausbaus und Fördermöglichkeiten. Hier sind auch der Bund und das Land gefragt. □

Deutscher Landschaftspflegetag:

## Mehrwert für Kommunen

Beim diesjährigen Deutschen Landschaftspflegetag in Wiesbaden diskutierten 150 Experten die Spielräume der Kommunen bei der Entwicklung der Landschaften. Einmal mehr zeigte sich, dass eine gute Zusammenarbeit der Akteure im ländlichen Raum mehr denn je nützlich ist, um die Perspektiven der Kulturlandschaften zu fördern.

Eine wichtige Rolle spielt dabei unter anderem die Beweidung mit Rindern, Schafen und Ziegen als preiswerte und naturverträgliche Landschaftspflege. Viele Weidetierhalter sind jedoch durch die geringe Förderung und die Flächenknappheit existenziell bedroht. Wie der Vorsitzende des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL), MdB Josef Göppel, herausstellte, zähle es zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben im Naturschutz, diesen Betrieben eine langfristige wirtschaftliche Perspektive zu geben. Dies sei auch eine Aufgabe der Kommunen, weshalb diese verstärkt ihre Spielräume nutzen sollten.

Göppel wies darauf hin, dass Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf kommunalen Flächen maßgerecht auf Weidetierhalter zugeschnitten werden könnten. Der Landwirt bekomme die Fläche und damit Futter, die Kommunen sparten bei der Pflege und der Naturschutz profitiere durch eine höhere Artenvielfalt. Organisiert werde dies über den örtlichen Landschaftspflegeverband.

„Mehrwert für Kommunen durch Landschaftspflege“, „Neue Impulse für Streuobst“ und „Artenreiches Grünland renaturieren“ lauteten die Themen dreier Fachforen, inhaltlich begleitet von ausgewiesenen Experten.

Cordula Jost vom Landschaftspflegeverband Sächsische Schweiz/Ostertal bezeichnete die LPV als fachkompetente Ansprechpartner und Serviceleister in der Region. Ihre Arbeit führe zu deutlich mehr Maßnahmen (mehr Fördermittel) in den Kommunen und zu einer besseren Einbindung der Kommunen in die Maßnahmenumsetzung. Die LPV griffen oft neue Themen auf, die die Region bereichern wie z. B. Vermarktung, Streuobst, Gewässerschutz oder Umweltbildung.

Wie Rainer Blaschke, LPV Rottal-Inn, hervorhob, schaffe die Aufwertung von Grünflächen in Siedlungsräumen Naherholungsraum und eine bessere Lebensqualität für die Kommunen, einen Imagegewinn für deren Außenanstellung, Kosteneinsparungen bei der Pflege sowie neue Koalitionen.

Für Landschaftspflegeverbände wiederum würden wichtige Mosaiksteine in einer zunehmend ausgeräumten Landschaft durch neue Lebensräume und Trittsteinbiotop geschaffen, zudem eine emotionale Ansprache der Bevölkerung für die Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit, eine verbesserte Zusammenarbeit mit Kommunen sowie ein positiver Bekanntheitsgrad und Rückhalt in der Kommunalpolitik. Grünflächen in Siedlungsräumen seien also multifunktional.

Darüber hinaus bot der Deutsche Landschaftspflegetag drei erlebnisreiche Sommerexkursionen. Eine Exkursion führte in das Gebiet der hessischen LEADER-Region Taunus. Als ein Alleinstellungsmerkmal der Region gilt der Limes, der das Gebiet von Ost nach West durchquert und als UNESCO Weltkulturerbe in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum feiert. Besucht wurde der Limeserlebnispfad, der Anfang 2015 als „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ vom Deutschen Wanderverband zertifiziert wurde. Am Limeskastell Zugmantel wurde in unmittelbarer

Nähe die Rekonstruktion eines steinernen Limesturmes samt nachgebautem Limesabschnitt besichtigt.

### Ehemals weinbaulich genutzte Steilflächen

Eine weitere Exkursion führte durch die (ehemalig weinbaulich genutzten) Steilflächen im hessischen Teil des UNESCO Weltkulturerbes Mittelrheintal. Über den Aussichtspunkt „Wirbeley“ mit Blick auf das rheinland-pfälzische Bacharach wurde der sog. Panoramaweg erreicht, ein Teilstück des Weitwanderweges „Rheinsteig“.

### Nusser-Gruppe:

## „Schlagkräftiges“ Argument – Freiraum-Möbel aus Acryl

Stadt- und Parkmöbel im Außenbereich müssen besonderen Ansprüchen gerecht werden. Eine Tatsache, die NUSSEr STADTMÖBEL von jeher erfolgreich umsetzt: Ansprechendes Design, gekoppelt mit technischem Know-how, die Verarbeitung qualitativ hochwertiger Materialien und handwerkliches Können machen die Outdoor-Möbel des innovativen Winnders Unternehmens so einzigartig. Das NUSSEr Portfolio wurde um neue Bänke, Tische und Sitzgruppen aus Acryl erweitert.

Was Kunststoff für Außenanwendungen anbietet, so gilt Acryl weltweit als das beste Produkt, nicht zuletzt wegen der extremen Widerstandsfähigkeit, Witterungs- und UV-Beständigkeit. Durch die Verbindung eines schlagfesten

dank ihrer Vielzahl von Vorteilen überall im „freien Raum“ ideal geeignet.

Die Acryl-Oberfläche gestattet eine große Farbauswahl und verschiedene Oberflächenoptiken, die jedem Anspruch gerecht wer-



Die Comfort Liege von Nusser Stadtmöbel.

Kunststoffkerns und einer sehr harten Acryl-Oberfläche entsteht ein idealer Werkstoff für Freiraummöbel im öffentlichen Raum. Dieser außergewöhnliche Kunststoff splittert oder reißt nicht und ist auch bei hohen Außentemperaturen geruchlos, da keinerlei Weichmacher enthalten sind, die sich verflüchtigen könnten. Zudem ist Acryl absolut beständig gegen Feuchtigkeit: Niederschlagswasser wird – ebenso wie andere Flüssigkeiten, selbst Alkohol, sowie viele Säuren und Laugen – nicht aufgenommen und perlt stattdessen „gepflegt“ ab. Selbst Graffiti lassen sich mit Reinigungsbenzin oder Terpentin entfernen. Die Außenmöbel verfügen über sehr gute, selbstreinigende Eigenschaften, da Schmutzpartikel auf einer Acryl-Oberfläche nur eine geringe Haftung finden und binnen kürzester Zeit abtrocknen.

Stadtmöbel aus Acryl müssen über die kalte Jahreszeit nicht abgebaut und eingelagert werden, denn sie trotzen Eis und Schnee nach Belieben. Selbst Meersalz- wasser und Streusalz kann ihnen nichts anhaben. Fakten, die Acryl als Werkstoff für den Außenbereich geradezu prädestinieren: Ob an abgelegenen oder viel frequentierten Plätzen, Bänke aus witterungsbeständigem Acryl sind

den: In Tests zur UV-Lichtbeständigkeit wurde nachgewiesen, dass sich die Farboberfläche, auch wenn sie über Jahre der Witterung ausgesetzt ist, nicht verändert. Ob Sonderfarben wie „Titan, Onyx, Saphir, Magnetit und Black Pearl“ oder Standardfarben von Weiß über Moosgrün bis hin zu Rot erstrahlen wie am ersten Tag. Durch die von NUSSEr gebotene Farbvielfalt kann jeder gewünschte Effekt erzielt werden.

### Körpergerechte Stadtmöbelierung: modern und nahezu „unkaputtbar“

Zahlreiche Acryl-Bankmodelle – von ASTERA bis USIT – ergänzen nunmehr das Portfolio von NUSSEr und ODM STADTMÖBEL in puncto Robustheit und Dauerhaftigkeit. Abgerundet wird diese Produktreihe durch die COMFORT Liege, deren ergonomische Gestaltung ein ganz entspanntes Verweilen verspricht.

Bei der Bank ASTERA, die sowohl ohne Lehne als auch mit Lehne und Armlehnen erhältlich ist, wird körpergerechtes Sitzen garantiert. Der besondere Clou ist hier, dass die Auflagenhölzer sogar einzeln abgeschraubt werden können. Sollte die robuste Bank

derbelegung der Streuobstkultur in der Region.

Auf der Agenda des Deutschen Landschaftspflegetags stand schließlich auch die Verleihung des Deutschen Landschaftspflegepreises. Für seine technischen Innovationen zur Bewirtschaftung schwer zugänglicher, natur-schutzfachlich wertvoller Flächen erhielt u. a. Bio-Bauer Hans Maurer, ein passionierter Landschaftspflegelandwirt aus Bayern, die Auszeichnung.

Maurer ist Vorreiter und führender Spezialist für Landschaftspflege und Biotopgestaltung in Oberbayern. In Eigenregie entwickelt er seit 30 Jahren zahlreiche Spezialfahrzeuge zur schonenden Bearbeitung nasser und steiler Flächen. Diese Innovationsfreude und sein umfangreiches Wissen über gefährdete Arten und deren Lebensräume machen ihn zu einem verlässlichen Partner für die Landschaftspflege. Seine Hofführungen und die familienbetriebene Bio-Gaststätte locken, auch überregional, Besucher, die sich von Hans Maurer für eine naturverbundene Lebenseinstellung begeistern lassen. **DK**



Urnenstelen in der Friedhofsanlage Adelsried.

## Schmuckstück der Landschaftsarchitektur

Die Freiraumplanung hat es oft schwer, sich gegen andere kommunale Interessen durchzusetzen. Insbesondere bei der Gestaltung von Friedhöfen sind im Normalfall so viele Vorgaben zu berücksichtigen, dass landschaftsarchitektonische Interessen häufig in den Hintergrund treten. Nicht so auf dem Friedhof der schwäbischen Gemeinde Adelsried: Landschaftsarchitekt Reinhard Baldauf – beauftragt mit der Planung eines Areals für Urnenstelen – hatte bei der Wahl eines geeigneten Ortes zur Errichtung der Anlage mehrere potenzielle Möglichkeiten zur Anordnung.

Aus einer Vielzahl von Standorten wählten Baldauf und sein Planungsteam in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine am Rande des Friedhofs gelegene Fläche aus. Neben Leitaspekten wie der optimalen Nutzung topografischer Gegebenheiten und dem Freihalten wesentlicher Blickachsen ließ sich der Landschaftsplaner vor allem von einem sogenannten Gehölzriegel inspirieren, der unmittelbar an das Areal angrenzt. Er eignet sich in wunderbarer Weise als grüne Kulisse für die Urnenstelen-Anlage und bewirkt, dass diese sich harmonisch in ihr Umfeld integriert ohne dominant zu wirken.

Wiener Innenstadt am Neubaugürtel verzaubern. Zudem wurden am neuen Fernreisebus-Terminal in Wien 20 neue CAMPUS Hochbänke mit Acrylbelattung installiert, mit denen eventuelle Wartezeiten verschönert werden sollen. Und auch die Stadt Linz setzt mit ihren „Ruheoasen aus Acryl“ auf die Vielzahl von positiven Eigenschaften, die dieser außergewöhnliche Stoff vereint.

Selbstverständlich verfügt NUSSEr in seinem Lieferprogramm über weitere Modelle, die zusätzlich mit Acryl belattet werden können. Alle Produkte von NUSSEr STADTMÖBEL nebst den Schwesterfirmen und dem jüngst hinzugekommenen Acryl-Spezialisten STAUSBERG STADTMÖBEL, Österreich finden sich per Mausklick im Internet unter [www.stadtmobel.de](http://www.stadtmobel.de).

Ein weiterer Vorteil des Standortes: Die Anlage wurde geländegerecht – d. h. ohne das Auf- oder Abtragen von Erde – eingepasst. Durch ihre modulare Bauweise konnten kleine Höhenunterschiede im Längsgefälle problemlos ausgeglichen werden.

Das Urnensystem aus dem Hause des Friedhofsausstatters PAUL WOLFF verfügt über drei Etagen mit insgesamt 32 Kammern. Abdeckplatten aus Naturstein sowie Kammerverschlußplatten aus Granit und Wertstein-Beton wurden mit weiß satinierten Glasvorsätzen kombiniert, die aber erst nach der Belegung angebracht werden. Die vorstehende Bodenplatte dient zum Ablegen von Grabschmuck.

Fazit: Bürgermeisterin und Gemeinderat sind von dem Ergebnis sehr angetan – sowohl von der Urnenstelen-Anlage selbst als auch von der landschaftsarchitektonischen Konzeption: Mit einem Minimum an invasiven Eingriffen, dafür aber mit großer Fachkenntnis und Sensibilität wurde eine Anlage geschaffen, die der besonderen Bedeutung des Ortes als letzte Ruhestätte auf hervorragende Weise entspricht.

Da zudem alle von PAUL WOLFF gelieferten Standardelemente nach dem Gütezeichen für Urnenbestattungssysteme RAL-GZ 502/3 zertifiziert sind, kann sich die Gemeinde Adelsried für viele Jahre auf eine hohe Produktqualität ihrer Friedhofsarchitektur verlassen.

**HOLDER**  
KEINE KOMPROMISSE

## 4-JAHRESZEITEN ROADSHOW

20.10. - 03.11.2015





Besuchen Sie uns auf der großen 4-Jahreszeiten-Roadshow 2015. Jetzt anmelden auf [www.max-holder.com](http://www.max-holder.com) und vor Ort ein **HOLDER-Überraschungspaket** gewinnen!

AUCH MIT DABEL:  
DER NEUE  
HOLDER MUVO

Ladog mit Wildkrauthürste und Kehrsauger:

## Arbeitsfahrzeug für den harten Dauereinsatz

Bei der Kombination Wildkrautbesen und gleichzeitigem Kehrsaugen (Schmutzaufnahme) reicht bei den üblichen Gehweg-Kehrmaschinen die Hydraulikleistung für einen Dauerbetrieb nicht aus. Bei einem Ladog ist dies nicht so. Er verfügt für diesen Einsatz über eine ausreichend dimensionierte Hydraulikanlage.

„Massive Wildkrautbeseitigung ist Grundreinigung“, sagt Alfred Bertsche. Ladog hat einen Front-Wildkrautbesen mit nur 22 Stahlzöpfen. Der Besen ist „weich“, legt sich sauber in die Kanten und kann mit reduzierter Drehzahl gefahren werden, d.h. der Besen ist nicht aggressiv und hat vor allem keine Schleuderwirkung.

### Hydrauliksteuerung

Es fliegen auch keine Brocken durch die Gegend. Der Besen wird vom Fahrersitz aus hydraulisch gesteuert und ist „starr ge-

führt“, d.h. er kann kantengenau eingesetzt werden. Der Besen wackelt auch nicht, sodass die Steuerung für den Fahrer sehr einfach ist.

Die Ladog-Kehrsaugeneinheit verfügt über einen speziellen Saugmund und über eine enorm hohe Saugleistung, die bei Wildkrautarbeiten durch das hohe Schmutzaufkommen auch gebraucht wird.

### Daumenjoystick

Der komplette Arbeitsablauf ist über den Ladog-Daumenjoystick vom Fahrer sehr unkompliziert



Ladog G129N20 MaxiFlex (Mittelabsaugung) mit Wildkrautbesen und Kehrsaugaufbau. □

zu bedienen. Besendrehzahl und Ventilatorleistung werden über Potentiometer feinreguliert. Die Ladog-Geräteantriebshydraulik ist hierbei so ausgelegt, dass die volle Hydraulikleistung bei ca. 1800-1900 U/min. zur Verfügung steht.

Mit einem Ladog ist die Kombination „Wildkrautbesen mit Schmutzaufnahme“ im Dauerbetrieb möglich.

Weitere Informationen unter: [www.bertsche-online.de](http://www.bertsche-online.de) □

zentrales Kriterium für oder gegen ein Elektroauto. Ersparnisse im Verbrauch waren den Befragten dagegen oft nicht bewusst. Als ideale Zielgruppe haben sich in der Untersuchung Pendler mit täglichen Fahrstrecken ab 50 Kilometern erwiesen, da die Anschaffung eines Elektroautos dann durch die geringen Betriebs- und Unterhaltskosten finanziell interessant wird. Reichweite, Leistung, Platz und Ladedauer gewichten die Befragten ebenfalls sehr hoch. Die Entscheidung für ein Elektroauto fällt laut Studie vor allem aus Imagegründen; das persönliche Umweltbewusstsein spielt dagegen eine untergeordnete Rolle. Durchaus positiv beeinflusst eine Kaufentscheidung dagegen der Zugang zu öffentlicher Ladeinfrastruktur.

Im Rahmen von eMERGE wurden auch die Fahr- und Ladeprofile potenzieller Nutzer analysiert und der entsprechende Bedarf ermittelt. Demnach wird etwa ein Viertel der Ladeinfrastruktur voraussichtlich an öffentlichen Standorten benötigt, über die Hälfte an halböffentlichen, etwa bei Einkaufszentren oder Freizeiteinrichtungen. Eine weitere wichtige Erkenntnis: Der Nachladebedarf bestimmt den gesamten Infrastrukturbedarf, da nachts in der Regel pro Ladepunkt nur einmal geladen wird, während tagsüber mehrere Ladevorgänge möglich sind.

Preise bieten können. Wir befürworten aber zusätzlich ein attraktives Anreizsystem, das der Elektromobilität schnell Aufschwung geben kann. Daimler verfügt schon heute über die weltweit vielfältigste Elektro- und Hybridflotte und investiert weiterhin massiv in die Entwicklung alternativer Antriebssysteme.“

Parallel zur Mercedes-Benz Plug-In Hybridoffensive, die insgesamt zehn Modelle bis 2017 vorsieht, plant das Unternehmen auch weitere rein elektrische Fahrzeuge mit Batterie oder Brennstoffzelle.



Smart fortwo electric drive im Förderprojekt eMERGE. □

Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, betonte anlässlich der Abschlussveranstaltung: „Der Bund engagiert sich beim Flottenprojekt eMERGE insgesamt mit einer Förderung von rd. 6,5 Millionen Euro. Wir freuen uns, dass wir dadurch die Marktentwicklung der Elektromobilität aktiv unterstützen können. Für den jetzt anstehenden Markthochlauf brauchen wir einen umfassenden und flächendeckenden Einsatz von Elektrofahrzeugen in den öffentlichen und privaten Flotten. Das BMVI geht hier mit gutem Beispiel voran.“

Typische Befürworter der Elektromobilität sind gebildet, technologieaffin und verfügen über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen – so die Zielgruppenanalyse des eMERGE-Projekts. Die Forscher erhielten auch eine interessante Erkenntnis zu den Ablehnern der Elektromobilität; je weniger die befragten Personen über Elektromobilität wussten, desto negativer deren Urteil. Weiteres Ergebnis der Studie: Der Anschaffungspreis ist ein

Die Erprobung des Plug&Charge-Ladens bei Teilnehmern mit eigener Photovoltaik-Anlage bildete einen weiteren Forschungsschwerpunkt. Plug&Charge bedeutet, dass der Ladevorgang automatisch startet, ohne dass eine zusätzliche Identifikation nötig ist. Mittels einer RWE-Wallbox gelang es, das intelligente Laden weiterzuentwickeln. eMERGE-Teilnehmer konnten ihre Ladestrategie anpassen, also etwa ihren smart fortwo electric drive genau dann laden, wenn genügend Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stand – in diesem Fall aus der eigenen Solaranlage. So können die Nutzer gleichermaßen komfortabel, intelligent und umweltbewusst laden.

Direkt im Anschluss an eMERGE startet eMERGE2. Bis zu 200 Autos werden im Rahmen dieses Nachfolgeprojekts eingesetzt. Die Fahrzeugflotte setzt sich zusammen aus dem batterieelektrischen B 250e und Plug-In Hybriden von Mercedes-Benz. Aufgrund der anderen Technik und der anderen Fahrzeugsegmente lassen sich andere Nutzungsmotive vermuten als beim smart fortwo electric drive. □

Schlussakkord für Bayerische Gartenschau in Alzenau:

## Bleibender Mehrwert

Einladend, bayerisch und vielfältig präsentierte sich die Gartenschau-Stadt Alzenau an überwiegend sonnenreichen Tagen. Nach mehr als 2.000 Veranstaltungen ist das Sommermärchen nach 87 Tagen im Rahmen einer offiziellen Schlussfeier zu Ende gegangen.

Im Generationenpark übergab Alzenaus Bürgermeister Dr. Alexander Legler die Gartenschau-Fahne an Thomas Herker, Erster Bürgermeister der Stadt Pfaffenhofen, wo 2017 die nächste „Natur in der Stadt“ stattfinden wird. Auch in Pfaffenhofen ist die Gartenschau in die nachhaltige Stadtentwicklung integriert und wird unter dem Vorhaben, Pfaffenhofen wieder an die Ilm zu bringen, umgesetzt.

Über 270.000 Gäste besuchten die Gartenschau in Alzenau – ein großer Erfolg, wie Stadtoberhaupt Legler konstatierte. Nach seinen Worten wurde mit der Gartenschau „eine dauerhafte Bereicherung für unsere Stadt geschaffen, die weiter an Attraktivität und Image gewonnen hat“. Jeder investierte Euro habe sich gelohnt. Leglers Amtskollege Herker bezeichnete die im Zuge der Gartenschau geschaffenen Naherholungsflächen als „Werte für Generationen, die Ihnen nie jemand wieder nehmen kann“.

Etwa 80 Prozent des Gartenschauareals bestehen, etwa die Freizeitanlagen und der Rosengarten im Generationenpark oder die Themenbereiche

wie Wind- und Solargärten sowie die Methankühe im Energiepark. Auch die meisten Hecken und Stauden bleiben, zumal viele Kleingartenbesitzer ihr Gelände auf längere Zeit an die Stadt verpachtet haben. In der Grünfläche sollen auch immer wieder Feste veranstaltet werden.

Roland Albert, Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen, zeigte sich angesichts der herausragenden Beteiligung regionaler Vereine, Organisationen und Unternehmen stolz darauf, „dass unsere Akteure deutlich gemacht haben, was Verbundenheit mit der Heimat an Werten in sich birgt“.

Ehrengast Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags, meinte in ihrem Grußwort: „Gäbe es diese kleinen Landesgartenschauen nicht, man müsste sie erfinden.“ Gerade im ländlichen Raum seien sie enorm wichtig, ihre Förderung stehe bayernweit nicht in Frage. Stamm plädierte für ein Miteinander und die Verwurzelung der Menschen in der globalisierten Welt, was durch öffentliche Flächen wie die neu geschaffenen Parkanlagen gestärkt werde. DK



## Bestes Lindner Einsatzfoto gekürt

Im Frühling und Sommer suchte Lindner im Rahmen eines Fotowettbewerbs die besten Einsatzfotos von Geotrac und Lintrac. Mehr als 400 Fotos wurden eingeschickt. Die Entscheidung der Jury fiel nach intensiven Beratungen, ausschlaggebend waren die fotografische Qualität und die Action auf den Fotos.

Der Gewinner des Hauptpreises – einer Olympus-Kamera im Wert von mehr als 1.000 Euro – kommt aus Südtirol. Hannes Ebenkofler aus Ahornach im Pustertal überzeugte mit einem Foto, das seinen Lintrac bei Heuarbeiten im alpinen Gelände zeigt. Der Lintrac steht bei den Ebenkoflers seit Mai im Einsatz, mittlerweile wurden bereits mehr als 200 Einsatzstunden absolviert. Gemeinsam mit seinen Brüdern bewirtschaftet Hannes

Ebenkofler einen Grünlandbetrieb auf 1.400 Metern Seehöhe mit 12 Hektar Grünland und Wald. „Für den Lintrac haben wir uns aufgrund der Wirtschaftlichkeit entschieden, da er einen Traktor und einen Zweifachmäher ersetzt“, erklärt Bruder Andreas Ebenkofler. Und Foto-Sieger Hannes ergänzt: „Überzeugt hat uns schlussendlich die überlegene Straßenfahrt, da wir bis zu 20 Kilometer vom Hof entfernt arbeiten.“ □



### Neue Straßenwalze besteht Feuertaufe

Ihren ersten Test hat sie mit Bravour bestanden: Die neue „Kickgelenke-Kombiwalze“ des Fachbereichs Tiefbau Würzburg. In der Frankenstraße glättete sie den neuen Straßenbelag mit ihren 3,3 Tonnen Maximalgewicht im Nu. Mit ihrer Arbeitsbreite von 1,20 Metern ist sie auch ideal, um auf innerstädtischen Gehwegen zu arbeiten. Tiefbauchef Jörg Roth und Stadtbaurat Christian Baumgart begutachteten zusammen mit den Stadträten Joseph Hofmann, Uwe Dolata und Andy Puhl die Hamm Walze bei ihrem ersten Einsatz. Die drei Stadträte hatten während der Haushaltsberatung den Antrag gestellt, eine neue Straßenwalze zu beschaffen. □

## LADOG Der bewährte Allrounder unter den kommunalen Fahrzeugen

- Unterfluriger Motor, tiefer Schwerpunkt
- Enorm fahrstabiler Radstand
- Extreme Wendigkeit
- Permanenter Allradantrieb
- Leistungsstarker Geräteantrieb
- Moderne Motorentechnik



LADOG – einer für alles!

Gleich unverbindliche Vorführung vereinbaren!  
Tel. 0771 92350 • [info@bertsche-online.de](mailto:info@bertsche-online.de)



Bertsche Kommunalgeräte  
78199 Bräunlingen  
Hüfinger Straße 47  
[www.bertsche-online.de](http://www.bertsche-online.de)





**Auszeichnung der Firma Empl als „Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner“ - v. l.: Dr. Ralf Forcher, Daimler AG, Leitung Marketing, Sales & Services Mercedes-Benz Special Trucks, Herbert Empl, EMPL Fahrzeugwerk Ges.m.b.H., Geschäftsleitung Vertrieb Deutschland, Josef Christian Empl, EMPL Fahrzeugwerk Ges.m.b.H., Geschäftsleitung Vertrieb Österreich, Gerald Jank, Daimler AG, Leitung Werk Wörth und Geschäftsleitung Mercedes-Benz Special Trucks.**

#### Geotrac Supercup 2015 in Bayern:

## Heiße Zeiten bei heißen Temperaturen

Bei der Austragung des 19. Geotrac Supercup zum Abschluss des Karpfhamer Festes wurden wieder die besten Traktorfahrerinnen und -fahrer Deutschlands gesucht. Rund 50 Teilnehmer stellten sich dem schwierigen Parallel-Parcours und den strengen Augen der Jury. Die Traktorenprofis zeigten ihr Können auf der berühmten Hexenwippe und bewältigten selektive Kurven und anspruchsvolle Balanceakte.

Gefahren wurde mit zwei Geotrac 94ep, die mit einem Zetter und einem Frontmäherwerk von Pöttinger ausgestattet sind. Zur Verfügung gestellt wurden die

102 PS starken Traktoren vom Tiroler Landmaschinenspezialist Lindner. Hunderte Zuschauer verfolgten das Rennspektakel über den ganzen Tag. Letzten En-



Ein Fahrer beim 19. Geotrac Supercup.

#### 25 Jahre nach der Wiedervereinigung:

## Unimog-Fahrt durch deutsch-deutsche Geschichte

#### Frankenwald Tourismus bietet Exkursionen entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“

Unimog-Touren entlang der alten Kolonnenwege, Grenz-Geschichten auf dem „Grünen Band“ oder Führungen im Deutsch-Deutschen Museum - zum 25-jährigen Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung ist die Geschichte für Besucher im Frankenwald nach wie vor hautnah erlebbar. Im ehemaligen „Zonenrandgebiet“ warten auf speziellen Themenwegen sowohl interessante und erschreckende als auch kuriose und amüsante Anekdoten aus der Zeit des „Eisernen Vorhangs“.

Auf eine spannende Reise in die Vergangenheit geht es mit der Unimog-Grenzfahrt zu unterschiedlichen, historisch-relevanten Zielen. Begleitet von bewegenden Geschichten aus der Zeit der Teilung, passieren Besucher mit dem Allradtransporter den Kolonnenweg am ehemaligen Todesstreifen.

#### Biotopverbund

Während der rund zweistündigen Tour entlang der damaligen Grenze erfahren sie mehr über die Bestrebungen der DDR die Republikflucht ihrer Bürger zu verhindern. Die Fahrten mit drei bis vier Teilnehmern sind unter [www.grenzfahrten.de/tourenbuchbar](http://www.grenzfahrten.de/tourenbuchbar).

Wo früher Stacheldraht und Sperrgräben die Menschen voneinander trennten, ist der tatsächliche Grenzverlauf oft nur noch zu erahnen. Wie ein „Grünes Band“ zieht er sich heute durch die Landschaft und bietet als Deutschlands längster Biotopverbund mehr als 600 gefährdeten Tier- und Pflanzenarten einen geschützten Lebensraum. Ost und West ist buchstäblich wieder zusammengewachsen.

#### Grenzgänger

Thematisch aufbereitete Wander- und Radtouren verbinden die noch sichtbaren Relikte und historischen Spuren in Bayern, Thüringen und Sachsen miteinander. Auf geführten Grenz-Ge-

des blieb der Sieg bei den Damen wie bei den Herren in Bayern: Sieger bei den Herren wurde Georg Scharner aus Pittenhart, auf den Plätzen zwei und drei folgten Sascha Herbst und Fabian Hopf. Zur besten Fahrerin Deutschlands wurde Claudia Bruckmeier aus Pocking vor Anna Maier und Julia Kellerer gekürt.

#### Finale auf der Rieder Messe

Das große Europafinale des Geotrac Supercup findet am 13. September statt. Die letzte Qualifikationsmöglichkeit bietet sich an den Vorfinaltagen auf der Rieder Messe. Als Hauptpreis werden unter den Gewinnern der Damen- und Herrenwertung zwei neue stufenlose Lintracs ausgelost - einen Lintrac stellt Lindner für ein Jahr, den zweiten für drei Monate zur Verfügung.

#### Hohe Wendigkeit

Der Lintrac vereint Traktor, Hangmäher und Hoflader in einem Fahrzeug. Dank der 4-Rad-Lenkung ist der Lintrac außergewöhnlich wendig. Die hintere Achse kann bis zu 20 Grad einlenken. Durch den niedrigen Schwerpunkt besitzt der Lintrac überdies große Hangtauglichkeit bis zu 60 Prozent Steigung.

Weitere Informationen unter: [www.geotrac-supercup.at](http://www.geotrac-supercup.at)

#### Unimog-Aufbauerhersteller:

## „It's better together“ - Neue Form der Unimog Partnerschaft

„It's better together“ – unter diesem Programmnamen hat Mercedes-Benz die Zusammenarbeit mit seinen Aufbauerherstellern optimiert und hierzu zwei verschiedene Partner-Level eingeführt: für den „Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner“ gelten höhere Anforderungen als für den „UnimogPartner by Mercedes-Benz“. Basis der Bewertung ist ein Anforderungskatalog, der die Bereiche Vertrieb, Service, Qualität und Technik umfasst. Dazu hat sich im Vorfeld ein Team von Mercedes-Benz Special Trucks auf den Weg gemacht, um in persönlichen Gesprächen bei ausgewählten Aufbauerherstellern der Baureihe Unimog vor Ort zu erfahren, was diese sich von einem Partnerschaftsmodell erhoffen.

Möchte ein Aufbauerhersteller Partner werden, so kann er sich im Aufbauerhersteller-Portal registrieren und den Bewertungsprozess starten. Sollten Fragen hierbei aufkommen, so stehen Ansprechpartner des Herstellers, der Daimler AG im Werk Wörth, zur Verfügung.

#### Zertifikat für Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner

Die ersten Auszeichnungen für die Partnerschaften wurden auf den Messen Interschutz und Demopark übergeben. Auf der Interschutz wurde drei Mal das Zertifikat an die neuen „Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner“ übergeben und kurze Zeit später, auf der Demopark, erhielten sogar 13 Firmen ihre

Auszeichnungen als „Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner“.

#### 270 Auf- und Anbauerhersteller

Nach diesen ersten Auszeichnungen können sich nun die weltweit 270 im Mercedes-Benz Aufbauerhersteller-Portal gelisteten Unimog-Auf- und Anbauerhersteller für den Bewertungsprozess zum „UnimogPartner by Mercedes-Benz“ als Einstiegsebene registrieren lassen.

Als nächster Schritt soll Ende 2015 ein neues Portal im Rahmen der Unimog Partnerschaft online gehen. Dort wird jeder UnimogPartner by Mercedes-Benz und Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner mit Unternehmensinformationen und sei-

nen Produktlösungen dem gemeinsamen Kunden vorgestellt. Bereits im November auf der Agritechnica, der größten Agrarmesse der Welt, wird Mercedes-Benz Special Trucks die ausgezeichneten Partner verstärkt in den eigenen Messeauftritten integrieren.

#### Webspecial für gemeinsamen Auftritt

Sobald ein Aufbauerhersteller die Auszeichnung als „Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner“ oder als „UnimogPartner by Mercedes-Benz“ erhalten hat, kann das Unternehmen damit selbst aktiv kommunizieren und sich mit einem speziell entwickelten Label als ausgezeichnete Partner der Baureihe Unimog präsentieren.

Die Anwendungsbereiche dieser Partnerschaft für die Aufbauerhersteller erstrecken sich von Messeauftritten über die Gestaltung von Image- und Produktbroschüren bis zum Design der Website. Dazu erhält jeder Partner zusammen mit seiner Auszeichnung ein umfassendes Brand-Book zur Orientierung und als Anleitung.

Ein Webspecial wurde unter [www.its-better-together.com](http://www.its-better-together.com) ebenfalls eingerichtet.



## Überzeugt Kämmerer und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die neuen Kommunalprofis von Mercedes-Benz.

Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023) – Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. [www.neuerunimog.de](http://www.neuerunimog.de)



**Mercedes-Benz**  
Trucks you can trust

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)  
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)  
Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)  
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)  
KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)  
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Euregio Inntal Generalversammlung 2015:

## Forschung und Entwicklung stärken

Auch künftig wird die Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal eine wesentliche Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einnehmen. Wie Präsident Hubert Wildgruber, hauptberuflich Bürgermeister in Oberaudorf, bei der diesjährigen Generalversammlung in Kufstein erklärte, sollen Groß- und Kleinprojekte unterstützt und umgesetzt werden. Das wichtigste Instrument sei das Förderprogramm Interreg Österreich-Bayern, dessen Startschuss mit einer Auftaktveranstaltung in Rosenheim im April fiel.

Wie Geschäftsführerin Esther Jennings ausführte, sollen Forschung und Entwicklung in den Bereichen Hochschulen und Unternehmen auf- und ausgebaut werden. Weitere Zielsetzungen seien eine grenzüberschreitende touristische Entwicklung sowie eine Verbesserung der biologischen Vielfalt durch grenzüberschreitende Managementstrukturen von Schutzgebieten aller Art.

Die Vernetzung sei wichtig, um den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden. Darüber hinaus ließen sich über Interreg auch weiterhin grenzüberschreitende Initiativen und Projekte fördern. Erfreulich sei, dass die Europäische Union die Förderquote erhöhte und zwar auf bis zu 75 Prozent. Bei der grenzüberschreitenden Forschung und Entwicklung können es sogar bis zu 85 Prozent sein.

### Lenkungsausschüsse

Eine weitere Neuerung im Interreg Österreich Bayern 2014-2020 ist die Einrichtung von regionalen Lenkungsausschüssen. Sie entscheiden ab November 2015 erstmalig über Kleinprojekteansuchen. So wird die Euregio Inntal - Chiemsee - Kaisergebirge - Mangfalltal in Kooperation mit der Euregio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein den „Regionalen Lenkungsausschuss Mitte“ bilden.

Zu den erfolgreichen Projekten im vergangenen Jahr zählt Präsident Wildgruber zufolge die Euregio Inntal-Schulmesse - eine Idee, die im Jahr 2013 unter dem damaligen Euregio-Präsidenten Walter J. Mayr geboren wurde. In Kooperation mit der Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim und den Bildungsregionen Kufstein und Kitzbühel bietet die Euregio Inntal mit dieser Initiative ein Forum für den fachlichen Austausch und gemeinsame Ideenfindung.

2015 erlebte das Projekt die dritte Auflage. Das Motto in diesem Jahr war: „Jede Schule hat ihre Stärken – zeigen Sie Ihre“. Das taten dann auch rund 140 Mädchen und Jungen, die verschiedene Projekte präsentierten. Insgesamt waren 18 Teams aller Schultypen nach Kufstein gekommen. Im kommenden Jahr soll die Schulmesse in Rosenheim stattfinden.

Das Euregio Projekt „Gemeinsam lernen – Zukunft gestalten“ von vier Schulen aus Kufstein und Rosenheim erhielt sogar eine Auszeichnung. Je 15 Schülerinnen und Schüler aus den beiden Schulstädten beschäftigten sich in einem viertägigen Workshop mit der Konstruktion von Robotern und der Erprobung deren praktischen Fähigkeiten. Vom Bayerischen Kultusministerium gab es dafür den MINT-Preis 2014 für die Johann-Rieder-Realschule in Rosenheim.

Die Euregio setzt sich laut Wildgruber auch für den besseren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zwischen Bayern und Österreich ein. So gibt es z. B. keine öffentliche Verkehrsbindung zwischen Oberaudorf und Niederndorf. Wie eine aktuelle Erhebung zeigt, besteht dafür jedoch großer Bedarf seitens der Einheimischen und der Urlaubsgäste. Ziel ist es, einen ÖVPN-Ring-Taktverkehr zwischen Kuf-

stein, Kiefersfelden, Oberaudorf, Niederndorf, Ebbs und Kufstein einzurichten. Damit soll dem steigenden Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln in der Region entsprochen werden.

Sprichwörtlich langsam Fahrt nimmt die Suche nach einer Trasse für eine zweigleisige Neubaustrecke zwischen Langkampfen in Tirol und dem bayerischen Inntal dreieck auf. Wie Susanne Müller von der Deutschen Bahn darlegte, werden Deutsche Bahn und Österreichische Bundesbahn den Abschnitt unter Einbindung der örtlichen Vertreter gemeinsam planen. Wie die Trasse ab dem Inntal dreieck weitergeführt wird, sei derzeit völlig offen.

Müller stellte in Frage, ob alle Brennerzüge nach München fahren müssen. Wenn eine Neu-



Die neue Euregio-Geschäftsführerin Esther Jennings, eingerahmt von Präsident Hubert Wildgruber (r.) und Vizepräsident Professor Walter J. Mayr.

baustrecke, beginnend in Mühldorf über Regensburg nach Norden verlaufend, in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird, dann sei auch eine Trassenfindung vom Inntal dreieck in Richtung Mühldorf möglich. Der Bundesverkehrswegeplan soll frühestens Ende des Jahres vorliegen.

Weil für die Züge zum Brennerbasistunnel über viele Jahre nur die bestehende zweigleisige Strecke durch das Inntal zur Verfügung steht, begannen vor allem die bayerischen Vertreter in der Generalversammlung der Euregio Inntal eine Debatte über den Lärmschutz an der Bestandsstrecke. Einig waren sie sich darin, dass sie politischen Druck auf die Landes- und Bundespolitik

ausüben müssen, damit die Bestandsstrecke ertüchtigt wird.

Wildgrubers Fazit: „Das Thema wird uns Jahrzehnte begleiten.“ Derzeit fahren täglich 180 Züge auf der zweigleisigen Bahnstrecke durch das Inntal, bis zu 260 täglich sind möglich. Insgesamt hätten die vergangenen 17 Jahre Euregio Inntal gezeigt, dass schon mit kleinen Veränderungen Großes erreicht werden kann. Diese kleinen Schritte seien dazu in der Lage, nachhaltig eine engere Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tirol zu gewährleisten. So manche dieser Kooperationen habe in der Folge zu inhaltlich weiter gefassten, grenzübergreifenden Vorhaben geführt – ganz im Sinne der Devise: „Ein Weg entsteht, wenn man ihn geht.“ DK

## Ebersberg sichert Qualität und Nachhaltigkeit seiner Bildungslandschaft

**Bildung ist eines der zentralen Themen im Landkreis Ebersberg. Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Dazu möchte der Landkreis die Ergebnisse aus seiner Entwicklung zur ‚Bildungsregion in Bayern‘ nutzen und in ein ganzheitliches und nachhaltiges Bildungsmanagement überführen. Auf dem Weg dorthin baut der Landkreis Ebersberg auf die Unterstützung der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement.**

Eine gemeinsame Zielvereinbarung hält die Schwerpunkte der Zusammenarbeit fest: Ein wesentlicher Punkt ist der Ausbau der bestehenden Bildungsberichterstattung zu einem umfassenden kommunalen Bildungsmonitoring. Dies soll künftig Grundlage einer bedarfsbezogenen Bildungsplanung sein. Wichtig ist auch der Aufbau von Strukturen, damit sämtliche Bildungsakteure im Landkreis besser kooperieren und ihre Bildungsangebote entsprechend abstimmen können. Dabei soll die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Unterstützung erhält der Landkreis zudem bei der Weiterentwicklung des Bildungsportals.

Die Transferagentur, eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), ist Teil eines bundesweiten Netzwerkes, das Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Bildungsmanagements vor Ort berät. Dazu stellt sie dem Landkreis Ebersberg zum Beispiel Modelle bereit, die bereits in anderen Kom-

munen in Deutschland erfolgreich erprobt wurden und zu einer Verbesserung der Bildungsarbeit vor Ort beigetragen haben.

Tobias Schmidt, Leiter des Regionalbüros Süd der Transferagentur, freut sich auf die Zusammenarbeit: „Als ausgezeichnete Bildungsregion hat der Landkreis Ebersberg bereits eine optimale

Ausgangsbasis, um das kommunale Bildungsmanagement weiterzuentwickeln. Wir freuen uns, den Landkreis dabei zu unterstützen, den Bürgerinnen und Bürgern eine auf ihre Bedürfnisse hin optimierte Bildungslandschaft zu bieten.“

Für Landrat Robert Niedergesäß ist der Ausbau der Bildungslandschaft ein zentrales Thema: „Die Arbeit der Bildungsregion zeigt, dass wir Bildung gemeinsam gestalten können – auch über die Grenzen von Institutionen hinweg. Auf diese Weise leben wir das Leitmotiv ‚Bildung erleben‘ bei uns im Landkreis Ebersberg.“ □

### Günzburg:

## Lesefreunde auf Erfolgskurs!

Seit September im elften Kindergartenjahr

**Mit frühzeitiger Sprachförderung für Kinder, überwiegend mit Zuwanderungsgeschichte, ergänzt der Landkreis Günzburg mit dem Projekt „Lesefreunde“ nun schon im elften Kindergartenjahr die wertvolle Arbeit in den Kindertagesstätten in der Familien- und Kinderregion.**

Waren es im Januar 2006 fünf Kindertagesstätten, die mit 15 Ehrenamtlichen gestartet sind, sind über die Jahre viele weitere Einrichtungen hinzugekommen, von

Leipheim-Riedheim im nördlichen Landkreis bis hin zu Thannhausen im Süden werden dialogisch mit Kindern ein bis zwei Mal in der Woche Bilderbücher in der Kleingruppe betrachtet.

Auf die stolze Anzahl von 101 Lesefreundinnen und Lesefreunden kann das Projekt im Landkreis Günzburg mittlerweile verweisen, die mit Freude und Einsatz dabei sind. Ehrenamtliche Lesefreundinnen und Lesefreunde schauen mit Kindern Bilderbücher an, lesen Geschichten und sprechen mit ihnen darüber. Im Mittelpunkt steht dabei nicht das Buch, sondern der Dialog, die aktive Einbeziehung der Kinder und ihrer Gedanken sowie Erfahrungen. So werden in einer kleinen Gruppe sowohl die Sprache als auch die Persönlichkeit und die Phantasie der Kinder gleichermaßen gefördert.

Herzlich eingeladen als „Lesefreund“ sind, egal ob Mann, Frau, Mutter, Vater, Senior, Seniorin, Oma oder Opa – alle die Freude an Büchern, am Lesen und natürlich an Kindern haben. haj

## Optimierte PV-Eigenstrom-Nutzung

Tagesseminar für Energieberater und Kommunen

Wie lässt sich selbst erzeugter Strom optimal nutzen? Welche Möglichkeiten bieten dabei Batteriespeicher und Elektromobilität? Diese Fragen beantwortet der Verein renergie Allgäu in einem Tagesseminar am 17. September von 9 bis 17 Uhr im Restaurant Lindenberg in Buchloe.

Vormittags geht es um Wirtschaftlichkeit, Lastmanagement und Betreiberkonzepte; nachmittags werden praktische Beispiele für die Berechnung von Batteriespeichermöglichkeiten und -größen sowie eine Kombination mit elektrobetriebenen Fahrzeugen vorgestellt.

Die Veranstaltung richtet sich an Gewerbetreibende, Privatleute, Installateure, Ingenieure, Architekten, Energiegenossenschaften, kommunale Vertreter und Dienstleister. Das Seminar wird mit acht Unterrichtseinheiten für die Energieeffizienzliste für Förderprogramme des Bundes angerechnet.

Teilnahmegebühr: 150 Euro / 95 Euro für renergie-Mitglieder und Energieberater.

Weitere Infos unter: [www.renergie-allgaeu.de](http://www.renergie-allgaeu.de) □

Kleines Stadttheater Gerolzhofen:

## Juwel in der Theaterlandschaft

Das Kleine Stadttheater Gerolzhofen rückte in den vergangenen Jahren die unterfränkische Kommune weit über die Region hinaus ins Rampenlicht und hat sich in der Kulturlandschaft fest etabliert. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des Kriegsendes wurde in Gerolzhofen nun ein ganz besonderes Freilichttheaterstück uraufgeführt, das schon im Vorfeld bayernweit Beachtung gefunden hatte: „Fräulein Schmitt und der Aufstand der Frauen“, ein „Drama mit grotesken Zügen“ am Originalschauplatz nach einem Stück von Roman Rausch.

Das Stück am Marktplatz handelte von der Gerolzhöfer Stadtgeschichte: Am 6. April 1945 forderten 1000 Gerolzhöfer Frauen und Kinder unter Lebensgefahr die kampflöse Übergabe der Stadt. An der Spitze des „Frauenaufstandes“ stand die Lehrerin Josephine Schmitt. Die Stadt Gerolzhofen würde ohne den damaligen Einsatz beherrzter Frauen und Kinder nicht so aussehen wie sie heute aussieht. Bei diesem Theaterstück spielten Gerolzhöfer Bürger unterstützt von professionellen Schauspielern ihre eigene Geschichte.

Kein geringerer als der bayerische Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, hatte die Schirmherrschaft für die Auführungen an vier aufeinanderfolgenden Tagen übernommen. In seiner Zusage schrieb er: „Dieses Theaterprojekt ist einzigartig und nimmt mutig einen bisher vernachlässigten geschichtlichen Aspekt unserer Vergangenheit in den Fokus. Es ist aber auch ein Statement gegen das Vergessen und für den Frieden.“

2010 wurde das freie Amateurtheater von Silvia Kirchhof, der Regisseurin und Leiterin des Kleinen Stadttheaters Gerolzhofen, gegründet. Die erste Produktion war „Das große Welttheater Gerolzhofen“ nach Hugo von Hofmannsthal, das viermal in der Stadtpfarrkirche aufgeführt wurde. Darauf folgte im Jahr 2011 ein lyrisch-poetischer Abend mit „Morgensstern“, Ringelnetz- und Tucholsky-Gedichten und Liedern im historischen Rathaus. Im Oktober 2012 hob sich der Vorhang für die Komödie „Pension Schöllner“ im katholischen Gemeindezentrum.

Für das Jahr 2013 stand „Nathan der Weise“ im evangelischen Gemeindezentrum auf dem Programm. Außerdem gab es eine Inszenierung im September 2013 im Nachbardorf Frankenwinheim nach einer historischen Vorlage aus dem 30-jährigen Krieg. Friedrich Röhl, ein pensionierter Lehrer, hat einige Jahre an diesem Stück „Der Obrist Vorbusch in Frankenwinheim“ gearbeitet. Es entstand ein gelungenes Bühnenstück in fränkischer Mundart, das unbedingt aufgeführt werden sollte. 2014 arbeitete ein Teil des Ensembles am Stück „Der Brandner Kaspar schaut ins Paradies“. Es gab 11 Aufführungen in der Spitalkirche.

Silvia Kirchhof arbeitet bei jedem Theaterstück mit Bürgern aus Gerolzhofen und jeweils einem professionellen Schauspieler. Zurzeit besteht das Ensemble aus etwa 75 ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Mit Mitteln aus dem Bayerischen Kulturfonds förderte der Freistaat Bayern die diesjährige Aufführung „Fräulein Schmitt und der Aufstand der Frauen“. Bewilligt wurde ein Zuschuss bis zur Höhe von 25.000 Euro – ein sehr wichtiger Baustein für das neue Stück des Kleinen Stadttheaters Gerolzhofen, das in finanzieller Hinsicht die bisherigen Projekte übertrugte: Das Freilichttheater auf dem historischen Marktplatz von Gerolzhofen verlangte eine deutlich aufwendigere Bühne und einen größeren Zuschauerraum. Aber auch die sehr große Zahl an Akteuren in historischen Kostümen wollten geschult sein.

„Ich freue mich und bin stolz über diese herausragende Würdigung“, betonte Bürgermeister

Thorsten Wozniak. „Der Freistaat Bayern zeichnet damit auch das ungewöhnlich hohe bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt aus.“

Silvia Kirchhof wiederum hatte sich im Vorfeld erfreut gezeigt, dass es möglich sei, nach der Romanvorlage von Roman Rausch ein Stück Zeitgeschichte auf die Bühne zu bringen. Gerade am Originalschauplatz und unter freiem Himmel werde dies zu einem ganz besonderen Erlebnis. Zugleich sei dies ein wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur.

Den besonderen Dank seitens der Stadt Gerolzhofen wie auch des Stadttheaters sprachen Wozniak und Kirchhof Staatssekretär Gerhard Eck aus, der durch seinen persönlichen Einsatz die wichtige Förderung unterstützt habe. DK

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

Bankverbindungen:

Kreis- und Sparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Von links: Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Heinz Brenner, Leiter des Siemens-Regionalreferats Erlangen/Nürnberg, 1. Bürgermeister Franz Stahl, Heribert Trunk, Vorstandsmitglied Wirtschaft für die Metropolregion e.V., Landrat Armin Kroder, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg, OB Dr. Harald Fichtner, Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Wirtschaftsvorsitzender der Metropolregion (halb verdeckt), Dr. Wolfgang Streitenberger, Conseiller/Senior Adviser des EU-Generaldirektors für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, OB Brigitte Merk-Erbe, Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Lehmann, Präsident der Hochschule Hof, Sevala Naik, Indischer Generalkonsul und Landrat Gerhard Wägemann. Bild: Kulturidee/Jochen Bake

Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg:

# Chancen für die Region

Unter dem Motto „Wissenstransfer. regional - national – international“ lud der 9. Wissenschaftstag der Europäischen Metropolregion Nürnberg dieses Jahr nach Hof. Über 800 Entscheider und Multiplikatoren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bildung nutzten die größte Einzelveranstaltung der Metropolregion Nürnberg zum Netzwerken und erörterten Megatrends.

Wie Hof's Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner in seiner Begrüßung feststellte, biete die oberfränkische Stadt, die sich wirtschaftlich, aber auch als Wissenschaftsstandort stetig im Wachstum befinde, die optimalen Voraussetzungen, dass die diskutierten Themen auf fruchtbaren Boden fielen. Der Ratspräsident der Metropolregion Nürnberg, Landrat Armin Kroder (Nürnberger Land), wies darauf hin, dass die Metropolregion Nürnberg schon heute eine der innovativsten Regionen Deutschlands darstelle. So liege der Patent-Innovations-Index, der die Zahl der Patentmeldungen ins Verhältnis zu Bevölkerung, Anzahl der Unternehmen und zum Anteil am Bruttoinlandsprodukt setze, in der Metropolregion Nürnberg doppelt so hoch wie im deutschen Durchschnitt. Die Region verfüge damit sozusagen über „doppelte Innovationskraft“.

Vernetzung

Im Zentrum des Wissenschaftstags standen die Chancen des bevorstehenden demografischen Wandels, internationale und nationale Vernetzung sowie Energiegewinnung. Die Auswirkungen des demografischen Wandels zeigen sich bundesweit. Wie Digitalisierung und regionale Kooperationen Lösungen bieten können, zeigten mehrere Umsetzungsbeispiele: Landkreise und ihre Gemeinden erhöhen durch Dienstleistungsnetzwerke Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns. Bürgerinnen und Bürger profitieren von digitalen Gesundheits- und Pflegeangeboten in ländlichen Räumen.

Dialoge initiieren

Wie Stefan G. Reuß, Landrat des Werra-Meißner-Kreises, betonte, zeichne erfolgreiche Kommunen aus, dass sie die lokalen Trends und Entwicklungen genau kennen, ressortübergreifend denken und handeln, den Dialog initiieren und Akteure zusammenbringen, den Diskussionen Struktur und ihren Bürgern Freiraum zum Gestalten geben, den Aufbau lokaler Verantwortungsgemeinschaft fördern und die interkommunale Zusammenarbeit verstärken.

Als mögliche Felder von Verwaltungskooperationen nannte Reuß Finanzverwaltung/Kasse, Personalwesen, Informationstechnik, Gebäudeverwaltung und Verwaltungs-Innovationen. Erfolgsfaktoren seien die Unterstützung der Zusammenarbeit durch

die Leitungen der beteiligten Verwaltungen, Change Management durch gezielte Kommunikation mit den Mitarbeitern sowie eine Kooperation auf Augenhöhe.

Vorsorge

Wie Vorsorge für einen guten Lebensabend aussehen kann, zeigte Prof. Dr.-Ing. Dietmar Wolff, Hochschule Hof, anhand der „Vision 2030“ für Hochfranken auf. Als Ziele im Bereich Pflege formulierte er eine bessere Vernetzung der professionellen Pflege mit anderen Pflegeformen (Angehörige, Nachbarn etc.) Zudem müsse die sehr komplexe Beratung über die Pflege zwischen den einzelnen Pflege-Anbietern besser koordiniert bzw. strukturiert werden. Die Sicherstellung der gleichrangigen Versorgung von Stadt und Land, verstärkte Prävention und Gesundheitsförderung, eine bessere Koordinierung von gemeindlichen Maßnahmen zur pflegerischen Versorgung (Masterplan für geplante Pflege- und Versorgungs-einrichtungen etc.) und eine Absicherung des Bedarfs an qualifizierten Pflegekräften wurden ebenso genannt.

Versorgungsverbund

Zudem muss laut Wolff verhindert werden, dass ältere Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt zu häufig oder zu schnell in eine stationäre Versorgung gelangen. Vorteilhafter sei es, eine bessere teilstationäre oder ambulante Versorgung zu entwickeln und einen Versorgungsverbund zu schaffen. Darüber hinaus müssten Vorkehrungen getroffen werden, um auch ältere Menschen mit Migrationshintergrund pflegerisch zu versorgen.

Im Bereich Wohnen müssten wiederum spezielle Impulse gegeben werden zur Schaffung von hochwertigen Senioren-Wohnungen (Rückwanderung Landhaus zur Stadtwohnung). Auch sei das Augenmerk darauf zu legen, innovative Wohnformen wie Wohngemeinschaften zu ermöglichen. Von Vorteil könne zudem die Schaffung einer Informations- und Dienstleistungsstelle sein, in der ältere Menschen auf ihrer Wohnungssuche beraten und begleitet werden.

Prof. Dr. Michael Seidel von der Hochschule Hof, der sich zu Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung äußerte, wies darauf hin, dass die kreative Klasse zum Schlüsselfaktor der Prosperität von Regionen wird. Die Attraktivität einer Region spiele bei der

Berufswahl zukünftig eine entscheidende Rolle. Das Leitbild gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen gerate zunehmend zur Utopie. Eine nachhaltige Positionierung ländlicher Regionen im Wettbewerb gelinge nur mit einer neuen strategischen Regional Governance.

Limitionaler Faktor

Seidels Prognose: „Der Fachkräftemangel wird zum limitationalen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit in ländlichen Regionen.“ Der Arbeitsmarkt werde zum Käufermarkt: So werden sich nach Ansicht des Professors künftig Firmen bei Hochqualifizierten bewerben. Auch werde der Engpass für die Regionalentwicklung künftig weniger bei den Finanzen liegen, als bei den klugen Köpfen. Es sei von entscheidender Bedeutung zu wissen, wie junge Talente „ticken“: Eine Studie der Hochschule Hof habe hierzu die Präferenzen von Studierenden kurz vor Studienabschluss untersucht. **DK**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ein tolles Zeugnis stellen diese Frauen und Männer unserem Land aus durch ihre Hilfsbereitschaft, ihre Empathie und ihren unbedingten Willen, die Fähigkeit zur perfekten Organisation und Ablaufplanung in den Dienst der Flüchtlinge zu stellen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam gerade zurück von einem Treffen mit Freiwilligen und Vertretern der Hilfsorganisationen, die sich in unserer Stadt um die Neuankömmlinge kümmern.

Wie in ganz Bayern sind auch bei uns der Bürgermeister und die Kommunalverwaltung praktisch rund um die Uhr im Einsatz, um die Versorgung, Unterbringung und die weiteren Hilfen für die vielen Tausend, die in unserem Land Schutz suchen, zu organisieren. Das gibt zwar keine so spektakulären Bilder wie die von der spontanen Hilfsbereitschaft der Münchne-



Auch diese Länder brauchen Hilfe. Natürlich gibt es auch Resentiments – bei uns wie anderswo. Aber das Dunkeldeutschland, das unser Bundespräsident in denen sieht, die aus Fremdenfeindlichkeit, sozialen Ängsten oder purer Lust an Provokation oder Aggression gegen Flüchtlinge hetzen, findet bei uns keinen spürbaren Widerhall.

Je länger der Zustrom anhält, umso dringender wird es, grundsätzliche Fragen zu stellen. Wie viele werden tatsächlich auf Dauer bei uns bleiben? Wir wissen, dass beileibe nicht alle, die jetzt kommen, ein Bleiberecht für sich beanspruchen können. Viele wollen von sich aus weiter, nach Kanada oder Australien. Bisher ist neben einem starken Zustrom nach Deutschland immer auch ein starker Wegzug von hier zu verzeichnen.

Brauchen wir neben der unkontrollierten, fast zufälligen Zuwanderung durch Flüchtlinge einen geregelten Zuzug, etwa für Qualifizierte oder auch für die Grundberufe im Handwerk? Welche Strukturen brauchen wir nur temporär, welche dauerhaft, etwa in den Schulen Klassen für nicht-deutschsprachige Kinder und Jugendliche? Werden die, die bleiben, bei uns ethnisch homogene Bevölkerungsteile bilden oder können wir sie integrieren? Welche Angebote kann Deutschland machen, das mit seiner gebrochenen Geschichte sicherlich schwerer eine Bindung durch eine nationale oder zivilisatorische Idee herstellen kann, als etwa Frankreich oder die USA?

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß nur eins: Wenn viele bleiben, wird dies unser Land und unsere Stadt verändern. Nicht nur, weil wir Wohnungen oder Infrastruktureinrichtungen brauchen, sondern weil wir uns noch stärker damit auseinandersetzen müssen, was das Zusammenleben in Deutschland eigentlich ausmacht. Welche Werte, Normen, Verhaltensweisen sehen wir als grundlegend an, die wir nicht zur Disposition stellen wollen? Eine spannende Diskussion steht bevor, die uns auch etwas über uns selbst lehren wird. Vorerst twittere ich dem Chef einen optimistischen Satz des mittelalterlichen Königs Stephan dem Großen von Ungarn: „Ein Land mit nur einer Sprache und einer Sitte ist schwach und gebrechlich. Darum ehre die Fremden und hole sie ins Land.“



## Dauerhafte Hilfsbereitschaft

rinnen und Münchner am Hauptbahnhof anlässlich der Ankunft der Flüchtlinge, die Ungarn nicht ausreichend versorgen konnte. Die Hilfe in unseren Städten und Landkreisen macht auch keine Schlagzeilen wie die Millionenspenden durch Fußballklubs, Sportler oder Künstler. Aber es könnte einem das Herz aufgehen, wenn man die Lehrlinge und Schüler neben den rüstigen Rentnern sieht, die einfach nur einem menschlichen Antrieb folgen, dem Nächsten in Not zu helfen.

Dabei sind auch ältere Menschen, die selbst als Vertriebene oder Spätaussiedler das Schicksal des Verlustes der Heimat und der Entwurzelung kennen. Einige berichten ohne Bitterkeit, dass es im armen Nachkriegsdeutschland keine „Refugee-Welcome“-Kultur gegeben habe, sondern sie sich in der neuen Heimat durchbeißen mussten. Aber jetzt, nachdem man in Wohlstand und beispiellos sozialer Sicherheit leben, wollen man andere Schicksale erträglicher machen. Das sollte man sich auch vor Augen führen, bevor man Länder wie Ungarn oder Griechenland für ihren Umgang mit Flüchtlingen verurteilt. Diese Länder haben bei weitem nicht das Wohlstandsniveau, das wir erreicht haben und deshalb fällt es ihnen naturgemäß schwerer, mit dem Ansturm auf ihre Grenzen fertig zu werden.

## Schnelles Internet über das TV-Kabel

Breitband-Infrastruktur für 3.200 Haushalte in Dollnstein, Mörsheim, Solnhofen und Wellheim

Ab Mitte September 2015 sind in Dollnstein, Mörsheim, Solnhofen und Wellheim erstmals schnelles Internet und Telefonie über das TV-Kabel verfügbar. Den Grundstein für die Investitionsentscheidung legten die Bürger der Gemeinden selbst. Mit hohem Engagement hatten sich Bürgermeister der vier Kommunen für eine leistungsfähige Breitband-Anbindung ihrer Gemeinden eingesetzt. Die ursprüngliche Ablehnung zur Aufrüstung des Kabelnetzes mit superschnellem Internet, konnte durch die Sammlung von über 1300 Interessenten revidiert werden.

Um die neuen Angebote über das Kabelnetz zu ermöglichen, investierte Kabel Deutschland und rüstet aktuell das Kabelnetz in Dollnstein, Mörsheim, Solnhofen und Wellheim auf, ohne dass die Gemeinden einen Beitrag dazu leisten mussten. Damit erhalten insgesamt 3.209 Haushalte, das sind über 90% aller Haushalte der 4 Gemeinden, den Anschluss an das schnelle Internet. Dadurch kommen zukünftig nicht nur TV und Radio, sondern auch Internet



V. l.: Die Landtagsabgeordneten Eva Gottstein und Tanja Schorer-Dremel, Bundestagsabgeordneter Reinhard Brandl, Staatsminister Markus Söder, die Bürgermeister Richard Mittl und Robert Husterer, Annette Schumacher von Kabel Deutschland, Bürgermeister Wolfgang Roßkopf, Regierungsdirektor Daniel Kleffel und Landrat Anton Knapp.

und Telefon über das Kabelnetz. Kabelkunden haben dann die Wahl zwischen verschiedenen Internetgeschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s.

Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder sagte zum Start des neuen Hochgeschwindigkeitsnetzes: „Moderne TV-Kabelnetze und die eigenwirtschaftliche Aufrüstung dieser Netze sind ein wichtiger Baustein bei der Versorgung ländlicher Kommunen mit schnellem Internet.“ 3.200 Haushalte werden durch Kabel Deutschland ohne öffentliche Förderung erschlossen. Für die verbleibenden Haushalte sind bereits alle vier Gemeinden in das Förderprogramm des Freistaats eingestiegen. „Wir haben hier ein Musterbeispiel im Zusammenspiel von Wirtschaft und Staat. Bald können alle Haushalte in den vier Gemeinden von schnellem Internet profitieren“, freute sich Söder. Stellvertretend für die vier Bür-

germeister der kommunalen Allianz erklärt Richard Mittl, Bürgermeister der Gemeinde Mörsheim: „Wir Bürgermeister der kommunalen Allianz haben uns mit aller Kraft für diese neue Internetverbindung engagiert und freuen uns sehr, dass bald einem großen Teil der Bürger in unseren vier Gemeinden diese schnellen Internetanschlüsse zur Verfügung stehen.“

Laut Annette Schumacher, Kabel Deutschland, „haben wir in den letzten Jahren über zwei Milliarden Euro in die Verbesserung der Internet-Infrastruktur und den Netzausbau investiert. So konnten wir eigenwirtschaftlich für rund zwei Drittel der bayerischen Haushalte echtes Hochgeschwindigkeits-Internet mit 100 Mbit/s realisieren. Damit haben durch uns zahlreiche kleinere Gemeinden in ländlichen Gebieten ohne staatliche Förderung Zugang zu schnellem Internet erhalten.“

## Zusatzschilder für touristische Hinweistafeln

Mit einem zusätzlichen Schild werden touristische Sehenswürdigkeiten in Ostbayern demnächst als Teil der „Euroregion Donau-Moldau“ gekennzeichnet.

Das Innenministerium und die Autobahndirektion Südbayern haben keine Einwände gegen einen Antrag des Passauer Landrats Franz Meyer erhoben. Er hatte angeregt, an den bestehenden braunen Tafeln, die an den Autobahnen auf touristische Attraktionen hinweisen, entsprechende Zusatzschilder anzubringen.

In Absprache mit dem Innenministerium schlägt die Autobahndirektion nun vor, die Zusatzschilder an folgenden Hinweisschildern anzubringen: „Die gotische Stadt Landshut (A 92), „Welterbe Regensburg“ (A 3) und an den drei Schildern „Bayerischer Wald“ (A 92 und in beiden Fahrtrichtungen A 3). Die Kosten für die Zusatzschilder dürften - je nach Aufwand - zwischen 2000 und 10.000 Euro liegen, teilte die Autobahndirektion Landrat Franz Meyer mit.

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

# Mit vereinten Kräften für bezahlbares Wohnen

Die Zusammenarbeit von Kommunen und Wohnungswirtschaft stand im Zentrum einer Veranstaltung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München in Unterhaching. Vertreter privater Wohnungsbaugenossenschaften und -unternehmen präsentierten Bürgermeister, Gemeinderäten und Baamtleitern der Region beispielhafte Projekte aus der Praxis.

In seiner Begrüßung plädierte PV-Geschäftsführer Christian Breu für eine deutlich stärkere Wohnungsbautätigkeit in der Region München auf allen Ebenen. Gerade für niedrigere, aber auch mittlere Einkommensgruppen fehle es an Wohnraum. Allein in den nächsten Jahren sei mit rund 10.000 zusätzlichen Einwohnern zu rechnen – die dramatisch angestiegenen Flüchtlingszahlen noch nicht berücksichtigt, hob Breu hervor.

Preiswerten Wohnraum in der Region München zu schaffen und zu erhalten – dafür steht laut Ludwig Wörner, Vorstand der Wohnungsgenossenschaft München-West eG, die Genossenschaftsidee. Die WGMW investiere jährlich fünf bis acht Millionen Euro in die Sanierung und Instandhaltung. Alle zwei Jahre gebe es Mieterhöhungen über den Gesamtbestand in Höhe von 1,5 Prozent. Wo möglich, verdichte die Genossen-

schaft mit Blick auf alten- und behindertengerechtes Bauen maßvoll nach. So könnten etwa ältere Menschen in vertrauter Umgebung bleiben, was das Gemeinschaftsgefühl stärke. Um die Hausgemeinschaft zu unterstützen und Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen, wird das Augenmerk insbesondere auf die Sozialarbeit in den Wohnanlagen gelegt.

## Politischen Willen entwickeln

Wie Birgit Eckert-Gmell, Geschäftsführerin der ehemals gemeinnützigen IGEWO GmbH & Co. Wohnungsunternehmen KG feststellte, müssen die Kommunen den politischen Willen entwickeln, bezahlbaren Wohnraum entstehen zu lassen, „sonst ist Wohnen bei uns für die meisten nicht mehr bezahlbar“.

Nach Eckert-Gmells Erläuterungen soll der Belegrechtsanfall dem Wegfall geförderter Wohnungen entgegenwirken. Gemeinsam mit der Stadt Mün-

chen führt die IGEWO bestehende Wohnungen wieder in die Belegungsbindung zurück. Die Kommune zahlt zu Belegungsbeginn Geld für entgangene Mieten und erhält im Gegenzug die Belegungsrechte. So sei ohne Neubautätigkeit preiswertes Wohnen im Bestand möglich. Beim konzeptionellen Mietwohnungsbau verkauft die Kommune Bauland zu einem vergünstigten Festpreis. Die IGEWO errichtet neue Wohnungen und muss diverse planerische Kriterien und Auflagen einhalten, etwa eine gedeckelte Miete.

## Erprobung des Konzeptionellen Mietwohnungsbaus

Als Maßnahme gegen steigende Grundstückspreise und für stabile Mieten will die Stadt den konzeptionellen Mietwohnungsbau an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet erproben. Die ersten Pilotprojekte wie der KMB im Münchner Prinz-Eugen-Park sind auf den Weg gebracht. Ende 2013 wurde das Projekt in Zusammenarbeit von Stadtplanung, Kommunalreferat und Wohnungswirtschaft vom Stadtrat verabschiedet.

Eckert-Gmell zufolge erfordert beim KMB das Umsetzen der Konzepte und Einhalten der Auflagen Einsatz, jedoch sei dies eine gute Möglichkeit für

### Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt die Zeitschrift „Mikado“ bei. Zudem präsentiert der Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH eine Eigenbeilage zum Bayerischen Sparkassentag 2015. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bestandhalter, sich für kommunale Grundstücke zu bewerben und qualitätsvollen Wohnungsbau zu realisieren. Zwar könne die Kommune nicht zum Höchstpreis verkaufen, jedoch erhalte sie bezahlbare Mietwohnungen sowie soziale und ökologische Qualitäten in ihrer Gemeinde.

## Wohnungsgenossenschaften

Unter dem Titel „Eisenbahner-Baugenossenschaften im Wandel der Zeit – Wohnraumversorgung für Alle?“ befasste sich Karl-Heinz Holzwarth, Qualitätsbeauftragter des DB-Konzerns für den Freistaat Bayern, unter anderem mit der Problematik der Wohnungsgenossenschaften. Diese besitzen nach seinen Worten noch viele Grundstücke im Erbbaurecht mit der Bundesverwaltung. Zudem konnten Genossenschaften im Zuge der Bahnreform keine Grundstücke erwerben, weshalb es nicht möglich war, Eigentum

zu bilden. Auch floss ein hoher Anteil der Einnahmen in die Bestandssanierung, was mit einem vermeintlichen Schutz der Investitionen durch Erbbaurechtsverträge einhergeht. Außerdem erfolgt bei Kaufanträgen die europaweite Ausschreibung zum Marktwert, weshalb Genossenschaften nur mit hohem finanziellen Aufwand Erwerber werden können.

Holzwarth schilderte im Anschluss Möglichkeiten, DB-Mitarbeiter mit Wohnraum in München zu versorgen – sowohl aus Sicht der Eisenbahner-Baugenossenschaften als auch aus Sicht der DB AG. Die DB AG etwa prüfe gerade den Bau von Appartements auf DB-Grund im nördlichen Umland mit einem Investor. Die ebm Eisenbahner-Baugenossenschaft München Hbf eG plane ihrerseits Neubauten mit geförderten Wohnungen in der Messestadt Riem und eine umfassende genossenschaftliche Bebauung im Münchner Westend. **DK**

### Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 24. September 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.gemeindezeitung.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgaben 73 - 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

## 3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Stadthalle Neusäß  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
www.bayerisches-breitbandforum.de

### Computer Netzwerke

**Die Netzwerkprofis** **crystal**  
GmbH

Ihr Partner für alles rund um Netzwerke – von Entwurf zu Umsetzung und mehr. *The experts for networks.*

Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

### Fahrradabstellanlagen

**LANGER** s. Wartehallen/Außenmöblierungen

**Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:**  
**Constanze von Hassel**  
Telefon 081 71.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

**Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:**  
**Theresa von Hassel**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Gebäudedienstleistungen

**Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung**

seit 1910

**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

NÜRNBERG 2015

## KOMMUNALE

14./15. Okt. 2015

9. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF

Messe Nürnberg [www.kommunale.de](http://www.kommunale.de)

Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

### Gewerbebau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

**Sie finden uns auf Twitter und Facebook:**

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe**

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) | [www.eibe.net](http://www.eibe.net)

### Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg-Lengfeld, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) Bayern Labo

Frühjahr 2016

## 4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzsysteme  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem

## KRENZER

... clevere Raumkonzepte

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Tel.: 0 27 71/32 08-0 · E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de) · [www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe**

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) | [www.eibe.net](http://www.eibe.net)

23. Juni 2016

## 9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER

Wartehallen 05326/502-0

38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung

beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshandel für

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Bayerischer Sparkassentag 2015 in der Freiheitshalle in Hof.

## BAYERISCHER SPARKASSENTAG 2015 IN HOF: MENSCHEN VERSTEHEN. ZUKUNFT DENKEN. SICHERHEIT GEBEN.

**G**eänderte Rahmenbedingungen in der deutschen Bankenlandschaft erfordern ein Umdenken auch in der Sparkassenorganisation. „Herausforderungen sind Chancen in Arbeitskleidung“, betonte SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer beim Bayerischen Sparkassentag in Hof. Er versicherte, der Sparkassenverband Bayern werde diesen Wandel aktiv gestalten und die Themen der Zukunft konsequent angehen.

Kunden setzten der klassischen Geschäftsstelle das Online- und Mobile-Banking gegenüber, die Zinsen seien auf Nulldiät gesetzt und die europäische Bankenregulierung schlage zusehends über die Stränge. „Alle diese Herausforderungen werden wir gut bewältigen. Die bayerischen Sparkassen werden ihren Auftrag auch in den kommenden 200 Jahren zuverlässig erfüllen. Unsere Stärke ist dabei neben unserer Präsenz in der Region das über Jahrzehnte gewachsene Vertrauen“, unterstrich Netzer.

Kritik übte der Präsident an der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Das Sparen werde entwertet und der Reformdruck auf EU-Staaten mit Finanzproblemen sinke. Außerdem leiden Stiftungen, Lebensversicherer und Bausparkassen unter der EZB-Geldpolitik. Die bayerischen Sparkassen erwarteten daher in diesem Jahr ein sinkendes Betriebsergebnis. Auch die europäischen Regulierungsvorschriften drückten auf das Ergebnis und der Verwaltungsaufwand nehme zu.

Als in einigen Bereichen vollständig misslungen wertete Netzer die Bankenregulierung. Beispielfhaft nannte er „überzogene Anforderungen“ durch das Beratungsprotokoll. Zudem sei die Arbeitsteilung zwischen EZB und nationalen Aufsichtsbehörden sehr unscharf. Groteske Züge nehme die Ausweitung des europäischen Meldewesens an. „Wenn wir Sparkassen bei der Kontoüberziehung eines Kunden um 100 Euro ein 150 Felder umfassendes Formular ausfüllen und an die EZB schicken müssen, läuft etwas falsch“, urteilte der SVB-Präsident.

### VERÄNDERTE KUNDENANSPRÜCHE

Als eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen der Sparkassen bezeichnete er die fortschreitende Digitalisierung und damit einhergehend veränderte Kundenansprüche. „Darauf gehen wir flexibel ein“, meinte Netzer. „Wir passen unsere Geschäftsstellenstruktur an, erweitern unsere Online- und Mobile-Angebote. Die persönliche Nähe wird nicht mehr nur in Metern bis zur nächsten Sparkassenfiliale gemessen, es geht vielmehr um emotionale Nähe, die daraus entsteht, dass wir die Menschen und ihre Bedürfnisse verstehen.“

Netzer verwies auch darauf, „dass unsere Sparkassen in Zukunft deutlich schlanker und schlagkräftiger werden müssen“, weshalb in die Mitarbeiterqualifikation investiert werde. Dazu zählten aber auch notwendige Personalanpassungen, die schonend und sozialverträglich – insbesondere auch durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation – vorgenommen würden.

### STABILITÄTSFAKTOR

Ministerpräsident Horst Seehofer lobte die Bürgernähe der kommunalen Kreditinstitute und bezeichnete sie – ebenso wie die Genossenschaftsbanken – als Stabilitätsfaktor in der deutschen Bankenlandschaft. Der Finanzsektor habe viel Vertrauen verspielt, doch die Menschen wüssten um den Unterschied zwischen internationalen Zockerbanken und regional verwurzelten Kreditinstituten. Das gelte auch für die Staatsregierung, die den Sparkassen freundlich gegenüberstehe.

Umfangreich war die Palette an Themen, die Seehofer ansprach – von der Landesbank

und der EZB-Geldpolitik bis hin zu Energie- wende und Asylpolitik. Den Vergleich mit Österreich im Bankenstreit kommentierte der Ministerpräsident wie folgt: Recht haben und Recht bekommen seien oft Lichtjahre auseinander. „Man muss der Realität ins Auge sehen.“ Grundsätzlich kritisierte Seehofer die „Sorg- losigkeit im Umgang mit Wohlstand und so- zialer Sicherheit“. Der Erfolg sei das größte Hindernis für die Zukunftsfähigkeit.

Einen etwas anderen – philosophischen – Akzent setzte Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin,

Kulturstaatsminister a.D. und Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Uni- versität München. Als Gastredner zum Thema „Ethik und Finanzwirtschaft“ verwies er dar- auf, dass Vertrauen, Wahrhaftigkeit und Ver- lässlichkeit in der Kommunikation und im Umgang miteinander zentrale Bedingungen für das Funktionieren ökonomischer Märkte sind. Im Zuge der Finanzkrise sei jedoch deut- lich geworden, dass ökonomische Märkte zwar von diesen Voraussetzungen leben, sie aber – wenn sie sich selbst überlassen werden – zerstören.

## KULTUR DER INTEGRITÄT

Nun könne die Lösung nicht sein, einen Katalog zu entwickeln, der moralisch vertret- bare und nicht vertretbare Investitionshand- lungen aufliste, erklärte Nida-Rümelin. Regulierung sei notwendig, aber nicht das Allheilmittel. Vielmehr gehe es um die Förderung einer neuen Kultur der Integrität an den Finanzmärkten. Diese werde sich je- doch nicht über Nacht entwickeln. Nur Schritt für Schritt werde sie sich in der Praxis veran- kern lassen. ■

## DR. ULRICH NETZER:

# FUNKTIONIERENDE MARKENPHILOSOPHIE

**D**ie bayerischen Sparkassen wollen „Menschen verstehen, Zukunft denken und Sicherheit geben“. Wie kann das funktionieren? Der Präsident des Sparkas- senverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer, hat den Ansatz parat. Der Unterschied beginne schon beim Namen: „Bank? – Wir sind Sparkasse! Banker? – Wir sind Sparkassler!“

Auch vor dem Hintergrund radikal geän- dertem Rahmenbedingungen für die Finanz- wirtschaft im Euroraum und deren Auswir- kungen auf die Sparkassen stünden die Be- dürfnisse von acht Millionen bayerischer Kunden im Mittelpunkt, betonte Netzer. Die Zinswelt stehe Kopf, Marktverzerrung und Systemwechsel bestimmten die Szenerie.

## FOLGEWIRKUNG DER NIEDRIGZINSPOLITIK

Die Nulldiät greife das stabile Geschäfts- modell der Regionalbanken an, während sie gleichzeitig durch die Regulierung vonseiten der europäischen Bankenunion nahezu wie systemrelevante Institute belastet würden. Die Folge: „Die Betriebsergebnisse der bayeri- schen Sparkassen werden sinken, da der Zins- überschuss aus dem Einlagen- und Kreditge- schäft erheblich abschmelzen wird“, prognos- tizierte Netzer und betonte: „Es gibt nicht Wenige in Europa, denen diese Folgewirkung der Niedrigzinspolitik ‚gelegen‘ kommt. Es sind all diejenigen, denen das deutsche Drei- Säulen-System – und dabei vor allem der öffentlich-rechtliche Sektor – ein Dorn im Auge ist!“ Die Niedrigzinsen dürften nicht zum Dauerzustand werden.

Inzwischen stelle sich auch die Frage: Wie effizient ist eigentlich die europäische Banken- union, die installiert wurde um das Risiko des

Scheiterns systemrelevanter Banken zu redu- zieren und etwaige Kosten einer Abwicklung nicht den Steuerzahlern aufzubürden? Sicher ist laut Netzer inzwischen, dass die Regulie- rung derart undifferenziert in den Markt ein- greift, dass sie letzten Endes nicht die system-

Zentralbank und den nationalen Aufsichtsbe- hörden „sehr unscharf, ja, so gut wie gar nicht definiert“, monierte der Präsident.

## GEGEN VERGEMEINSCHAFTUNG DER EINLAGENSICHERUNG

Scharf kritisierte Ulrich Netzer auch Pläne, wonach die Einlagensicherung als eine wichti- ge Säule der europäischen Bankenunion „ver- gemeinschaftet“ werden soll, „was bedeutet, dass der nationale Schutz der Sparer durch ein europäisches Einlagensicherungssystem abge-



Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern. ■

relevanten Institute, sondern die regional auf- gestellten Sparkassen trifft. Außerdem wachse sich das Konstrukt an vielen Stellen zu einer Art „Datenmoloch“, einem „Bürokratiemon- ster“ aus, das die Effektivität der Sparkassen in ihrer Arbeit für den Kunden vor Ort behindert. Und was die Bankenaufsicht anbelangt, sei die Arbeitsteilung zwischen der Europäischen

löst wird“. Im Klartext: „Die Gelder, die wir für die Sicherheit unserer Sparer zurücklegen, würden dann für Krisenbanken in anderen Ländern eingesetzt.“ Deshalb die Forderung: „Es muss weiterhin eindeutig voneinander abgegrenzte „Brandmauern“ zwischen den Sicherungstöpfen der einzelnen Staaten geben!“

Bestrebungen, wonach eine europäische Kapitalmarktunion nunmehr den leichteren Zugang zu anderen Finanzierungsquellen öffnen und die vermeintliche Abhängigkeit der Unternehmen von Banken lockern soll, kommentierte Netzer mit den Worten: „Ich sehe erst einmal keinen Bedarf für den klassischen Mittelständler in Deutschland, denn wir haben hierzulande keine Schwierigkeiten mit der Kreditversorgung.“

### FAIRER WETTBEWERB

Positiv zu bewerten sei eine Kapitalmarktunion dann, wenn sie als „Mittelstandsoffensive“ gestaltet ist. „Das heißt: fairer Wettbewerb über alle Finanzierungskanäle, keine Privilegierung der Kapitalmarktfinanzierung zu Lasten der Langfrist-Bankenfinanzierung und keine zusätzlichen Belastungen der kleinen Banken und Sparkassen durch Regulierungsanforderungen im Finanzierungsbereich.“

Sorge bereitet die geplante Verschärfung der Eigenkapitalunterlegung von Mittelstandskrediten. „Wir wünschen uns, dass das künftige Regelwerk so gestaltet wird, dass die bayerischen Mittelständler nicht unter einer gebremsten Kreditvergabe zu leiden haben“, erläuterte Netzer. In diesem Zusammenhang verwies er auf ein gemeinsam mit dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, dem Bayerischen Handwerkstag, dem Bayerischen Genossenschaftsverband und dem Bayerischen Bankenverband erstelltes Positionspapier.

### DIGITALE VERTRIEBSWEGE

Nicht nur das Sparkassenumfeld hat sich verändert, auch das Nutzungsverhalten des Kunden ist einem Wandel unterworfen. So hat die Online-Nutzung in den vergangenen Jahren quer durch alle Altersgruppen stark zugenommen. Der Kunde ist Netzer zufolge auf allen Kanälen unterwegs und er entscheidet, wo er mit der Sparkasse in Kontakt treten will. Aus dieser Verhaltensänderung gelte es, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, „weshalb wir die digitalen Vertriebswege zügig ausbauen und mit den stationären verknüpfen werden“.

Netzers Fazit: „Anders als manche ‚Internet-Krake‘ haben wir unser Geschäftsmodell nicht steueroptimiert umgebaut, zahlen unsere Steuern in Deutschland und nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung wahr. Wenn wir konsequent nach der Maxime ‚Menschen verstehen, Zukunft denken, Sicherheit geben‘ handeln, erfüllen wir Sparkassen auch weiterhin die ethischen und moralischen Ansprüche, die der Kunde zu Recht von uns erwartet!“

### PROF. DR. ULRICH REUTER:

## STARKER PARTNER FÜR DIE REGION

„Die bayerischen Sparkassen miteinander zu erleben, ist immer wieder ein gutes und positives Erlebnis“, betonte Verbandspräsident Prof. Dr. Ulrich Reuter (Landrat Aschaffenburg). Die Sparkassen-Finanzgruppe gehe aus Zusammenkünften wie dem Bayerischen Sparkassentag „selbstbewusst, zuweilen nachdenklich, insgesamt aber doch gestärkt“ hervor. „Die Sparkassenfamilie ist und bleibt ein starker Partner für die Regionen in Bayern. Sie verkörpert dies und sendet das auch an den Sparkassentagen aus“, so Reuter.

Lange Jahre galt der Slogan: „Wenn’s um Geld geht – Sparkasse.“ Beim diesjährigen Sparkassentag in Hof sei es um weit mehr als nur Geld gegangen: um Menschen, Zukunft, Sicherheit, Verständnis, Heimat, Verlässlichkeit, ethische Werte und Vertrauen. „Zusammengefasst heißt dies: Wenn’s um Geld geht – Sparkasse und wenn’s um so viel mehr als Geld geht – erst recht Sparkasse!“, hob der Verbandspräsident hervor.



### WALTER STROHMAIER:

## DENKEN FÜR DIE ZUKUNFT

Vor uns liegen sicherlich Jahre der Konsolidierung. Darin liegt aber das Potenzial, noch effizienter zu werden und unsere Marktanteile zu erhöhen, so Landesobmann Walter Strohmaier im Pressegespräch beim Bayerischen Sparkassentag 2015. Das Geschäftsmodell werde erfolgreich und zukunftsfest weiterentwickelt. „Auch wenn dazu an der einen oder anderen Stelle umstrukturiert oder umgebaut werden muss.“

Konkret gelte es, Kosten zu reduzieren, schlankere Organisationsstrukturen zu schaffen und das Sparkassen- und Geschäftsstel-



Walter Strohmaier, Landesobmann des Sparkassenverbands Bayern.

lennetz zu optimieren – das Ganze flankiert mit schonenden Personalanpassungen. Stetes Ziel sei jedoch, ein kompetenter, zuverlässiger und agiler Partner für zufriedene Kunden zu bleiben, denn: „Sparen und Konsolidieren alleine reicht nicht aus – wir müssen am Markt bestehen. Wir wissen, dass unsere Kunden nicht nur ein passgenaues Spektrum von Produkten und Diensten, sondern auch faire und transparente Preise erwarten, dass sie mit uns als kompetenten Beratern unkompliziert und schnell interagieren möchten und dass sie ihre Geschäfte online wie persönlich schnell und sicher abwickeln möchten.“

### VERANTWORTLICHE ARCHITEKTEN

Strohmaier: „Wir werden zu verantwortlichen Architekten für die konsequente und sorgfältige Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells. Das heißt: Wir denken für die Zukunft und wir handeln auch danach.“



Dr. Ulrich Netzer, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Walter Strohmaier, Horst Seehofer, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Dr. Oliver Bär, Dr. Harald Fichtner, Andreas Pöhlmann und Roland Schmautz (v.l.).

HORST SEEHOFER:

## VERTRAUEN IN DIE SPARKASSEN

Bei der Beurteilung der Bankenwelt unterscheiden die Menschen sehr genau zwischen den Sparkassen, den Genossenschaftsbanken und dem Rest. Sie wissen, dass die kommunalen Kreditinstitute nicht ursächlich waren für die Finanzkrise – im Gegenteil: Hätten alle Banken nach den gleichen Grundsätzen wie die Sparkassen gehandelt, hätte es weder eine weltweite Finanzkrise noch eine Wirtschaftskrise gegeben. Das wissen die Menschen genau und deshalb haben sie Vertrauen in die Sparkassen, konstatierte Ministerpräsident Horst Seehofer.

Sparkassen sind laut Seehofer „ein grundsätzlicher Partner“. „Mehr Kredite, mehr Einlagen, höhere Betriebsergebnisse: Sie sind stark und gut unterwegs. Dazu kann ich nur gratulieren“, betonte der Ministerpräsident. Er dankte der gesamten Sparkassenfamilie für die gute Zusammenarbeit, die nach wie vor von Vertrauen geprägt sei. „Wir haben versucht, die Dinge partnerschaftlich zu lösen und im Zuge dessen ausnahmslos beste Ergebnisse erzielt.“

### WERTSCHÄTZUNG FÜR DEN EINZELNEN

Mit Blick auf das diesjährige Tagungsmotto „Menschen verstehen. Zukunft den-

ken. Sicherheit geben“, meinte Seehofer, so bilde sich letztlich die wichtigste Währung für die Menschen: Vertrauen. Auf der Wertschätzung für den Einzelnen fuße dann letztlich auch die Wertschöpfung des Ganzen.

### ZUKUNFT MUSS GESTALTET WERDEN

Im Hinblick auf die Zukunft räumte er aber ein: „Die größte Gefahr für den Erfolg in der Zukunft ist der Erfolg der Gegenwart.“ Sorge mache ihm „die Sorglosigkeit und Oberflächlichkeit, mit der wir mit dem großen Schatz des Wohlstandes umgehen“. Zweifellos gehe es Deutschland gut und

Bayern noch ein Stück besser, „aber wir dürfen uns nicht darauf reduzieren, die Gegenwart zu verwalten, sondern wir müssen Zukunft gestalten“, so der Ministerpräsident. Zukunft beginne in den Köpfen und Herzen der Menschen.

### BAYERN ALS BILDUNGSLAND ERHALTEN

Freilich: Ohne Anstrengung kein Wohlstand. In diesem Zusammenhang verwies Seehofer auf die Notwendigkeit, Bayern als Bildungsland – akademisch wie beruflich – zu erhalten. Zudem gelte es unter anderem, die digitale Revolution zu gestalten und die Energiewende zu forcieren.

Seehofers Fazit: „Bayern ist auf der Höhe der Zeit. Wenn wir alle vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen – wovon ich ausgehe – dann haben auch die Sparkassen eine gute Perspektive. Lasst uns also gemeinsam weiterarbeiten für ein positives Klima in der Sparkassenfamilie, für unsere Heimat Bayern und für Europa!“

DR. HARALD FICHTNER:

## ZEITEN DES WANDELS

Die Stadt Hof hat seit den dramatischen Ereignissen der Jahre 1989/1990 einen erheblichen Wandel erlebt, machte Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner deutlich. In vielen Bereichen sei sie – nicht nur geographisch gesehen – in Bayern „ganz oben“. Dafür stünden beste Wohnverhältnisse, eine gute Infrastruktur, ein hoher Freizeitwert sowie reichhaltige Bildungs- und Berufsperspektiven.

Galt Hof früher als Wiege der deutschen Textilindustrie, ist im Zuge der Deutschen Einheit und des Strukturwandels in Zeiten der Globalisierung ein Gewerbewirtschaftsstandort mit neuen Dienstleistungsanteilen und Branchen entstanden.

### TEIL DES ZENTRALEUROPÄISCHEN MARKTES

Hof ist Fichtner zufolge Teil des zentraleuropäischen Marktes und damit idealer Ausgangspunkt für die Bearbeitung expandierender Absatzmärkte. Logistik, Automotive und Umwelttechnologie sind die neuen Aushängeschilder der Stadt. Die Arbeitslosenquote liegt in der Stadt Hof mittlerweile bei 6 %,

im Landkreis bei 3,4 %. Zudem hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze deutlich erhöht.

### FOLGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

„Trotz vieler Fortschritte, die die Stadt Hof erleben durfte, bleiben die Folgen des demografischen Wandels spürbar“, stellte Fichtner fest. Keine andere Region in Bayern sei - unverschuldet – derart davon betroffen wie jene des ehemaligen Grenzstreifens. Um dem Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse Rechnung zu tragen, seien Forderungen der Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren zwar häufig vonseiten der Staatsre-



Dr. Harald Fichtner.

gierung erhört worden, „doch bedürfen die Räume mit besonderem Handlungsbedarf nach wie vor der besonderen Aufmerksamkeit der Politik“.

### ERFOLGREICHE SPARKASSE HOCHFRANKEN

„Ein beredtes Beispiel dafür, dass nicht alles in die Zentren zeigt“, sei die erfolgreiche Sparkasse Hochfranken, hervorgegangen aus der Fusion der ehemaligen Kreis- und Stadtparkasse Hof und der Sparkasse Fichtelgebirge, fuhr der OB fort.

Von seiner Tätigkeit als Verwaltungsrat wisse er, dass auch die bayerischen Sparkassen Entscheidungen treffen müssen, die öffentlich und kritisch diskutiert werden, erklärte das Stadtoberhaupt. „Trotzdem gibt es nur ganz wenige Partner, auf die sich die Kommunen in ihrer Zusammenarbeit so verlassen können wie auf die Sparkassen.“ Überall seien es die Sparkassen, die mit Stiftungsgeldern oder anderen Zuwendungen öffentliche Projekte förderten bzw. sie erst ermöglichten. Die dabei eingesetzten Geldbeträge seien dabei durchaus beachtlich. Beim diesjährigen Sparkassentag in Hof werde u. a. ein lokales Hofer Jugendprojekt unterstützt. Fichtner: „Das ist aller Ehren wert. Für ihr Engagement meinen herzlichen Dank!“



Die Wirtschaft im Norden Bayerns hat eine lange Tradition. Diese verbindet sich heute mit der Entwicklungsdynamik einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungsregion. Vielfältige Standortvorteile und spezielle Kompetenzen schaffen ein hervorragendes Umfeld. Die Wirtschaftspolitik der Stadt Hof will für die ansässigen Unternehmen ein geeignetes, verlässliches und kompetentes Umfeld sichern und weiterentwickeln. Wettbewerbsfähige und wachsende Betriebe sind der Garant für das Wohlergehen der Stadt. Unser Bild zeigt den Blick von St. Michaelis auf das Hofer Rathaus.

Bild: Stadt Hof

PROF. DR. JULIAN NIDA-RÜMELIN:

## ETHIK UND FINANZWIRTSCHAFT

Es gibt keine Branche, die eine ähnliche Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung trägt wie die Finanzbranche. Dementsprechend hoch sind die Anforderungen an das Berufsethos in den Berufen der Finanzwirtschaft. Den Zusammenhang zwischen dem Erfolg und den ethischen Herausforderungen einer zeitgemäßen Finanzwirtschaft analysierte beim Bayerischen Sparkassentag 2015 Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Kulturstatsminister a.D. und Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. „Um erfolgreich zu sein, muss die wirtschaftliche Praxis eingebettet bleiben in kulturelle, ethische und soziale Zusammenhänge“, hob er hervor. „Ökonomische Märkte, die nichts mehr zu tun haben wollen mit den Regeln, die in unserem Alltagsleben selbstverständlich sind, kollabieren. Dafür gibt es weltweit zahlreiche Beispiele.“

Die Finanzwirtschaft sei ein besonderer Bereich, „weil Werte dort in einem ganz ungewöhnlich hohen Maße von der Einschätzung durch Andere abhängen“. Es sei auch keine andere Branche in dem Umfang von staatlichen Entscheidungen im weitesten Sinne abhängig. Dazu komme ihre „systemische Verflechtung“, die so ausgeprägt sei, dass selbst erfolglose Finanzunternehmen nicht aus dem Markt ausscheiden – Stichwort „too big to fail“.

### DIENENDE ROLLE DER FINANZWIRTSCHAFT

Nach seiner Auffassung „muss es ein Entsprechungsverhältnis geben zwischen Anlagenkapital und Weltsozialprodukt“. Wie dies genau auszusehen habe, wisse niemand. „Aber die merkwürdige Gesetzmäßigkeit, dass etwa seit 1980 – kurz unterbrochen durch die Weltwirtschaftskrise – sich das Weltanlagenkapital gegenüber dem Weltsozialprodukt im Schnitt alle zehn Jahre verdoppelt, kann auf Dauer nicht gutgehen, denn dem Weltanlagenkapital muss ja etwas entsprechen.“ Nida-Rümelin: „Auf Dauer kann es diese Divergenz rein mathematisch nicht geben. Das heißt also: Die dienende Rolle der Finanzwirtschaft muss sich auch in den Verhältnissen zur Realwirtschaft ausdrücken.“

### ZENTRALE ELEMENTE DES BERUFSETHOS VON BANKERN

Die Tugenden Urteilskraft, Entscheidungsstärke, Besonnenheit und Integrität nannte Nida-Rümelin als zentrale Elemente des Berufsethos von Bankerinnen und Bankern.

Urteilskraft könne sich nur entwickeln, wenn Menschen dazu befähigt werden, sich auch angesichts einer Überfülle von Daten

und Informationen ein verlässliches Urteil zu bilden. Dieses Wissen sei jedoch nur als „Akt der Kooperation“ zu erwerben, gemeinsam müssen Risiken und Chancen abgewogen werden. Entscheidungsstärke zeige sich wie-

so betonte der Professor abschließend die Wichtigkeit der Integrität. Alle Unternehmen – zumal finanzwirtschaftliche – sind in seinen Augen aufgefordert, sicherzustellen, dass es im Unternehmen „einen praxisbegleitenden, nicht abreißenden Prozess der Vergewisserung über die eigenen Normen und Werte“ gibt.

### GESAMTGESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG UND VERTRAUENSKULTUR

Wie keine andere Branche trägt die Finanzwirtschaft nach Nida-Rümelins Überzeugung eine „gesamtgesellschaftliche Verantwortung“. Gerade öffentlich-rechtliche Kreditinstitute spielten eine besonders wichtige



Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin.

derum darin, dass man nicht bestimmten Moden folgt und im Zuge dessen getroffene Einzelentscheidungen sich zu einem kohärenten Ganzen zusammenfügen, sprich stimmig sind. Auch Zivilcourage gehöre dazu. Besonnenheit sei die dritte Maxime. „Aufgeblähte Egos“ seien zwar „in der ökonomischen Praxis manchmal über alle Maßen erfolgreich“, so Nida-Rümelin. Die eigene Rolle solle seiner Ansicht allerdings nicht überschätzt werden. „Am Ende muss ich mich mit meiner Praxis und den Werten, die diese Praxis tragen, identifizieren können“,

Rolle für die Vertrauenskultur in Deutschland. Dem Werte-Muster der Sparkassen gebühre dabei großes Lob: „Bieder im Sinne von besonnen, nachhaltig im Sinne von risikoavers“.

Finanzwirtschaft könne eben auch anders gehen – örtlich verankert, mit Politik und Gesellschaft verflochten, gemeinnützig tätig, verlässlich und vertrauensvoll. „Begegnen Sie deshalb den Kritikern nicht mit Schwäche, sondern mit Stärke“, so Nida-Rümelins Ratschlag.



Sparkassenpräsident Dr. Ulrich Netzer (l.) und Andreas Pöhlmann, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken, überreichten gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und Landrat Dr. Oliver Bär die Spendenschecks an die Vertreter des Vereins Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth e.V., des Vereins Kulturzentrum Hof – Alte Filzfabrik e.V. sowie die Repräsentanten der theaterpädagogischen Projekte im Rahmen des 125-jährigen Jubiläums der Luisenburg-Festspiele in Wunsiedel – unter ihnen Landrat Dr. Karl Döhler (2.v.r.).

BAYERISCHE SPARKASSEN:

## VERLÄSSLICHES WIRKEN FÜR DAS GEMEINWOHL

**59** Millionen Euro stellten die bayerischen Sparkassen im Jahr 2014 an gemeinwohlorientierten Mitteln zur Verfügung. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausschüttungen und sonstige Förderbeiträge enthalten.

Die Bayerische Sparkassenstiftung ergänzt das gemeinwohlorientierte Engagement der 71 bayerischen Sparkassen und ihrer 110 Sparkassenstiftungen vor Ort bei Vorhaben von weit überregionaler Bedeutung. Sie gibt innovativen und nachhaltig wirkenden Projekten eine Chance und fördert die Vernetzung der Projektpartner.

### BEGEISTERUNG WECKEN

Unterstützt wird zum Beispiel das Projekt MundART WERTvoll, dessen Ziel es ist, Dialekt als Kernelement regionaler Identifizierung zu erhalten. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern aus dem kulturellen und

pädagogischen Bereich werden in erster Linie Kinder und Jugendliche für die eigene Heimatsprache begeistert. Um die Jugendlichen dort zu erreichen, wo sie viel miteinander

der kommunizieren, werden dabei u.a. die Sozialen Medien verwendet. Die Sparkassenstiftung stellt den Erfahrungstransfer und kompetente Projektpartner für die Beratung zur Verfügung.

Seit einiger Zeit baut der Landesfeuerwehrverband Bayern Kinderfeuerwehren auf. Dies soll frühzeitig die Begeisterung für die Feuerwehr und ihre Arbeit stärken. Da sich die Arbeit mit Kindern unter zwölf Jahren meist erheblich von der Jugendarbeit unterscheidet, sind für die ehrenamtlichen Betreuer der Kinderfeuerwehren zusätzliche Schulungen notwendig. Zentrale Mittel des Reinertrags des PS-Sparen und Gewinnen der Bayerischen Sparkassen helfen bei der Schließung der Wissenslücken.



Das Projekt „MundART WERTvoll“ unterstützt den Erhalt regionaler Dialekte. Unser Bild zeigt die Mundarttafel Odelzhausen.  
Bild: MundART WERTvoll

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung  
Redaktion: Doris Kirchner  
Fotos: Sparkassenverband Bayern  
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Tel.: 08171 / 9307-11, -12, -13, Fax: 08171 / 805 14  
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de  
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

ROLAND SCHMAUTZ:

## KURZÜBERBLICK ZUR GESCHÄFTSENTWICKLUNG 2015

**F**ür die ersten fünf Monate im Jahr 2015 können die bayerischen Sparkassen ein sehr gutes Kreditgeschäft verzeichnen: Das Kreditvolumen stieg um 2 Milliarden Euro (+1,7 Prozent) auf 118 Milliarden Euro. Dieser Anstieg wird sowohl durch das Unternehmens- als auch das Privatkreditgeschäft getragen, erläuterte der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, Roland Schmautz im Pressegespräch beim Bayerischen Sparkassentag.

Stärker als im Jahr zuvor steigen auch die Zusagen für künftige Kredite. Bisher wurden heuer +13,8 Prozent mehr Kredite an Unternehmen und Selbstständige als im gleichen Zeitraum 2014 zugesagt, bei privaten Wohnungsbaufinanzierungen betrug der Zuwachs sogar +32,5 Prozent. Im Kreditneugeschäft können die Sparkassen seit Jahresbeginn 10,4 Mrd. Euro zusagen, das entspricht einem Plus von 18,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

### EINLAGEN WACHSEN STÄRKER

Auch die Einlagen wachsen stärker als 2014: Seit Jahresbeginn ist der Einlagenbestand um +0,5 Prozent (Vorjahr +0,3 Prozent) auf knapp 147 Milliarden Euro gestiegen.

### POSITIVE BOTSCHAFTEN

Vizepräsident Roland Schmautz wertete die Halbjahresergebnisse mit Blick auf die Zukunft vorsichtig: „Das sind positive Botschaften, die uns zeigen, wieviel Vertrauen uns unsere Kunden entgegenbringen. Unser Geschäftsmodell funktioniert insofern wie gewohnt. Wir sind erfolgreich, weil wir unsere Kunden und ihre Zufriedenheit in den Mittelpunkt stellen. Dennoch präsentiert uns die Rentabilitätsrechnung derzeit auch noch eine andere Wahrheit: Der Zinsüberschuss der bayerischen Sparkassen als eine der Hauptertragsquellen sinkt weiter, gleichzeitig steigt der Verwaltungsaufwand, und das Betriebsergebnis 2015 wird mit einiger Sicher-

heit deutlich niedriger liegen als 2014. Wir rechnen derzeit damit, dass es um etwa 9 Prozent sinken wird.“

### VOLUMENZUWÄCHSE

Die Sparkassen profitieren derzeit von Volumenzuwächsen und sie können noch immer gut verzinste langlaufende Kreditbestände niedriger verzinsten neuen Einlagen gegenüber stellen. Unterstellt man: Europa bleibt auf dem niedrigen Zinsniveau – so wird sich dieses Verhältnis im Lauf der Zeit allerdings zusehends verschlechtern. Die Sparkassen stehen damit in der kommenden Zeit vor großen Aufgaben, wenn sie die Kollateralschäden aus der Niedrigzinsphase und der Bankenregulierung anständig verarbeiten wollen. Schmautz betonte, die Sparkassen seien sich bewusst sind, dass sich die Zukunft im Wettbewerb entscheidet. Ihr Ziel sei es deshalb, „auch weiterhin zufriedene Kunden zu binden und nicht zuletzt durch ihre Empfehlung neue zu gewinnen.“ ■



SVB-Vizepräsident Roland Schmautz mit den bayerischen Sparkassen-Azubis aus der Werbekampagne „Spannend ab dem ersten Tag“. ■